

**Von der SED zur PDS in der Region Zeitz**



**Die Entwicklung der PDS im Burgenlandkreis bis 2006**

Mit dieser Chronik legt die Geschichtskommission des Kreisverbandes der Partei Die Linke. unter Leitung ihres Vorsitzenden, Erich Duchek, sowie der erweiterten Mitarbeit bei der Text- und Bildbearbeitung von Winfried Steffen und Jürgen Kurth einen Abriss der Geschichte von der SED zur Linkspartei.PDS in der Region Zeitz und des Burgenlandkreises vor.

Die Darstellung stützt sich auf Gespräche mit ehemaligen leitenden Funktionären der Kreisleitung der SED Zeitz, auf Presseveröffentlichungen sowie auf Protokolle und Dokumente des Kreisvorstandes und der von ihm herausgegebenen Zeitung.

Besonderer Dank gebührt den Zeitzeugen, die es mit ihren Aussagen und Erinnerungen ermöglicht haben, einen gedanklichen Nachvollzug der stürmischen Ereignisse im Herbst 1989 und in der Folgezeit besonders im ehemaligen Kreis Zeitz vorzunehmen. Der Dank gilt aber auch allen übrigen aktiv Beteiligten sowie dem Fotohaus Hirsch für die freundliche Unterstützung.

Die Geschichtskommission möchte mit dieser Chronik einen Beitrag zur Aufarbeitung der Ereignisse um das Jahr 1989 und der sich daraus ergebenden Entwicklung leisten.

**Lieber Genosse Erich Duchek,  
für Deine langjährige Tätigkeit in unserer Partei,  
von der SED über die SED-PDS und PDS sowie Linkspartei.PDS zur Partei *DIE LINKE*  
im Rahmen unseres heutigen Burgenlandkreises, insbesondere als Vorsitzender der Geschichtskommission danken Dir herzlich alle Genossinnen und Genossen und natürlich auch  
PeDSi:**



## **Die Krise der DDR-Gesellschaft 1989 und ihre Erscheinungsformen im Kreis Zeitz**

In den späten achtziger Jahren zeichnete sich zunehmend eine tiefe Krise der gesamten Gesellschaft der DDR ab. Sie hatte bekanntlich ihre wesentlichen Ursachen in den starren, gegenüber den veränderten äußeren und inneren Bedingungen des Landes unsensiblen Politik der SED-Führung und somit des von ihr beherrschten Staatsapparates, in der mangelnden Effizienz der wirtschaftlichen Tätigkeit, im Demokratiedefizit in dieser Gesellschaft und nicht zuletzt im Kalten Krieg, der mit aller Wucht westlicherseits gegen den kleineren der beiden deutschen Nachkriegsstaaten geführt wurde.

Das zeigte sich besonders in dem gegen die DDR gerichteten Wirtschaftsembargo. So kamen längst fällig gewordene tiefgreifende Reformen auf dem Boden des Sozialismus nicht zustande. Das Scheitern des staatssozialistischen Systems und sein rascher Zerfall zeichneten sich im Sommer und Frühherbst 1989 immer deutlicher ab. Markantestes Symptom waren die wachsende Zahl der Ausreisearträge von Bürgern und Bürgerinnen der DDR und schließlich die Flucht über die im September geöffnete ungarisch-österreichische Grenze und über BRD-Botschaften und -Vertretungen in den Westen.

Gegenüber der in den achtziger Jahren eskalierenden Abwanderung aus der DDR in die Bundesrepublik Deutschland erwies sich die SED- und Staatsführung letztlich als handlungsunfähig und sprachlos. Typisch dafür war das Wort, den aus der DDR Abwandernden keine Träne nachzuweinen. Es wurde der Versuch unternommen, mit einer breiten Kampagne zum Begehen des 40. Jahrestages der Gründung der DDR die Krise der Gesellschaft zu überspielen.

In den zurückliegenden Jahrzehnten hatten sich im Kreis Zeitz eine breit gefächerte industrielle Struktur, eine moderne Landwirtschaft und eine gut entwickelte Infrastruktur herausgebildet, vor allem geprägt vom Fleiß seiner Bürger. Sie erbrachten einen Anteil von acht Prozent der Industrieproduktion des Bezirkes Halle und ca. drei Prozent im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft der DDR.

Wie überall im Land verschärften sich auch im Kreis Zeitz die ökonomischen und Versorgungsprobleme. Damit gestaltete sich die Planerfüllung immer schwieriger: fehlendes Material, nicht ausreichende Transportkapazitäten, Arbeitskräfteprobleme. Nach außen hin, auf dem Papier, durch sogenannte Planfortschreibungen - dabei wurden die Planzahlen nach unten korrigiert - wurde „Planerfüllung“ der Betriebe und Kombinate vermeldet, allerdings meistens ohne echte Warenbereitstellung für die Volkswirtschaft. Das bekamen wir im örtlichen Bereich in der Weise zu verspüren: Die bereit gestellten Bilanzmengen, be-

sonders bei Waren des täglichen Bedarfs, bei Baustoffen und anderen lebensnotwendigen Dingen lagen teilweise an der untersten Grenze der Bürgerversorgung. Die verfehlte Wirtschaftspolitik der SED führte zu zunehmender Kritik an der staatlichen Leitung.

70 bis 80 Prozent der geplanten Themen in der Arbeitsplanung des Sekretariats der SED-Kreisleitung waren vom Rat des Kreises zu bestreiten. Vom Zentralkomitee der SED ausgehend war ein „Wettbewerb“ als Leistungsvergleich aller Kreise ins Leben gerufen worden, der hunderte von Positionen einschloss. Die Spanne reichte von der Planerfüllung der Großbetriebe bis zur Erfassung von Sekundärrohstoffen. Gnadenlos wurde zentral, im Rat des Bezirkes und im Kreissekretariat ausgewertet.

Unter derartigen Bedingungen spitzte sich das Verhältnis zwischen den staatlichen Leitungen, den Betrieben, Städten und Gemeinden immer mehr zu. Zu den besonders sensiblen Bevölkerungsanliegen gehörten auch die Entscheidungen über die Wohnraumvergabe. Eingaben wurden durch die Parteiorgane bearbeitet und gegebenenfalls erfüllt. Erfolge und positive Entscheidungen heftete sich das Kreissekretariat, insbesondere der Erste Kreissekretär, an die Fahne, während für die nicht zu bewältigenden Angelegenheiten die staatlichen Organe und die Leiter der Betriebe in Verantwortung genommen wurden. Betriebsleiter hatten in der DDR wenig Befugnisse. Parteibeschlüsse waren maßgebend. Somit waren den Betriebsleitern dadurch die Hände gebunden. Das Kreissekretariat hielt sich seinerseits an Beschlüsse von oben und leitete verbindliche Schlussfolgerungen für das Territorium ab.

Typisch für die damalige Lage war auch das Ergebnis einer operativen Sitzung des SED-Bezirkssekretariats mit dem Sekretariat der SED-Kreisleitung, die in Vorbereitung des 40. Jahrestages der DDR in Zeitz durchgeführt wurde. Nach dem Bericht des Ersten Sekretärs, der keine nennenswerten Probleme enthielt, hatte jedes Mitglied des Zeitzer Sekretariats zu berichten. Der Bericht des Sekretärs für Agitation und Propaganda, der in der Beurteilung der Lage mehr Realität einforderte, unterlag einer fürchterlichen Kritik.

Die Einschätzung des Vorsitzenden des Rates des Kreises, in der zahlreiche ökonomische und Versorgungsprobleme dargestellt wurden, wurde durch den Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks, der an der Beratung teilnahm, als real und für den Bezirk Halle typisch gekennzeichnet. Das Schlusswort von Dr. Achim Böhme als Erster Bezirkssekretär, zugleich Mitglied des Politbüros, enthielt kein Wort zur realen Lage. Vielmehr war die Rede von der Unerschütterlichkeit des Vertrauens zum hochverehrten Genossen Erich Honecker und vom Sieg der Partei der Arbeiterklasse der DDR, vom Sieg des Sozialismus

gegenüber allen Feinden. Der Erste Kreissekretär antwortete mit einem uner-schütterlichen Treuebekenntnis: „Auf Zeitz ist Verlass.“

Die Verschlechterung der gesellschaftlichen Lage insgesamt zeigte sich bereits deutlich bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 auch im Kreis Zeitz. Die Zahl der Nichtwähler wuchs deutlich an (auf 1 614). Mehr Wählerinnen und Wähler benutzten die Wahlkabine. Erstaunlicherweise wurde mit nur 17 Stim-men gegen die Einheitsliste der Nationalen Front das beste Wahlergebnis aller Kreise der DDR amtlich vermeldet. - Symptomatisch für die Situation war auch der Anstieg der Ausreiseanträge, jetzt nicht mehr hauptsächlich mit Familienzusammenführung begründet, sondern mit der allgemein verschlechterten Gesamt-lage.

Die Vorbereitung des 40. Jahrestages der Gründung der DDR verlief auch in un-serer Region entsprechend den Festlegungen des SED-Politbüros „im Zeichen größter Erfolge, im Zeichen bisher nie erreichter Ergebnisse“. Das Programm war darauf gerichtet, höchste Ergebnisse überall im Kreis abzurechnen. Es fand die Bestätigung durch das SED-Kreissekretariat. Am 40. Jahrestag selbst fand die bis dahin größte Veranstaltung dieser Art in Zeitz statt.

Ein für eine Großveranstaltung im Bezirk vorgesehenes großes Kulturensemble, das vom Rat des Bezirkes eingeladen worden war, wurde kurzfristig nach einem Telefonat des Vorsitzenden des Rates des Bezirks nach Zeitz verlegt, weil im ge-samten Bezirk auf Grund von gegnerischen Einflüssen anderenorts keine Auf-trittsmöglichkeiten gesehen wurden. Für die Demonstration am 7. Oktober 1989 in Zeitz hatten die Droyßiger Pionierleiterstudentinnen und -studenten auf An-weisung des SED-Kreissekretariats im Block der Hydrierwerker mit zu mar-schieren.

Im Vorfeld des 40. Jahrestages der DDR-Gründung war vorgesehen worden, zwischen Friedhof und Neubaugebiet mit Imitationsmitteln der Sowjetarmee und von einer sowjetischen Einheit ausgeführt mit 40 Kanonenschlägen den Be-ginn der Demonstration zu verkünden.. Es handelte sich zwar um freies Gelän-de, doch es war nicht bedacht worden, dass es Kircheneigentum war. Wenige Stunden zuvor wurde bekannt, dass die evangelische Kirche und Friedhofsmitar-beiter eine Menschenkette zur Verhinderung der Störung der Totenruhe vorberei-tet hatten. Daraufhin wurde dieses Vorhaben auf eine freie LPG-Fläche verlegt.

Noch kurz vor dem 40. Jahrestag hatte der Vorsitzende des Rates des Kreises die Kirchenrepräsentanten zu einem Empfang im Schlosscafé eingeladen, dem durch den persönlichen Einfluss des Superintendenten auch fast alle eingelade-nen Amtsträger folgten. Superintendent Hildebrandt nahm die Ehrenmedaille

zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR mit Dank entgegen, verbunden mit einer republikwürdigenden Rede.

Doch ziemlich zeitgleich wurde bekannt, dass in Zangenberg Treffen organisiert werden sollten unter der Verantwortung des damaligen Kreisjugendpfarrers Jörg Franke und Erklärungen verfasst und verabschiedet wurden. Darin wurde zum offenen Dialog über die gesellschaftliche Situation aufgerufen. In einer auch dem Rat des Kreises übergebenen Erklärung wurde die Sorge über die massenhaften Ausreisen von DDR-Bürgern und der sich so widerspiegelnden Perspektivlosigkeit ebenso zum Ausdruck gebracht wie die Verwunderung zu der um sich greifenden Resignation der politisch verantwortlichen Kräfte im Kreis.

Trotz Verbots fand am 9.10.1989 im Pfarrhaus Zangenberg eine dementsprechende Veranstaltung statt. An diesem Abend kam es zu einem massiven Polizeieinsatz unter Einbeziehung ziviler Kräfte. Dank der Besonnenheit aller Beteiligten blieben Gewaltausbrüche aus.

Während zahlreiche Bürgerinnen und Bürger zu den Montagsdemonstrationen nach Leipzig fuhren, fanden in der ersten Hälfte des Monats Oktober außer in Zangenberg noch keine weiteren oppositionellen Veranstaltungen im Kreis statt.

Nachdem in Verbindung mit der offiziellen Demonstration auch ein Erntefest und ein Treffen der Generationen stattfanden, wurde am 18.10. die Kreisschule Marxismus/Leninismus wie jedes Jahr zuvor eröffnet. Am 20.10. führten der Erste Kreissekretär der SED und der Kreissekretär der Nationalen Front ein Gespräch mit den leitenden Vertretern von CDU, LDPD, NDPD und DBD.

### **Wendeereignisse in Zeitz**

Der am 25.10.1989 von der SED-Bezirksleitung in Schwerpunktbetrieben und -einrichtungen durchgeführte „Tag des Bezirkssekretariats“ mit Funktionären der Bezirksleitung und allen leitenden Funktionären des Kreises Zeitz war verbunden mit dortigen Rundgängen, Gesprächen mit Werktätigen vor Ort und nachfolgenden Zusammenfassungen im Kreis der teilnehmenden Funktionäre.

Diese Veranstaltung, auf der allerorts sehr kritisch gefragt und diskutiert wurde, stellte den letzten Versuch des SED-Kreissekretariats dar, das Heft des politischen Handelns in der Hand zu behalten und demokratische Veränderungen in der Gesellschaft zu bewirken. Angesichts des längst nicht mehr vorhandenen Vertrauens der Werktätigen gegenüber der politischen Führung auch in Zeitz und auf dem Hintergrund der Ereignisse in der DDR insgesamt scheiterte das Bemü-

hen, durch einen offenen Dialog die ausgebrochene tiefe gesellschaftliche Krise zu bewältigen.

Am Vortage hatte eine von der sich entwickelnden Bürgerbewegung initiierte Diskussionsrunde im Klubtheater „Konrad Ekhof“ stattgefunden, wobei das Kreissekretariat und der Rat des Kreises massiv kritisiert wurden und umfangreiche demokratische Umgestaltungen der Gesellschaft gefordert wurden.

Nach dem 25.10.1989 setzte beim Parteiapparat die allgemeine Sprachlosigkeit ein, die der Bezirksleitung gegenüber dem Kreis und die der Kreisleitung gegenüber den SED-Grundorganisationen und der Öffentlichkeit.

Die Bürgerbewegung wurde zunehmend aktiv und drängte die SED in eine hilflose Defensive. Am 30.10. fand eine Diskussion auf dem damaligen Volksplatz mit rund 600 Teilnehmern statt, wobei u. a. die Forderung nach Zulassung der Zeitzer Demokratischen Initiative, etwa mit dem Neuen Forum vergleichbar, erhoben wurde.

Am 10.11. beteiligten sich rund 7.000 Bürgerinnen und Bürger an einem Schweigemarsch durch Zeitz und forderten unter der Losung „Ohne Bergmann, ohne Stahr kommen wir ins neue Jahr“ den Rücktritt des Vorsitzenden des Rates des Kreises und des Ersten SED-Kreissekretärs. Forderungen nach der Beseitigung der führenden Rolle der SED, Zweifel an Willen und Reformfähigkeit der Partei, das Verlangen nach ernsthaften Veränderungen im Land - all das bildete den Inhalt von Demonstrationen und Versammlungen im Hydrierwerk, in der Zemag, im Kreisbaubetrieb, in den anderen Betrieben, in den Gemeinden, in den Zusammenkünften der Lehrer. Überall wurde jetzt laut nachgedacht über Auswege aus der in der DDR eingetretenen Misere.

Unter dem Druck dieser Vorgänge schieden Anfang November 1989 der Kreisvorsitzende des FDGB und der Erste Kreissekretär der FDJ aus dem SED-Kreissekretariat aus. Damit sollte ein von der SED-Abhängigkeit befreites demokratisches Handeln bewirkt werden. Zum Herrschaftssystem der SED hatte landesweit die Zugehörigkeit der genannten Funktionäre gehört. Sie waren völlig der Parteidisziplin untergeordnet. Wie sich bald darauf zeigte, waren damit weder die Gewerkschaften noch der Jugendverband zu retten.

Nach der unter dem massiven Druck der Öffentlichkeit erzwungenen Abberufung von Klaus Stahr und Egon Bergmann als Mitglieder des Sekretariats und der Kreisleitung und Abwahl von drei Sekretären der Kreisleitung am 10.11.1989 trat am darauf folgenden Tag, einem Sonntag, das Kreissekretariat geschlossen zurück. Lebhaft wurde von den Kreisleitungsmitgliedern über die Funktionsnachfolge, insbesondere für das Amt des Ersten Sekretärs, diskutiert.

So wurde vorgeschlagen, den Direktor des Hydrierwerkes, Dr. Peter Schwarz, dafür zu wählen, weil man in ihm einen hervorragenden Kommunisten und Verfechter der Politik der SED sah. Doch lehnte er unter Hervorhebung seiner Arbeitsbelastung ab. Zur Diskussion für die Funktion des Ersten Kreissekretärs standen auch Jürgen Gleisner und Michael Heber. Schließlich wurde Christoph Forner zum neuen Ersten Kreissekretär gewählt. Er kannte den Kreis Zeitz durch seine vorherige Tätigkeit als ZK-Beauftragter für diese Region.

Kurzfristig wurde für den 13.11.1989 der Kreistag einberufen. Der Rücktrittsbitte des Vorsitzenden des Rates des Kreises, Egon Bergmann, der dieses Amt 17 Jahre innehatte, stimmten die 103 anwesenden Abgeordneten zu. Damit reagierte er auf eine entsprechende Forderung im Betriebsfunk des Hydrierwerkes. Der bisherige Stellvertreter für Inneres, Peter Neugebauer, wurde mit 84 Stimmen bei 16 Stimmenthaltungen und 3 Gegenstimmen als Nachfolger gewählt.

Bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten rund 500 Austritte aus der SED. Diese Tendenz wurde nachfolgend weiter verstärkt durch die Auflösung der Betriebsparteiorganisationen. Dabei büßte die SED ihre wichtigste Basis ein als Folge der Streichung der Verfassungsbestimmung über die „führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse“. Christoph Forner als neuer Erster Kreissekretär konzentrierte sich ab 13.11.1989 vor allem auf die Sondierung der überaus komplizierten Lage. Er traf mit dem Superintendenten Hildebrandt, mit den Repräsentanten der Blockparteien sowie mit Jörg Franke (ZDI) und Carlo Böttger (SDP) zusammen.

Es schlossen sich an ein Pressegespräch am 14.11., eine Traditionskonferenz am 16.11. und eine Kreistagssitzung am 18.11. Auf einer Kreisparteiaktivtagung am 20.11. trat Christoph Forner als neuer Erster Kreissekretär auf und informierte über die brisante Lage in der Region.

Am 20.11.1989 erlebte Zeitz eine große Montagsdemo mit rund 9.000 Menschen auf dem damaligen Wilhelm-Külz-Platz. Die Orientierung „Keine Gewalt“ wurde befolgt, doch die politischen Spannungen waren stark. Sie waren gekennzeichnet durch intensive Vorwürfe an die Adresse der SED und der staatlichen Organe sowie die Debatte um Privilegien für leitende SED- und Staatsfunktionäre.

Das bisherige Gebäude der SED-Kreisleitung wurde in ein „Haus der Demokratie“ mit Gaststättenbetrieb umfunktioniert und zur Nutzung durch andere Parteien geöffnet. Vor diesem Haus fand kurz darauf eine von der SED angesetzte Demonstration statt, an der etwa 150 Mitglieder teilnahmen, die sich für die Demokratisierung der SED und eine demokratische Ausgestaltung des Sozialismus einsetzten.



Einen ähnlich schmerzhaften Prozess wie die Auflösung der Betriebsparteiorganisationen (BPO) stellte auch die Auflösung der Kampfgruppen dar, da viele Angehörige aus voller Überzeugung sich für ihre Funktionsfähigkeit eingesetzt hatten. Es gab viele enttäuschte Kämpfer.

Der Zerfallsprozess der SED setzte sich im Spätherbst 1989 fort. Zuvor gab es im Kreis Zeitz rund 11.000 Mitglieder der SED. In Großbetrieben wie dem Hydrierwerk Zeitz gehörte fast jeder dritte Beschäftigte der SED an. In den 38 Gemeinden des Kreises wohnten noch weitere SED-Mitglieder, die anderenorts arbeiteten. Bis Anfang Dezember waren mehr als ein Drittel der SED-Mitglieder aus der Partei ausgetreten. Viele waren zuvor Mitläufer oder Karrieristen, andere waren tief enttäuscht über Politik und Verhalten der Parteiführung.

Um diese Zeit wurden Forderungen nach der Einberufung eines Sonderparteitages, aber auch nach Auflösung der SED und Neugründung einer demokratischen linkssozialistischen Partei erhoben. Am 6.12.1989 erschienen rund 10.000 Bürgerinnen und Bürger zu einer gewaltlosen Kundgebung auf dem Wilhelm-Külz-Platz. Sie stand unter der Losung „Stasi in die Volkswirtschaft“ und gipfelte in einem Schweigemarsch zur SED-Kreisleitung.

Am 2.12.1989 fand eine SED-Kreisdelegiertenkonferenz statt. Es wurden 14 Delegierte - unter ihnen Dr. Peter Schwarz, Dr. Horst Hillmann, Lothar Gentsch, Hartmut Busch, Dagmar Kolosza und Rainer Otto - zu dem inzwischen einberufenen Sonderparteitag in Berlin gewählt, auf dem Dr. Gregor Gysi zum neuen Parteivorsitzenden gewählt wurde.

Namens der neu strukturierten Partei entschuldigte sich Gregor Gysi beim deutschen Volk für die von der SED verschuldete tiefe Krise in der DDR und die verfehlte Politik. Von nun an bezeichnete sich die Partei als SED/PDS. Nicht wenige Mitglieder hielten es für besser, sich durch die Auflösung der SED und die Neugründung einer demokratischen linkssozialistischen Partei deutlicher von der von der SED zu verantwortenden Vergangenheit abzugrenzen. Mit dem Sonderparteitag endete die Existenz der vorherigen Strukturen der SED und es begann der schrittweise Aufbau neuer demokratischer Strukturen in der SED/PDS.

Im Spätherbst 1989 schritt die Erosion des politischen Systems des Staatssozialismus auch in der Zeitzer Region rasch voran. Die SED wurde in den politischen Hintergrund gedrückt. Die neuen Führungskräfte der SED/PDS um Christoph Forner führten zahlreiche Gespräche mit verschiedenen politischen Kräften, sowohl mit Vertretern der vorherigen Blockparteien, die sich nunmehr weitgehend aus der zurückliegenden politischen Verantwortung ausklinkten, wie mit Vertretern der Bürgerbewegung, deren Wirken inzwischen legalisiert worden

war. Im Zentrum der Führungstätigkeit Forners stand wirtschaftliche Schadensminimierung. Verschiedentlich drohte in Verbindung mit politischen Forderungen das Ausbrechen von Streiks, was verheerende Versorgungsprobleme heraufbeschworen hätte. Foner führte u. a. Gespräche mit dem Vorsitzenden des Rates des Kreises - das war zunächst Peter Neugebauer, ab 11.1.1990 Ronald Prüfe - und später auch in Zeitzer Stadtangelegenheiten mit Dieter Kmieczyk.

Vorbei waren die Zeiten, da die Staatsfunktionäre und politischen Führungspersönlichkeiten zum Kreissekretariat beordert wurden. Nunmehr suchte der Erste Kreissekretär der SED/PDS die jeweiligen Gesprächspartner auf, um mit ihnen Situation und zu treffende Maßnahmen zu beraten. Alle diese Leute wandten sich entschieden gegen den gescheiterten Staatssozialismus, stellten damals nicht die DDR zur Disposition, wollten sie erhalten und demokratisch verbessern.

Mit der Öffnung der Staatsgrenzen zur BRD setzte massenhafter Reiseverkehr der DDR-Einwohner gen Westen ein. Das Auszahlen von Begrüßungsgeld an alle Besucher aus der DDR bewirkte, dass sie alle die Bundesrepublik Deutschland in Augenschein nahmen und davon deutlich beeindruckt wurden. Auf diesem Hintergrund veränderte sich die zentrale Losung der von der Bürgerbewegung getragenen Demonstrationen. An die Stelle von „Wir sind das Volk“ trat nun „Wir sind ein Volk“ - bald nach der Jahreswende 1989/90. Dazu trug auch wesentlich bei, dass die Regierung Kohl die am 13.11.1989 gebildete Modrow-Regierung laufend attackierte und die sowjetische Führung unter Gorbatschow dem Gang der Ereignisse bezüglich der DDR freien Lauf ließ.

Während der Wende entstanden als bedeutende basisdemokratische Elemente die Runden Tische. Eingeladen von den führenden Repräsentanten beider großer christlicher Konfessionen trafen sich Vertreter aller politischer Parteien - der alten wie der neuen - und Regierungsmitglieder erstmals am 7.12.1989 in Berlin am Runden Tisch. Diese basisdemokratische Institution wurde allerorts in der DDR wirksam und war ein überzeugender Ausdruck hoher politischer Aktivität breiter Bevölkerungskreise. Sie bestand parallel zu den offiziellen Volksvertretungen von der Volkskammer bis zu den Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen, war jedoch als Produkt der Wende weitaus einflussreicher als die per Einheitswahlliste der Nationalen Front entstandenen Organe. Zentrale Themen an den Runden Tischen bildeten die Auseinandersetzungen um die Stasi, um Korruption und Privilegien.

In Zeitz trafen sich Staatsfunktionäre und politische Parteien am Langen Tisch. Sozialdemokratische Partei, Zeitzer Demokratische Initiative und Demokratischer Aufbruch wirkten als neue Parteien in Zeitz. Auf der zweiten Sitzung Anfang Februar 1990 stand die Auflösung der Kampfgruppen im Mittelpunkt.

Zuvor waren die Organe des MfS aufgelöst worden. Die zahlreichen Mitarbeiter des MfS mühten sich - gemäß der Demonstrantenforderung „Stasi in die Volkswirtschaft“ - um Arbeitsplätze in der Produktion, doch nicht selten vergeblich.

Übrigens hatte das Politbüromitglied, der einstige Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, seinen Volkskammerwahlkreis ausgerechnet in Zeitz. Das hatte nach sich gezogen, dass er ein Mal pro Legislaturperiode der Volkskammer nach Zeitz kam.

Der Kreis Zeitz hatte zur Wendezeit eine für den damaligen Bezirk Halle einmalige demokratische Institution: einen demokratischen Bürgerrat, und zwar Anfang Dezember 1989 gebildet. Dieser Rat hatte zwar keine Stimme im Rat des Kreises, musste aber für alle Entscheidungen seine Zustimmung geben. Das Ziel des Bürgerrates bestand darin, sich als Repräsentant der neuen demokratischen Parteien und Gruppierungen, die nicht im Kreistag vertreten waren, einzubringen und politisch mitzuwirken. Der Bürgerrat fungierte als wichtiger Vermittler zwischen Langem Tisch und Rat des Kreises.

Was die Thematik Korruption und Privilegien von leitenden Partei- und Staatsfunktionären zu DDR-Zeiten anbetraf, arbeiteten auch im damaligen Kreis Zeitz Kommissionen unter der Regie des Langen Tisches und der Staatsanwaltschaft, doch wurde deren Tätigkeit alsbald ohne konkrete Nachweise eingestellt.

In einer Zeit, in der die SED/PDS allenthalben diskreditiert war und von allen anderen politischen Parteien und Bewegungen an den Pranger gestellt wurde, mussten die Strukturen der PDS neu geschaffen werden - besonders auch im Hinblick auf die für den 18.3.1990 anstehenden Volkskammerwahlen und die Kommunalwahlen Anfang Mai 1990. Der früher umfangreiche Parteiapparat war rigoros zu reduzieren. Aus dem SED-Vermögen erfolgten Abfindungszahlungen. Viele hochqualifizierte Fachleute, die keineswegs alle freiwillig im Parteiapparat tätig gewesen waren, mussten sich eine neue materielle Existenz schaffen. Anfang März 1990 wurde Dagmar Kolosza zunächst Geschäftsführerin der PDS, bald darauf für einige Zeit Kreisvorsitzende. In der Folgezeit wurde die Parteiarbeit fast ausschließlich ehrenamtlich geleistet. Auf dieser Basis erwachsen Anerkennung und Autorität der PDS auch im damaligen Kreis Zeitz.



1. Christoph Forner wird 1989 Erster Kreissekretär

2. Montagsdemo am 20. November 1989 in Zeitz





3. Kundgebung am 6. Dezember 1989 auf dem Wilhelm-Külz-Platz

4. Der 1. Zeitzer Politfrühschoppen 1990 mit über 100 Gästen







5 . Der 1. Zeitzer Politfrühschoppen 1990 mit über 100 Gästen

6. Auftakt zum Wahlkampf zur Wahl der Volkskammer am 6. März 1990 beim  
2. Zeitzer Politfrühschoppen





7. Auftakt zum Wahlkampf zur Wahl der Volkskammer am 6. März 1990 beim  
2. Zeitzer Politfrühshoppen

## **Der Aufbau und das Wirken der PDS im Kreis Zeitz (1990- 1993/94)**

Unter schwierigen Bedingungen - attackiert von der Bürgerbewegung und allen anderen politischen Parteien - bestritt die PDS die Wahlen im Jahre 1990. Es gehörte wahrhaftig Mut dazu, sich in dieser Situation über die Liste der PDS um ein parlamentarisches Mandat zu bewerben.

Die erste von vier Wahlen war die Wahl der Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Sie stellte die erste demokratische Wahl zur höchsten Volksvertretung der DDR dar und es war zugleich die letzte Wahl dieses Gremiums.

In einer am 18.1.1990 abgefassten Wahlplattform wandte sich der PDS-Kreisverband Zeitz an *alle Bürger, an die Arbeiter, Bauern und Angehörigen der Intelligenz, an die Frauen und die Jugend*. Als Grundwerte wurden *Frieden, Solidarität, Umweltschutz, soziale Gerechtigkeit, Demokratie und sozialistischer Pluralismus* benannt.

Die Partei trat dafür ein, *dass das werktätige Volk und seine von ihm gewählten Volksvertretungen der einzige und oberste Souverän im Lande, also auch in unserem Kreis Zeitz sind; die Parlamente auf allen Ebenen als Volksvertreter der Interessen der Arbeiter, Bauern und Angehörigen der Intelligenz, der Frauen und Jugendlichen sowie aller anderen sozialen Schichten einzig und allein dem werktätigen Volk, ihren Wählern, rechenschaftspflichtig sind; ein gut funktionierendes Alltagsleben in unseren Städten und Gemeinden, in Sicherheit, Geborgenheit und Solidarität miteinander, die stabile Versorgung der Bevölkerung vor allem durch reelle, fleißige und effektive Arbeit auch der... Genossinnen und Genossen unseres Kreises an ihren Arbeitsplätzen in den Betrieben der Industrie und der Landwirtschaft, des Bauwesens und des Transportes, im Gesundheitswesen und im Handel sowie in allen anderen Einrichtungen und Institutionen gewährleistet wird.*

Hinsichtlich der weiteren Gestaltung eines vielseitigen geistig-kulturellen Lebens wurde auf *konzeptionelle Überlegungen und Vorschläge für massenwirksame Arbeit in Kultur- und Klubhäusern besonders zur Freizeitgestaltung und Geselligkeit (Klubhäuser Hyzet, Zemag, Profen, Weltfrieden, Haus der Kinder und Schüler, Jugendklubs)* orientiert. Über die *Zwecksetzung des Saales im Haus der Kreisleitung* sollte nachgedacht werden.

Abschließend hieß es in der Wahlplattform: *Dem demokratischen Sozialismus, allen humanistischen Traditionen deutscher Geschichte, insbesondere dem konsequenten Antifaschismus verpflichtet, wenden wir uns gemeinsam mit allen demokratischen Kräften entschieden gegen*

*- Neofaschismus und Rechtsextremismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit*



- *eine nationalistische Lösung der deutschen Frage*
- *wirtschaftlichen Ausverkauf der DDR und Vereinnahmung durch das Kapital*
- *den Verkauf unseres Grund und Bodens*
- *eine Ellenbogengesellschaft oder eine Zweidrittelgesellschaft*
- *Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Drogen und Prostitution*
- *Belastung der Umwelt*
- *geistige Bevormundung und Einengung der Forschung.*

Im Wahlprogramm der Kreisorganisation Zeitz der PDS für die Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 setzte sich die Partei dafür ein, dass über Parteiinteressen hinaus im Wettbewerb der Parteien, Bürgerbewegungen, Organisationen, Vereinigungen und der Kirche ausschließlich **für** die Bürgerinteressen gearbeitet wird.

Weiter hieß es: *Die Abgeordneten der PDS im Kreistag, in den Stadtverordnetenversammlungen Zeitz und Osterfeld und in den Gemeindevertretungen treten ein für:*

- *die Öffentlichmachung aller Beratungen und Beschlüsse der Volksvertretungen,*
- *die Durchführung von Beratungen mit den Bürgern, wenn wichtige für die Kommune zu treffende Entscheidungen zu erarbeiten sind,*
- *die Lösung von im Interesse der Bürger liegenden Aufgaben Bündnisse mit anderen Parteien und Bewegungen einzugehen bzw. einen Konsens zu finden,*
- *die Unterstützung von Bürgerkomitees und Bürgerbewegungen, wenn deren Forderungen den Interessen der Bürger dienen...*

Die über die Liste der PDS gewählten Abgeordneten leisteten in den kommunalen Volksvertretungen eine verantwortungsbewusste, kompetente Arbeit, die oftmals auch die Anerkennung der politischen Konkurrenten und Gegner fand.

Im Kreistag wirkten in der Legislaturperiode 1990-1994 aktiv Lothar Gentsch, Joachim Grieser, Dieter Oehlert und Hartmut Wiedebach, im Zeitzer Stadtrat Michael Heber, Horst Heller, Lydia Staate, Erika Fischer und Mario Tille und in den Gemeindevertretungen weitere 34 Mandatsträgerinnen und -träger.

Kurz nach der staatlichen Wiedervereinigung fanden am 14.10.1990 in den neuen Bundesländern und somit auch in Sachsen-Anhalt die ersten Landtagswahlen statt. Das Mandat für den Landkreis Zeitz gewann Konrad Schellbach (CDU).

Dieser Abgeordnete hatte Anteil daran, dass bei der späteren Neustrukturierung der Kreiseinteilung im Land Sachsen-Anhalt der Neukreis mit Zeitz nicht mit Hohenmölsen und Weißenfels zusammengefasst konstituiert wurde, sondern -

frühneuzeitlicher Geschichte folgend - mit Naumburg und Nebra unter der Bezeichnung Burgenlandkreis (im Volksmund auch Gurke genannt).

Darüber hinaus verlor das vormalige Industriezentrum Zeitz, die Stadt mit der höchsten Einwohnerzahl, den Status einer Kreisstadt; diesen Status erhielt vielmehr Naumburg.

Bei der ersten Beteiligung an den Wahlen zum Bundestag am 2.12.1990 gehörte der Kreis Zeitz gemeinsam mit den damaligen Kreisen Hohenmölsen, Naumburg und Nebra dem Wahlkreis 294 an. Dafür wurde eine Wahlkampfleitung gebildet, der Gunter Schneider für Hohenmölsen (als Leiter), Volker Bergt für Zeitz, Siegfried Schellhas für Naumburg und Hans-Jürgen Huster für Nebra angehörten.

Ein Wahlkampfteam - ebenfalls aus den vier Kreisen kommend - unterstützte inhaltlich, materiell-technisch und organisatorisch den PDS-Kandidaten für den Wahlkreis 294, Rüdiger Hollstein, und organisierte Veranstaltungen und Sichtwerbungen. - Das Direktmandat fiel an Margarethe Späthe (CDU).

Seit 1990 wirkte die PDS in den Dörfern und in der Kreisstadt Zeitz in konstruktiver und kritischer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, insbesondere mit den Fehlleistungen der SED und dem Scheitern des Staatssozialismus, und gleichzeitig mit dem Blick nach vorn aktiv bei der Mitgestaltung der Gesellschaft.

Das erfolgte durch die Mandatsträger im Kreistag, in Zeitz und in den Dörfern, durch den Kreisvorstand und die von ihm gebildeten Arbeitsgruppen – Politische Bildung, Geschichtskommission, Öffentlichkeitsarbeit, Frauen und Familie, Mieterbund, Senioren - durch die Basisorganisationen, über ihre Mitglieder und Sympathisanten. Während der Wende wurde auch eine Kommunistische Plattform gebildet.

Am 24.10.1990 wurde bei einer Neuwahl des Kreisvorstandes Reiner Fuchs als Kreisvorsitzender gewählt, und zwar im Rahmen einer Kreisaktivtagung im Saal der PGH „Aufbau“ Maler. Der neu gewählte Vorsitzende erstattete am 24. 11. 1990 auf einer Gesamtmitgliederversammlung einen Lagebericht. Regelmäßig fanden weitere derartige Zusammenkünfte statt.

Um die Jahreswende 1990/91 bildeten die Arbeitslosigkeit, verdeckt durch die auf Null gesetzte Kurzarbeit, Umweltbelastung und Verschmutzung durch Altlasten, Wohnraummangel und die Sanierung der Zeitzer Altstadt, der verbreitet baulich schlechte Zustand – Kreiskrankenhaus, Poliklinik, auch viele Gemeinden betreffend -, der Zustand des Straßennetzes sowie Handelsnetz und Versorgung der Gemeinden die fünf wichtigsten Probleme des Kreises Zeitz.

Zu den fünf die Bürgerinnen und Bürger am meisten aufregenden Probleme gehörten: Unsicherheit und Sorge um den Arbeitsplatz, Versorgungsfragen (mit Konsumgütern in den Gemeinden), Preistreiberei und Teuerung bei Dienstleistungen, Wohnungsprobleme im Hinblick auf Mangel und Zustand sowie Umwelt (Luft und Wasser ) in Verbindung mit chemischer Industrie und Maschinenbau. Der Landkreis wies zu dieser Zeit eine sehr starke CDU-Wählerschaft bei Kommunalwahlen auf. Den Wählerstimmen nach nahm die PDS den zweiten Platz ein. Anlässlich der Vereinbarung der Städtepartnerschaft Zeitz - Detmold wurde ein Brüsewitz-Denkmal eingeweiht.

Im Frühjahr 1991 wurde die erste Nummer des nunmehr monatlich erscheinenden „PDS-Kurier“ herausgegeben.

Die Jahresplanung des Kreisvorstandes für 1991 enthielt als fest stehende Veranstaltungen: sonntägliche Frühschoppen, montags und dienstags ab 10 Uhr „Drehscheibe“, zwei Mal monatlich dienstags Präsidiumssitzungen, monatliche Kreisvorstandssitzungen, monatliche Treffs der Vorsitzenden, monatliche Seniorentreffs; an jedem zweiten Dienstag im Monat traf sich die IG „Frauen und Familie“, an jedem zweiten Dienstag im Monat die Kreistagsfraktion, an jedem dritten Dienstag im Monat die Stadtverordnetenfraktion.

Am 16.5.1991 nahm Horst Denk an der in Chemnitz durchgeführten Erfahrungsbörse des Rates der Kreisvorsitzenden zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit teil. Hier musste u. a. eingeschätzt werden, dass es nur wenigen PDS-Mitgliedern gelungen war, den Sprung in Betriebsräte oder gewerkschaftliche Funktionen zu schaffen. Trotz abgebauter Aggression wurden die PDS bzw. ihre Vertreter von der übergroßen Mehrheit der Arbeiter und anderen abhängig Beschäftigten in Betrieben und Einrichtungen nicht angenommen – geschuldet der Nachwirkung der Altlasten der SED-Wirtschaftspolitik sowie dem Fehlen überzeugender Politikangebote der PDS für die Arbeiter.

In Auswertung dieses Treffens merkte Horst Denk an, dass im Kreis Zeitz bis dahin die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit noch keine Rolle gespielt hatte. Im Sofortprogramm sollte diese Arbeit als Forderung erscheinen. Dazu wäre nötig, Erfahrungsaustausche und gemeinsame Aktionen zu organisieren. Als weitere Möglichkeit verwies er auf die Einbeziehung von PDS-Mitgliedern, die als Unternehmer, Geschäftsführer o. ä. tätig sind. Gleiches galt auch für PDS-Mitglieder in Gewerkschaftsfunktionen. Außerdem sollte auch eine Beziehung der Betriebsarbeit und der parlamentarischen Arbeit der PDS hergestellt werden.

Am 23.11.1991 wurde der PDS-Kreisvorstand neu gewählt. Ihm gehörten 16 Mitglieder an. Vorsitzender wurde Horst Denk, stellvertretende Vorsitzende Maria Schreiber, Egon Schulz und Lydia Staate.

Von Jahresbeginn 1992 an musste die Kreisgeschäftsstelle Zeitz durchweg ehrenamtlich besetzt werden. Als Geschäftsstellenleiterin fungierte Maria Schreiber. - Seit dieser Zeit fungierte als hauptamtlicher Geschäftsführer für die Kreise Naumburg, Weißenfels, Hohenmölsen und Zeitz Gunter Schneider. Als Kreisvorsitzender für die PDS arbeitete in diesem Zeitraum Horst Denk.

Ein wichtiges Feld der Aktivitäten der PDS stellte in dieser Zeit das Bemühen der Partei dar, dem Prozess der Deindustrialisierung der Zeitzer Region entgegen zu wirken. In einigen vormaligen Großbetrieben wurde die Belegschaft um 75% reduziert. Komplette Betriebe, die zu DDR-Zeiten bedeutende Exportleistungen - und nicht nur in frühere sozialistische Länder - erbrachten, hörten völlig auf zu existieren, zum Beispiel Stahlwerk Rasberg, Pianounion, Wäscheunion. Viele der Märkte waren von der Konkurrenz aus den alten Bundesländern übernommen worden.

Dementsprechend schnellte die Arbeitslosigkeit in die Höhe. Sie erreichte im dritten Quartal im Kreis Zeitz eine Quote von 20,8%, bei der Frauenbeschäftigung das Ausmaß einer Arbeitslosigkeit von 70%.

Die PDS beteiligte sich an allen Aktionen, die gegen den Massenabbau von Arbeitsplätzen unternommen wurden. Das betraf auch ihre Teilnahme an der Ostermarschbewegung, konzentriert auf die friedliche Nutzung des Zeitzer Forstes.

Zu den von der PDS entwickelten Aktivitäten im Verlaufe des Jahres 1992 gehörten ferner Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag, ein Politfrühschoppen am 1. Mai, ein Kinder- und Sportfest zum Internationalen Kindertag, eine Gesprächsrunde mit Lehrern und ehemaligen Lehrern am 12.6., ein Forum zur Schulpolitik am 23.9. im Friedenssaal des Zeitzer Rathauses mit den Landtagsabgeordneten Dr. Rosemarie Hein und Dr. Wolfgang Süß sowie ein Treffen mit Vertretern der Partnerstadt Detmold über Mieterprobleme.

Regelmäßig fand die Gesprächsrunde „Pro und Contra“ statt, die von der AG Politische Bildung veranstaltet wurde.

Die oben genannten Aktivitäten fanden im Wesentlichen 1993 ihre Fortsetzung. Dazu kamen die jährlichen Gedenkveranstaltungen der PDS - nicht selten gemeinsam mit Vertretern weiterer linker Kräfte - zum Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus und zum Tag der Opfer des Faschismus am ersten Septembersonntag.

Am 20.1.1993 wurde ein kulturpolitisches Forum „Über Kultur zu mehr Demokratie“ in Zeitz im Haus am Schützenplatz 21a veranstaltet. Anlässlich des 70. Jahrestages des Bergarbeitermarsches von Theißen nach Zeitz fanden am 13. August 1993 Kranzniederlegungen an der Zeitzer Auebrücke und am

Denkmal in Theißen sowie eine Podiumsdiskussion im Friedenssaal des Zeitzer Rathauses statt, veranstaltet von SPD und PDS sowie der IG Bergbau und Energie.

Gegenstand bildeten die Auswirkungen des Marsches in der damaligen Zeit und die aktuelle soziale Situation. Die rund achtzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer stimmten einstimmig einem Solidaritätsschreiben an die Bergleute in Bischofferode zu, die in jenen Tagen mit großem Mut und mit Entschlossenheit den Kampf um die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze führten.

In den Gesamtmitgliederversammlungen standen 1993 die intensive Auseinandersetzung mit den innen- und außenpolitischen Problemen der Bundesrepublik im Allgemeinen und denen in der Zeitzer Region im Besonderen im Mittelpunkt.

Gegenstand der Öffentlichkeitsarbeit bildeten u. a. die Hilfe für die Mitglieder der Konsumgenossenschaft, als es darum ging, eine Nachzahlung im Zusammenhang mit deren Bankrottmachung und Liquidierung erfolgreich zu verhindern, Aktionen für die Erhaltung des Zeitzer Theaters, Hilfe für die Mieter, die aktive Teilnahme an der Demonstration zur friedlichen Nutzung des Zeitzer Forstes und das Bemühen um das Zusammenwirken mit der Gewerkschaft bezüglich der Würdigung des Bergarbeitermarsches vom 13. August 1923 von Theißen nach Zeitz.

Den hauptsächlichen Schwerpunkt der inneren Entwicklung der PDS stellten die Maßnahmen im Zusammenhang mit der 1994 anstehenden Gebietsreform im Land Sachsen-Anhalt dar. Die von breiten Bevölkerungskreisen unterstützte Position der PDS, der historischen Entwicklung ab 1815 folgend, die die Industrialisierung unserer Region und die Herausbildung einer starken Arbeiterbewegung nach sich zog, die neue Kreisbildung durch den Zusammenschluss der Altkreise Hohenmölsen, Weißenfels und Zeitz zu vollziehen, konnte parlamentarisch nicht durchgesetzt werden. So kam es zur Bildung des Burgenlandkreises aus den Altkreisen Naumburg, Nebra und Zeitz mit der Kreisstadt Naumburg.

Diese Gebietsreform wurde verbunden und abgeschlossen mit den Kommunalwahlen im Sommer 1994. Die Gemeinde- und Stadträte waren durch die Wahl personell zu bestätigen oder zu erneuern, der Kreistag des Burgenlandkreises erstmals zu wählen.

Daraus erwuchs das Erfordernis, die PDS den neuen Bedingungen gemäß politisch und organisatorisch angemessen zu formieren. Die bisherigen PDS-Kreisverbände Naumburg, Nebra und Zeitz mussten zu einem einheitlichen handlungsfähigen Kreisverband zusammengeschlossen werden.

Dieser Prozess wurde im Kreis Zeitz gründlich und gewissenhaft vorbereitet. Wichtige Schritte auf diesem Wege stellten Gesamtmitgliederversammlungen und Kreisdelegiertenkonferenzen dar.

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 28.6.1993 wurde über das Wirken des Kreisverbandes in den zurückliegenden zwanzig Monaten Rechenschaft abgelegt und der Wahlkampf für 1994 erstmals anvisiert mit Überlegungen zur Gebietsreform. Die Delegierten zum Landesparteitag wurden gewählt.

Auf der Gesamtmitgliederversammlung am 27.9.1993 werteten Brigitte Gentsch, Brigitte Baumgart und Horst Denk diesen Landesparteitag aus. Die Gesamtmitgliederversammlung am 2.11.1993 fasste den Beschluss über den Beitritt der Kreisorganisation Zeitz zum PDS-Kreisverband des Burgenlandkreises.

Gleichzeitig wurde der Gebietsvorstand Zeitz gewählt. Am 27.11.1993 folgte die erste Tagung der Kreisdelegiertenkonferenz in Naumburg. Die zuvor dezentral gewählten Delegierten der Altkreise Naumburg, Nebra und Zeitz wählten nunmehr den neuen Kreisvorstand des Burgenlandkreises. Damit hatte sich die PDS des Burgenlandkreises als erste im Land Sachsen-Anhalt in Vorbereitung der Gebietsreform neu konstituiert. 86 der 88 Delegierten gaben 85 Stimmen ab.

In den Kreisvorstand wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt: Ulrike Baitinger, Dr. Anneliese Dahme, Hanfried Schneider, Dietmar Ungewiß, Manfred Wilhelm und Dr. Siegfried Schellhas aus dem Bereich Naumburg, Johannes Noffke, Reinhild Müller und Dr. Artur Spengler aus dem Bereich Nebra sowie Edith Zemlin, Waltraud Bierbach, Siegfried Kutschik, Thomas Kuhlbrodt, Joachim Pauli und Dr. Detlef Köpcke aus der Region Zeitz.

Als Vorsitzender des Kreisvorstandes wurde Horst Denk, zur Schatzmeisterin Lydia Staate gewählt. Gleichfalls erfolgte die Wahl der Schiedskommission.

Zum Zeitpunkt der Konstituierung der PDS des Burgenlandkreises gehörten der Partei 880 Mitglieder an. Aus den damals noch bestehenden Gebietsverbänden Naumburg kamen 309, Nebra 110 und Zeitz 461 Mitglieder.

Im Ergebnis der 2. Beratung der Kreisvorstandes Burgenlandkreis am 7.12.1993 wurden eine Geschäfts- und Arbeitsordnung des Vorstandes erarbeitet und beschlossen. Dabei wurden die Verantwortungsbereiche für alle Vorstandsmitglieder festgelegt.

Der Finanzabschluss 1993 in allen Gebieten wurde vorgenommen und somit die Voraussetzung für die Übernahme der Finanzarbeit durch den Kreisvorstand geschaffen.

Auf der Basis der PDS-Gebietsverbände wurden die Kandidaten für die anstehenden Kommunalwahlen nominiert. Für den Altkreis Zeitz geschah dies auf einer Gesamtmitgliederversammlung im Jugendklubhaus Zeitz (Schuppen) am 26.2.1994. Dort wurden die Kandidaten für den Zeitzer Stadtrat bestätigt sowie für die Gemeinderäte in jenen Orten, in denen keine eigene PDS-Basisorganisation existiert.

Die zweite Tagung der Kreisdelegiertenkonferenz am 5.3.1994 in Naumburg nominierte Dr. Detlef Köpcke als Bewerber für das Landtagsdirektmandat sowie die Kandidaten für den Kreistag sowie die Ämter des Landrates und der Bürgermeister.

Im Mittelpunkt des Wirkens der PDS standen 1994 die zahlreichen fälligen Wahlen: Kommunalwahlen, die Europawahl, Landtagswahl und am 16.10. die Bundestagswahl.

Wie bereits zuvor trat die PDS auch im Burgenlandkreis 1994 mit offenen Listen an. Die Schwerpunkte ihres Wahlprogramms beinhalteten:

*1. Aufschwung geht nicht ohne Arbeit!*

*Die PDS steht für eine grundsätzliche Neu- und Umverteilung der Arbeit. Der zerstörende Gegensatz zwischen Über- und Längerarbeit der einen und der erzwungenen Nichtarbeit und Ausgrenzung der anderen muss verringert werden.*

*2. Das Recht auf Wohnung muss ein Grundrecht sein!*

*...Die PDS betrachtet das sichere und sozial verträgliche Wohnen als ein Grundrecht der Bürger. Die Kommunen und das Land haben dafür zu sorgen, dass niemand obdachlos wird (Artikel 40 der Landesverfassung)...*

*3. Für eine wirksame und gerechte Gesundheits- und Sozialpolitik!*

*Medizinische Betreuung und soziale Absicherung müssen für jeden Menschen möglich und bezahlbar bleiben...*

*Die Bundesrepublik, so wie sie heute regiert wird, bekämpft nicht die Armut, sondern die Armen. Für die Bundesregierung und die Unternehmerverbände wird Ostdeutschland zu einem Experimentierfeld für Sozial- und Demokratieabbau. Dem wirkt die Politik der PDS entgegen...*

*4. Demokratie - überall - mit allen - für alle!*

*...Der Aufbau der neuen Verwaltungsstrukturen muss bürgernah erfolgen. Volksinitiativen sind zu verwirklichen und nicht zu ignorieren.*

*...Wir lehnen es ab, dass ehemalige DDR-Bürger wegen so genannter „Staatsnähe“ diskriminiert und benachteiligt werden.*

*5. Die Haltung zu Ausländern ist Prüfstein für Demokratie, Humanismus, Toleranz und Solidarität!*

*...Die Ignoranz der herrschenden Politik gegenüber den Herausforderungen und wachsenden Gefahren der globalen Probleme - das ist der Boden, auf*

*dem Rassismus und Intoleranz gegenüber anderen Lebensweisen gedeihen. Rechtsextremismus und Gewalt erwachsen aus der Mitte der Gesellschaft heraus.*

*Deshalb wollen wir mit allen Gruppen zusammenarbeiten, die sich dieser Entwicklung entgegen stellen.*

*6. Für die Gleichberechtigung der Frau! Frauen und Männer - gemeinsam für eine bessere Welt!*

*Die gleichberechtigte, im Grundgesetz verankerte Teilnahme der Frau am Erwerbsleben sowie an der Organisation und Leitung gesellschaftlicher Prozesse ist ein wichtiges Ziel der Kommunalpolitik der PDS...*

*7. Grüne Zukunft mit Vernunft*

*Die PDS setzt sich für den Erhalt und die weitere Förderung der im Burgenlandkreis bestehenden Naturschutzgebiete ein. Wir unterstützen einen für eine grüne Zukunft mit Vernunft alternativen Landbau... Wir treten für eine Abfallreduzierung und eine Wiederbelebung des SERO-Systems ein...*

*8. Bildung und Kultur für alle und mit allen!*

*...Wir fordern ein durch- und überschaubares Schulsystem, aus dem die Schüler den ihnen zusagenden Bildungsweg wählen können.*

*Der Bedarf von Freizeitangeboten für Jugendliche ist außerordentlich groß. Von besonderer Bedeutung ist das in den Neubaugebieten unseres Kreises. Die noch existierenden Kultureinrichtungen sind zu erhalten und breiten Bevölkerungsschichten zugänglich zu machen.*

*9. Für Frieden und Sicherheit - gegen eine deutsche Militarisierung*

*Die PDS vertritt und fordert eine Politik, die uneingeschränkt darauf gerichtet ist, dem Frieden der Welt zu dienen...*

*...Wir treten dafür ein, Krieg und militärische Gewalt zu ächten. Wir lehnen ein Denken und Handeln in Abschreckungs-, Bedrohungs- und Kriegsführungskonzeptionen ab. Ebenso entschieden sind wir gegen die Pflege und Wahrung militaristischer Traditionen und lehnen jede Verherrlichung von Kriegstaten und Gewalt ab. Von deutschem Boden darf kein Krieg, darf keine militärische Intervention ausgehen!...*

*Wir wollen eine Erneuerung der Bundesrepublik Deutschland, sozial gerecht, ökologisch, solidarisch, kulturvoll, zivil, friedliebend, antirassistisch und antifaschistisch.*

*Die PDS ist und bleibt konsequent antifaschistisch.*

Im Ergebnis der Wahlen wurden von den 81 in sechs Städten und zwanzig Gemeinden des Burgenlandkreises aufgestellten Kandidaten der offenen Liste der PDS 53 gewählt. In vier Gemeinden stellte die PDS den Bürgermeister.

Dr. Artur Spengler erhielt als Landratsbewerber 20% der Wählerstimmen und belegte damit den dritten Platz. In den Kreistag konnten acht Abgeordnete für



die PDS/LL entsandt werden. Dr. Artur Spengler wurde als Fraktionsvorsitzender gewählt.

Bei den Landtagswahlen gewann die PDS 21 Mandate. Der Burgenlandkreis war dabei personell nicht präsent. Das Zeitzer Wahlkreisbüro übernahm Dr. Wolfgang Süß, Lydia Staate übernahm die Tätigkeit als Mitarbeiterin.

In den Bundestag zogen aus dem Land Sachsen-Anhalt mit Petra Bläss, Wolfgang Bierstedt, Heidi Knaake-Werner und Uwe-Jens Rössel vier Abgeordnete ein. Uwe-Jens Rössel übernahm die Repräsentanz für den südlichen Teil Sachsen-Anhalts.

Der Kreisverband Burgenlandkreis unterhält seit 1994 Geschäftsstellen in der Kreisstadt Naumburg sowie in Zeitz und Nebra. Ihm gehörten Ende 1994 insgesamt 970 Mitglieder an.



8. Wahlkundgebung am 17. September 1990 in Zeitz vor der ersten Landtagswahl mit Roland Claus, Vorsitzender des Landesvorstandes der PDS in Sachsen-Anhalt



9. Wahlkundgebung am 17. September 1990 in Zeitz vor der ersten Landtagswahl mit Roland Claus, Vorsitzender des Landesvorstandes der PDS in Sachsen-Anhalt



10. Die PDS-Fraktion im Kreistag, mit 6 Abgeordneten vertreten, wurde von 1990 bis 1994 von Lothar Gentsch geführt



11. Horst Denk, seit 1990 im Kreisvorstand der PDS, übernahm 1992 den Kreisvorsitz in Zeitz



12. / 13. Während einer Mitgliederversammlung am 24.11.1990 in Zeitz.  
Damals war es noch üblich, eine Kinderbetreuung zu organisieren







14. / 15. Es gründet sich die Jugendgruppe „Drehscheibe“!

Ihre Mitglieder waren Mitglieder der PDS, der Autonomen Antifa und parteilose Jugendliche. In vielfachen Aktionen unterstützten sie die PDS, setzten aber auch eigene Pläne und Objekte um. Dabei kam es auch häufig zu Auseinandersetzungen mit dem Kreisvorstand und einigen insbesondere älteren Genossinnen und Genossen. Die Jugendgruppe löste sich auf. Ein Teil der damaligen Mitglieder haben sich qualifiziert und nehmen Positionen in sozialen und politischen Bereichen ein. Einige andere haben die Region verlassen.





16. /17. Widerstand regt sich. Den Aufruf der IG Metall folgten die Belegschaften der Zeitzer Großbetriebe jedoch nur zögerlich. Hier eine Blockade der sogenannten ZEKIWA-Kreuzung







18. Frauen solidarisieren sich mit Behinderten und demonstrieren vor dem Zeitzer Rathaus für einen behindertengerechten Zugang

## Das Wirken der PDS im Burgenlandkreis

Zu Beginn des Jahres 1994 stand die Vorbereitung der Kommunal- und Landtagswahlen im Mittelpunkt der Arbeit des Kreisvorstandes. Erstmals waren neben den örtlichen Räten der Kreistag des neuen Burgenlandkreises und dafür der Landrat zu wählen. Auf der 2. Tagung der Kreisdelegiertenkonferenz wurden Dr. Artur Spengler als Kandidat zur Wahl als Landrat, Dr. Detlef Köpke als Kandidat für den Landtag und die Liste für den Kreistag bestätigt.

Zuvor hatten sich die Kandidaten für die Wahlen zu den Städte- und Gemeindeparlamenten auf den Gesamtmitgliederversammlungen der Gebiete vorzustellen. Das Kreiswahlbüro gewährleistete dazu den erforderlichen Überblick.

In den ersten Wochen des Jahres 1994 fand eine Weiße-Flecken-Tour zwecks Feststellung und Verstärkung der Präsenz der PDS in den Gemeinden des Kreises statt, beispielsweise am 3.1. in Profen, am 24.2. in Weickelsdorf.

Im Januar 1994 wurde ein Protestmarsch im Zeitzer Forst unter Beteiligung der PDS gegen dessen Nutzung durch die Bundeswehr durchgeführt. Irene Lindenberg nahm als Vertreterin aus dem Burgenlandkreis an einer Bildungskonferenz in Magdeburg am 29.1. teil.

Der Kreisvorstand verabschiedete auf seiner Sitzung am 28.3. das Wahlprogramm für die Kommunalwahlen. Bundes- und Landesparteitag wurden ausgewertet.

Am 14. März 1994 erschien unter Verantwortung von Dr. Detlef Köpke die erste Ausgabe des PDS-KURIERS im Burgenlandkreis. Seine Aufgabe sollte es sein, *zu helfen, schneller zusammenzuwachsen, unsere gemeinsamen Probleme wirkungsvoller angehen zu können, die Brücke zu all jenen Genossen zu schlagen, die – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr so aktiv am Leben in den Basisorganisationen teilnehmen können, sich aber mit der PDS noch sehr verbunden fühlen.* Mitarbeit und Beiträge der Leser, Anregungen und Kritik sind jederzeit erwünscht.

In der Kreisvorstandssitzung am 25.4. wurde die Beschlussvorlage für die Geschäfts- und Arbeitsordnung des Kreisvorstandes gründlich beraten und am 27.6. bestätigt.

Am 26.4. fand in der Zeitzer Geschäftsstelle eine Diskussionsrunde mit Professor Dr. Sauermann zum Thema „Auf dem Weg des Friedens – wie weiter?“ angesichts der Bundeswehrebeteiligung am Krieg in Bosnien statt.

Am 6.5. fand die 1. Wirtschaftskonferenz der PDS im Kulturhaus des Hydrierwerkes Zeitz statt. In seiner Begrüßung führte der Kreisvorsitzende Horst Denk u. a. aus: *In einer Zeit und einer Situation, in der sich wie im ganzen Lande, auch in der südlichen Region Sachsen-Anhalts, einschneidende Veränderungen in nahezu allen Lebensbereichen vollzogen haben, halten wir es für erforderlich, auch unseren Standpunkt öffentlich zu machen. Wir gehen davon aus, dass die Wirtschaft Grundlage und Ausgangspunkt der Zukunft ist und stellen deshalb Arbeit, Einkommen, soziale Sicherheit und Naturerhaltung in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit. Sicher gibt es unterschiedliche Auffassungen über Ursachen und Auswirkungen der entstandenen Situation in den genannten Bereichen. Aber nahezu alle sind sich darüber einig, dass dieser Zustand unerträglich ist und die verhängnisvolle Entwicklung gestoppt werden muss.*

Mit Referaten traten auf Diplomökonom Peter Kalich vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Dr. Fritz Schumann (MdB), Dr. Wolfgang Jahn, Berlin, und Johannes Krause, Vorsitzender des DGB Sachsen-Anhalt/Süd. Einerseits waren das sach- und fachgerechte Berichten der Referenten über die Wirtschaftsprobleme und Alternativen dazu zu konstatieren, andererseits eine ungenügende Beteiligung von Wirtschaftsunternehmern und kommunalen Verwaltungen an der Konferenz festzustellen.

Die Ergebnisse der Kommunal- und Landtagswahlen vom 12. und 26. Juni zeugten von der gewachsenen Akzeptanz der PDS im Burgenlandkreis. Mit 19,82 Prozent lag der Wahlbereich I (Stadt Zeitz) bei den Kommunalwahlen über dem Landesdurchschnitt. Die Direktkandidaten für den Landtag (3), als Landrat und als Bürgermeister (4) konnten zwar keinen der angestrebten Plätze erreichen, erzielten aber überall beachtliche Ergebnisse. 8 Kreistagssitze wurden erreicht, in den Städten Naumburg und Zeitz zwei bzw. ein Mandat mehr als bei den Wahlen 1990.

Von den 54 in den Gemeinden angetretenen Kandidaten wurden 34 in 16 Gemeinden gewählt. Gute Ergebnisse wurden besonders in Karsdorf, Rehmsdorf, Luckenau und Meineweh erzielt.

Von der Konstituierung des Kreistages des Burgenlandkreises an leistete die PDS-Fraktion dort eine aktive Arbeit. Als Stellvertreter des Fraktionsvorsitzenden Dr. sc. Artur Spengler (Memleben) arbeitete Lothar Gentsch (Zeitz). Der Fraktion gehörten ferner an: Ria Theil (Droyßig), Klaus Kühnapfel (Zeitz), Katja Bier (Naumburg), Hermann Gosewitz (Bad Kösen), Thomas Kuhlbrodt (Zeitz) und Dieter Kowalski (Wetzendorf).

Dementsprechend wirkten die Abgeordneten in den einzelnen Ausschüssen: Dr. Artur Spengler im Ältestenrat und im Kreisausschuss, Ria Theil im Kultur Ausschuss, Hermann Gosewitz im Bauausschuss, Katja Bier im Ausschuss Land-



wirtschaft/Umwelt, Dieter Kowalski im Sozialausschuss, Klaus Kühnapfel im Wirtschaftsausschuss und Thomas Kuhlbrodt im Jugendhilfeausschuss. Neben diesen Abgeordneten arbeiten auch Bürgerinnen und Bürger als Sachkundige Einwohner in den Ausschüssen mit.

In den regelmäßig durchgeführten Fraktionssitzungen standen immer die Ergebnisse der Ausschusssitzungen und in Verbindung damit auch die Vorbereitungen der Kreistagsitzungen im Mittelpunkt, insbesondere die einzubringenden Kreistagsvorlagen.

Schwerpunkte hinsichtlich der wirtschaftlichen Situation im Burgenlandkreis bildeten die Industriestandorte Zemag Zeitz, Zekiwa, Mibrag, die Sanierungsgesellschaft Zeitz und der Industriepark 2000 Zeitz sowie die Landwirtschaft und der dortige Umstrukturierungsprozess. Einen gebührenden Platz nahm auch die Entwicklung in Handwerk und Gewerbe ein.

Auf Antrag der PDS-Fraktion fanden Sonderkreistage zur wirtschaftlichen Lage in der Region statt. Auf ihren Antrag hin wurde die Zeitzer Wirtschaftsfördergesellschaft erweitert und wirkt nunmehr im gesamten Burgenlandkreis. Anträge wurden ferner eingebracht zur komplexen Planung der regionalen Wirtschaftsstruktur im Gebiet Burgenlandkreis und Landkreis Weißenfels sowie zur Situation in der Landwirtschaft.

Vorschläge wurden eingebracht zur Veränderung der Lehrstellensituation. Weitere Vorschläge beinhalteten Entscheidungen und baldige Realisierung wichtiger Umgehungsstraßen mit entsprechenden Brücken, das Baugewerbe, Wohnungsbau und Mieten, die friedliche Nutzung des Zeitzer Forstes und die Erhaltung des Theaters Zeitz sowie der Musikschulen.

Im Kreistag wurde ein Antrag auf ein Beschäftigungsprogramm eingebracht, der die Weiterbeschäftigung für diejenigen sichern sollte, die mit der Einstellung der Produktion in der Hydrierwerk Zeitz GmbH arbeitslos wurden. Mandatsträger der PDS führten ein Gespräch mit dem Zeitzer Oberbürgermeister Dieter Kmietczyk zur Rettung des Standortes Hydrierwerk Zeitz.

Zur Arbeit der Kreistagsfraktion gehört seitdem auch die Unterstützung der Abgeordneten in den einzelnen Kommunen, die dort mit PDS-Mandat vertreten sind. In Städten oder Orten von Verwaltungsgemeinschaften finden im Wechsel Fraktionssitzungen statt. In diesen öffentlichen Beratungen bekommen die Abgeordneten und auch die Bürger Gelegenheit, ihre jeweilige Situation und ihre Probleme darzulegen.

Der Kreisvorstand nahm in seiner Sitzung am 27.6. folgende Schwerpunkte in seinen Politikalendar für das zweite Halbjahr 1994 auf: die Agrarpolitik, den

50. Jahrestag der Ermordung Ernst Thälmanns, den Antikriegstag am 1. September, eine schulpolitische Konferenz für den 17.9., die Kreisdelegiertenkonferenz am 26.11.

Auf der Kreisvorstandssitzung am 25.7. wurden die von der CDU erhobenen Anschuldigungen wegen Stasi-Tätigkeit der wieder gewählten Abgeordneten Dr. Siegfried Schelhas und Gotthardt Scholz entschieden zurückgewiesen.

Im August 1994 beteiligte sich die PDS aktiv an der Plakataktion an der Barbara-Kaserne in Naumburg, ebenfalls an der Aktion „Kuba si“, einer Solidaritätssammlung für das kubanische Volk. Hermann und Waltraud Bierbach betätigten sich dabei als Initiatoren und Organisatoren und brachten das gesammelte Material nach Rostock.

In Verbindung damit wurde ein Brief an USA-Präsident Clinton gesandt, in dem es u. a. hieß: *Mit Abscheu verfolgen wir die seit Jahrzehnten andauernde Blockade sowie die geheim und offen durchgeführten Attacken Ihres Landes gegen diesen kleinen Inselstaat. Sie fordern demokratische Reformen. Ich frage Sie: Welche Reformen sollen es denn sein? Etwa die Abschaffung des hervorragenden Gesundheitswesens, das jedem Kubaner eine kostenlose medizinische Versorgung gewährt? Oder die Abschaffung des Bildungswesens, das trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf dem erreichten hohen Niveau weitergeführt wird und jedem die Möglichkeit zum Lernen und Studieren gibt? ...*

*Ihre heilige Kuh „Demokratie“, diese schmerzhaft Erfahrung mussten wir Ostdeutschen machen, ist doch nur für diejenigen von Vorteil, die über genügend Macht und Reichtum verfügen. Wer arm ist, ist nur geduldet in der bürgerlichen Demokratie. Arm sind auch in Ihrem Land eine große Zahl von Arbeitslosen, Rentnern, alleinstehenden Frauen, Analphabeten, Behinderten und anderen sozial Schwachen. Was tun Sie für diesen Teil Ihres eigenen Volkes, damit es in Demokratie leben kann?*

*Wir fordern, die Blockade gegen Kuba sofort aufzuheben und das kubanische Volk über sein weiteres Leben selbst entscheiden zu lassen. Auch das ist Demokratie!*

Die Kreisvorstandssitzung am 26.9. behandelte Probleme der politischen Bildung: unterschiedliche Auffassungen über die Einschätzung unserer Vergangenheit als Partei sowie Probleme mit der Kommunistischen Plattform bezüglich der Vergangenheitsbewältigung und zum Tag der Opfer des Faschismus.

Waltraud Bierbach und Karin Denk starteten eine Initiative der PDS mit monatlichen Mieterberatungen.

Im Oktober 1994 kam es – ausgelöst durch Tamara Misch – in Naumburg zu Aktivitäten gegen Neofaschismus und Rechtsextremismus.

Am 14.11. fand ein Mieterforum im Hotel „Drei Schwäne“ in Zeitz statt.

Am 24.10. hatte der Kreisvorstand die Auflösung der Geschäftsstelle Nebra beschlossen. Nach der Landtagswahl verlegte Dr. Wolfgang Süß sein Büro nach Zeitz, der mitgliederstärksten Region im Burgenlandkreis. Danach wurde Zeitz Sitz des Kreisvorstandes – nach eindeutigen Abstimmungsergebnis.

Zu den Aktivitäten der PDS-Kreistagsfraktion wurde eine ausführliche Presserklärung erarbeitet.

In Auswertung der Bundestagswahlen im Oktober 1994 mit dem Einzug von 30 PDS-Abgeordneten wurde auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 10.12. im Bericht des Kreisvorsitzenden Horst Denk eingeschätzt, dass der unaufhaltsam scheinende Abstieg der deutschen Linken gestoppt scheint. Er kann weiter gestoppt werden, wenn die PDS ihr politisches Profil und ihre politischen Angebote aufrecht erhält und verbessert.

Seit 1990 sah sich die PDS heftigsten Angriffen ausgesetzt. Der Wahlkampf 1994 hatte jedoch neue Ausmaße an Aggressivität und politischer Unkultur. Sie sah sich der vereinten Front von katholischer Kirche, Unternehmerverbänden, aller Parteien und von Teilen der Gewerkschaften ausgesetzt. In einigen Teilen Deutschlands gipfelte das in Mord- und Bombendrohungen, faschistischen Schmierereien an PDS-Plakaten und von ihr genutzten Häusern. Dennoch hat die PDS eine andere Atmosphäre im Wahlkampf vorgefunden als 1990.

Der organisierten Psychose standen ein großes Interesse und viel Aufgeschlossenheit bei zahlreichen Bürgern gegenüber. Wir haben viel Informationsmaterial über eine Menge die Menschen bewegenden Probleme verbreitet, viele Gespräche geführt und unsere Wahlprogramme erläutert. Besondere Verdienste hatten dabei das Kreiswahlbüro sowie die Vorstände der Basisorganisationen. Bei den Landtagswahlen erhielt die PDS 12.485 Zweitstimmen im Burgenlandkreis, bei den Bundestagswahlen 15.157.

Am 12.1.1995 veranstaltete die Kommunistische Plattform eine Zusammenkunft mit Sarah Wagenknecht über die Strategie der PDS. Anwesend waren trotz schlechten Wetters eine Reihe von Mitgliedern der KPF, einige aus Zeitz, weitere aus Naumburg, Bad Dürrenberg, Merseburg, Weißenfels und Leipzig, ferner Mitglieder von DKP und KPD. Sarah Wagenknecht kritisierte von den Thesen des Parteivorstandes besonders die vierte und fünfte. In einer kontroversen Diskussion wurde deutlich, dass sich die Thesen nicht mit den Standpunkten breiter

Kreise der Genossen decken. Vorherrschend war eine scharfe linksradikale Kritik.

Am 23.1. erhob der Kreisvorstand Protest gegen eine Bundeswehrvereidigung in Tröglitz. Derartige Veranstaltungen gehören nicht in die Öffentlichkeit. Auf der gleichen Sitzung wurde der Kerngedanke der Ostermarschbewegung aufgegriffen, um in diesem Sinne gegen die weitere militärische Nutzung des Zeitzer Forstes – nunmehr durch die Bundeswehr – zu demonstrieren.

Der Kreisvorstand beschäftigte sich ferner mit der Vorbereitung des 4. Bundesparteitages, der vom 27. bis 29.1.1995 stattfand und an dem Horst Denk und Antje Siebert teilnahmen. Der Kreisvorstand reagierte auf Vorgänge innerhalb der PDS auf Landes- und Bundesebene.

Auf der Kreisvorstandssitzung am 27.2. wandte sich Horst Denk in Auswertung des Bundesparteitages gegen eine einseitige politische Bildungsreihe durch Professor Dr. Saueremann von der KPF.

An die PDS-Landtagsfraktion wurde die Erwartung gerichtet, im Landtag konsequent unsere Forderungen an die Regierungskoalition zu stellen, dazu die Partebasis zu mobilisieren und notwendige Kompromisse nachvollziehbar zu erläutern. Vom Landesvorstand wurde verlangt, aktive Parteiarbeit in Verbindung mit den Kreisen und Regionen zu organisieren. Es galt, brennende aktuelle Probleme der Wirtschaft, der Mieten und der Abfallwirtschaft zur Lösung zu bringen.

Es sollte durchgesetzt werden, von den sechs vom Burgenlandkreis zu stellenden Delegierten zum Landesparteitag mindestens zwei so als Kandidaten für den Landesvorstand aufzustellen und bekannt zu machen, dass sie dort auch gewählt werden.

Der Kreisvorstand initiierte und organisierte Kranzniederlegungen anlässlich des 75. Jahrestages der Niederschlagung des Kapp-Putsches und der Märzkämpfe 1921 in Mitteldeutschland, die am 18.3. in Bad Kösen, am 19.3. in Naumburg sowie am 21.3. in Zeitz und Theißen stattfanden.

Die Wiederaufnahme der Weiße-Flecken-Tour wurde beschlossen.

Der PDS-Kreisverband schloss eine Partnerschaft mit der Detmolder PDS ab.

An einer Fahrt nach Buchenwald am 9.4. anlässlich des 50. Jahrestages der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers beteiligten sich 23 Genossinnen und Genossen, am Ostermarsch im Zeitzer Forst rund 200 Personen.

Der Monat April stand im Zeichen der Diskussion der 10 Thesen des Parteivorstandes und des Programms in Gebiets-Mitgliederversammlungen. Auf der Versammlung des Gebietsverbandes Zeitz trat als Redner Professor Dr. Dr. h. c. Werner Isbaner auf. Es kam zu kontroversen Diskussionen.

Zum Mietenüberleitungsgesetz wurden sechs Ifo.-Stände in Zeitz, Tröglitz, Osterfeld, Theißen und Droyßig unter dem Motto „Die Mieten explodieren – die Mieter auch“ gestaltet.

Für den 1. Mai lud die PDS zu Maifeten im Haus Schützenplatz 21 und in den Gasthof „Zum Esel“ in Wetterzeube ein und nahm mit einer Abordnung an der offiziellen Maiveranstaltung des DGB auf dem Rossmarkt unter der Losung „Die Arbeit geliebt, gehasst, gebraucht“ teil.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung erfolgten Kranzniederlegungen und Ehrungen, in Zeitz ein Gedenken am Dr.- Flörsheim-Haus in der Leipziger Straße, eine Kranzniederlegung am sowjetischen Ehrenfriedhof Zeitz, eine Ehrung der deutschen Antifaschisten auf dem Michaelisfriedhof und eine Kranzniederlegung am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf dem Altmarkt. Unsere Aktionen gegen die neue Militarisierung der BRD machten im Zusammenhang mit den Ereignissen um den 8. Mai deutlich, dass das Verhältnis zu Militarismus und Faschismus ein wichtiges existentielles Problem in der Gegenwart darstellt.

Die parlamentarischen Aktionen um Arbeitsstellen durch die Kreistagsfraktion in enger Zusammenarbeit mit dem Landtagsabgeordneten wurden vom Parlament und von der Presse angenommen und zeigten Wirkung.

Der Antrag der PDS-Kreistagsfraktion zur Einführung eines Sozialpasses für kreisgeleitete und städtische Einrichtungen fand Zustimmung im Kreistag.

Der Kreisverband organisierte den Einsatz von Abgeordneten als Redner in den einzelnen Orten für jene Themen, die den hauptsächlichen Gegenstand ihrer diesbezüglichen Tätigkeit bilden.

Laut Protokoll der Kreisvorstandssitzung vom 12.6. erfolgte erstmalig die Wahl der Finanzrevisions- und der Schiedskommission des Kreisverbandes des Burgenlandkreises. In die erstere wurden Otto Wellnitz, Rosi Selzer und Dieter Grosch, in die zweitgenannte Kommission Lothar Gentsch, Klaus-Peter Kramer und Olaf Schumann gewählt.

Am 13.7. kam es zu einer Grundsatzausprache zwischen dem Kreisvorstand und der Kommunistischen Plattform.

Gegenstand bedeutender Aktivität der PDS-Fraktion im Stadtrat Zeitz war die Einführung der Vergleichsmieten in den neuen Bundesländern zum 1. Juli 1995.

Sie unterbreitete am 31. März 1995 ihre Position dazu eindringlich dem Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Zimmermann, sowie allen Stadträtinnen und Stadträten. Die Erhöhung der genannten Vergleichsmieten um 20%, die Umlegung der Modernisierungsmaßnahmen um weitere 3 DM /qm und das Inrechnungstellen der gesamten Betriebskosten. Die PDS-Fraktion erinnerte an die Versprechen der Politiker im Superwahljahr 1994, in denen nur schrittweise und sozial verträgliche, niemand überfordernde Mietanpassungen im Rahmen der Einkommensentwicklung in Aussicht gestellt worden waren.

*Unter Berücksichtigung der bestehenden Miethöhe und der Einkommenssituation der Mehrheit der Bürger unserer Stadt und der ohnehin ständig wachsenden Ausgaben nahezu in allen wichtigen Lebensbereichen vertreten wir die Meinung..., dass eine flächendeckende Mieterhöhung 1995 und 1996 für unsere Bürger, die überwiegend Mieter von Wohnungen sind, nicht zumutbar ist. Es wurde gefordert, Wohnen müsse auch künftig bezahlbar und sicher sein.*

Der Bereichsvorstand Naumburg befasste sich intensiv mit dem neuen Landschaftsschutzgesetz. Hier entwickelte sich ein Interessenkonflikt zwischen Umweltschutz und Wirtschaft, zwischen Ökologie und Ökonomie. Deshalb fand dazu am 17.8.1995 ein Forum im Saal Theaterplatz 5 in Naumburg statt. Zu dieser Thematik nahmen der Vorsitzende des Umweltausschusses im Landtag Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Volker Lüderitz, sowie Vertreter der Kreistagsfraktion und des Umweltausschusses im Kreistag Stellung.

In der Auseinandersetzung mit der rechtsextremistischen ANTI-Antifa-Gruppe Naumburg wegen ihrer Angriffe auf die Geschäftsstelle Naumburg und die PDS-Bundestagsabgeordnete Jelpke erstattete der Kreisvorstand Anzeige bei der Staatsanwaltschaft.

Im Herbst 1995 stand unter verantwortlicher Leitung von Joachim Pauli die Diskussion des Entwurfs des Parteivorstandes „Politische Aufgaben der PDS 1996 bis 1998“ in den Basisgruppen an. Auf Veranlassung des Landesvorstandes war eine neue Satzung zu diskutieren.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Bodenreform in der damaligen sowjetischen Besatzungszone veranstalteten der PDS-Kreisvorstand, der Regionalverband Zeitz und seine Geschichtskommission am 9.9.1995 ein öffentliches Podiumsgespräch in der Gaststätte „Zum Esel“ in Wetterzeube. Das Anliegen dieser Veranstaltung bestand darin, uns einzubringen in die Diskussion um die historische

Bewertung der Bodenreform, um ihre Folgen und um die Möglichkeiten ihrer Sicherung unter den jetzigen kapitalistischen Verhältnissen.

In der Einladung zur Veranstaltung hieß es u. a.: *Der Tatsache Rechnung tragend, dass die Bodenreform im Zentrum politischer Auseinandersetzungen steht, wollen wir uns entschieden gegen deren systematische Aushöhlung wenden und nicht zulassen, dass damit der Geist des Einigungsvertrages gebrochen und die Zukunft der ostdeutschen Landwirtschaft gefährdet wird. Unsere tätige Solidarität gehört allen davon Betroffenen.*

Hans-Jörg Krause (MdL) hielt den Einführungsvortrag zur historischen Notwendigkeit und den politischen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen der Bodenreform und der Vorsitzende der PDS-Kreistagsfraktion, Dr. Artur Spengler, sprach zum Thema „Die Bodenreform aus regionaler Sicht und aktuelle Probleme der Landwirtschaft im Burgenlandkreis“.

In einer inhaltsreichen Diskussion, über die die „Mitteldeutsche Zeitung“ durch einen redaktionellen Beitrag und einen nachgeschobenen Leserbrief berichtete, wurde am Beispiel des Ablaufs der damaligen Ereignisse in Droyßig, Rehmsdorf und Gatersleben deutlich, wie verschiedenartig sich in jedem Dorf die Aufteilung des Bodens und die Schaffung der neuen Agrarstruktur vollzog, in deren Ergebnis überall private mittelbäuerliche Betriebe sozial bestimmend wurden.

Insgesamt wurde in den zahlreichen Diskussionsbeiträgen deutlich, dass die Bodenreform einen wirklich demokratischen Prozess auf dem Lande darstellte – trotz aller Widersprüchlichkeit, die es bei der Aufarbeitung ihres geschichtlichen Verlaufs gegenüber einseitigen Darstellungen im Detail zu klären gilt. Am Beispiel des Agrarbetriebes Heuckewalde wurde gezeigt, welche schwerwiegenden sozialen Probleme bei seiner Neustrukturierung zu meistern waren, da es hier nur noch 30 Arbeitsplätze gegenüber früher 300 gibt.

Grund und Boden dürfen nicht Spekulationsobjekt sein, sondern sollten sichere Existenzgrundlagen bilden für alle Betriebsformen, die als Resultat der neuen Agrarstruktur auf dem Lande seit der deutschen Wiedervereinigung entstanden sind. Einmütigkeit bestand darin, entschlossen und konsequent für das Miteinander aller landwirtschaftlichen Betriebe, für Chancengleichheit einzutreten.

Die 2. Kreisdelegiertenkonferenz am 10.12.1994 hatte den Kreisvorstand in seiner damaligen Zusammensetzung bestätigt. Auf ihrer 2. Tagung am 17.6.1995 wurde bei dessen Neuwahl Horst Denk als Kreisvorsitzender wiedergewählt. Nach seinem Rücktritt wurde auf der 3. Kreisdelegiertenkonferenz am 4.11.1995 in Zeitz Roland Wohlfeld als Kreisvorsitzender gewählt.

Im Rahmen der Proteste gegen die Genehmigung des atomaren Endlagers Morsleben richtete der Kreisvorstand einen Brief an die verantwortliche Bundesumweltministerin Dr. Angela Merkel sowie ein Schreiben an die Abgeordneten des Landtages von Sachsen-Anhalt über den Landtagspräsidenten Dr. Klaus Keitel.

Im Oktober 1995 weilten im Rahmen der Partnerschaft Horst Heller, Lydia Staate und Brunn in Detmold und nahmen am dortigen Residenzfest teil.

Im gleichen Monat beteiligte sich der Kreisverband aktiv an der Unterschriften-Aktion gegen das Strafverfolgungsbeendigungsgesetz, eine Aktion, die sich gegen die weitere Verfolgung und Diskriminierung von „staatsnahen“ Funktionären wandte.

Ab 1995 wurde die politische Arbeit der IG Frauen als Linke Frauen Sachsen-Anhalts (LISA) weitergeführt.

Der Kreisvorstand bestätigte am 19.12. eine neue Geschäfts- und Arbeitsordnung des Kreisverbandes.

Die PDS-Kreistagsfraktion stellte am 28.11. einen Antrag zu den kommunalen Altschulden. Dazu wurde auch eine Plakataktion durchgeführt. Am 18.12. richtete die Kreistagsfraktion eine schriftliche Anfrage an Landrat Groß im Hinblick auf die notwendige Veränderung der völlig unzureichenden Situation an der Lernbehindertenschule Zeitz.

Am 13.12. trat in einer öffentlichen Veranstaltung im Naumburger Theater gegen die Militarisierung von Politik und Gesellschaft, speziell in Verbindung mit dem Einsatz der Bundeswehr in Bosnien, als Redner Dr. Alfred Dziewulski auf.

Zu Jahresbeginn 1996 stand in den Monaten Januar und Februar die Auswertung des Bundesparteitages im Mittelpunkt der Versammlungen. Dazu trat u. a. Dr. Artur Spengler auf.

Auf der Kreisvorstandssitzung am 5.3. erstattete Lothar Gentsch einen Bericht über den Haushaltsplan 1996 und hob hervor, dass die Arbeitslosenquote im Burgenlandkreis zu 25% und mehr tendiert. 1.786 Schulabgänger waren ohne Lehrstellen. Deshalb forderte die PDS gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden ein Lehrstellengesetz.

Zur Arbeitsmarktpolitik fand am 10.4. eine Veranstaltung mit Sabine Dierlich (MdL) statt.



Rege Diskussionen ergaben sich in vielen Basisorganisationen zur Umsetzung des Briefes der Statutenkommission. In einer Beratung im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Pro und Contra“ in Zeitz befassten sich etwa zehn Genossen mit dem vom Parteivorstand aufgestellten Problemerkatalog zur Veränderung des PDS-Statuts.

In der dazu erarbeiteten Stellungnahme wurde u. a. ausgeführt:

*Zur Mitgliedschaft: Es sollte bei einer einseitigen Willenserklärung gegenüber einem beliebigen Organ der PDS zur Aufnahme in die PDS bleiben. Ebenso sollte es keine Kandidaten- oder Karenzzeit geben...*

*Der Begriff der Doppelherrschaft sollte eindeutig formuliert werden und nur für ausländische Bürger, die in ihrem Heimatland einer mit der PDS sympathisierenden Partei angehören, gelten und demzufolge auch nur zeitweilig sein.*

*Für die Beendigung der Mitgliedschaft sollte es keinen Automatismus geben. Allein ein sechsmonatiger Beitragsrückstand sollte nicht als Austrittserklärung gewertet werden... Eine entsprechende Festlegung in der Finanzrichtlinie sollte die Vorgehensweise bei Beitragsrückständen regeln.*

*Sympathisanten: Da das Statut die Mitgliedschaft, die Rechte und Pflichten der Mitglieder und den Aufbau der Partei regelt, sollten Festlegungen zu Sympathisanten aus dem Statut entfernt werden.*

*Formuliert werden sollte, dass alle Organe, Zusammenschlüsse u. a. Körperschaften, Nichtmitglieder (Sympathisanten, Wähler) in die gesamte Arbeit der Partei einbeziehen und z.B. über Geschäftsordnung, Gast-Delegiertenmandate u. a. Rechte einnehmen.*

*Quotierung: Im Statut sollte zur Quotierung von Frauen, Jugendlichen, Minderheiten keine so absolute Festlegung getroffen werden. Die Mindestquote (bei Frauen) von 50% sollte als anzustrebendes Ziel vorgegeben werden...*

*Gliederungen: Das Statut erklärt und legt eindeutig fest, was und wie Bundesverband, Landesverband und Kreisverband aufgebaut sind. Richtig ist auch, dass Untergliederungen und Zusammenschlüsse von solchen Verbänden möglich sind. Eindeutig, um Rechte, Pflichten und Finanzprobleme klar zu bestimmen, sollten den Landesverbänden als Untergliederungen „Gebietsverbände“ und den Kreisverbänden „Bereichsverbände“ zugeordnet werden...*

Ähnliche Vorschläge zur Ergänzung oder Änderung des Statuts wurden in einer Mitgliederversammlung des Bereiches Nebra bereits am 30.3. vorgelegt. Hier wurde hervorgehoben, den Begriff und die Rolle der Sympathisanten personell

klar zu fixieren. Es sollte keine Übertragung von Mitgliederrechten an Sympathisanten geben.

Sympathisanten könnten Mitglied anderer Parteien sein, dürften nur mitdiskutieren und beraten, jedoch nicht beschließen. Ansonsten entstehe der Eindruck, dass dem Begriff „Mitglied“ keine besondere Qualität zugeordnet wird und da könnten wir uns auch als „Interessengemeinschaft“ bezeichnen.

Für Schatzmeister sollte ein Einspruchsrecht festgeschrieben und genau aufgelistet werden, zu welchen konkreten Fragen das gilt.

Im Prinzip solle eine Amtszeitbegrenzung für Parteifunktionen und Parlamentsmandate (zwei Legislaturperioden, acht Jahre) festgeschrieben werden.

Am 22.3. gaben die PDS-Kreistagsfraktion und der Kreisvorstand zu den Veranstaltungen der Bauernverbände im Burgenlandkreis und im Kreis Weißenfels – Kreisbauerntag des Kreisverbandes Naumburg-Nebra vom 28.2. und Kreistag des Kreisbauernverbandes Hohenmölsen-Weißenfels-Zeitz vom 22.3. – eine Presseinformation heraus. Darin wurde die Übereinstimmung in allen wesentlichen Punkten mit den prinzipiellen Darlegungen und gefassten Beschlüssen erklärt. Im Besonderen wurde hervorgehoben:

- Unsere volle politische Unterstützung geben wir den Forderungen der ostdeutschen Bauern und ihrer Verbände nach Fortdauer der geltenden Förderbestimmungen über das Jahr 1996 hinaus bzw. nach Regelung ab dem 1.1., denen bisherige Bestimmungen im Wesentlichen entsprechen. Eine Reduzierung, z. B. der Kredithöhe von 3,15 Millionen DM, ist in Anbetracht der noch zu lösenden Aufgaben beim Aufbau neuer Existenzen und der Unterstützung der umgewandelten Betriebe unverträglich.
- *Wir unterstützen die berechtigte Forderung nach Korrektur der Flächenerwerbsverordnung, damit in den nächsten Jahren die ehemaligen volkseigenen Flächen nicht gegen die Interessen der ansässigen ostdeutschen Bauern zum Verkauf kommen.*
- *Wir fordern eine gerechte Lösung der Altkreditproblematik. Ein Zinsmoratorium und die angemessene Bewertung des den Altkrediten zu Grunde liegenden produktiven Kapitals sind dazu notwendige Schritte.*
- *Wir verurteilen die fortgesetzten beleidigenden und die Sachverhalte entstellenden Behauptungen bestimmter Kräfte, die Umwandlung sehr vieler LPG in neue Betriebsformen sei durch Bilanzfälschungen gekennzeichnet.*

- *Der Erhalt des Wirtschaftsstandortes Deutschland im Allgemeinen und die Rolle der deutschen Landwirtschaft im Besonderen erfordern jetzt, in ausreichender Zahl Lehrstellen bereit zu stellen und den benötigten qualifizierten Berufsnachwuchs für alle Zweige und Ebenen zu gewinnen und heranzubilden.*
- *Wenngleich der Agrarbericht 1996 der Bundesregierung erstmalig die Entwicklung der juristischen Personen in den fünf neuen Bundesländern sachlich und positiv bewertet, entsteht durch Weglassen und zum Teil falsche Ableitungen immer noch der Eindruck, dass die Rechtsformen der Agrargesellschaften, der Agrar GmbH und Agrar-Aktiengesellschaften nicht beliebt und offiziell nicht gewollt sind.*
- *Wir unterstützen vollinhaltlich den Beschluss der Klausurtagung mit den Kreisvorsitzenden im Deutschen Bauernverband (DBW) in Münster vom 18./19. 3. 1996 „Offensive für deutsche Tierproduktion“ und fordern auf dieser Grundlage im Besonderen für die ostdeutschen Bundesländer unverzüglich entsprechende rechtliche Regelungen..*

*In diesem Zusammenhang ist der Entschluss, den Verein der Direktvermarkter im Burgenlandkreis und im Landkreis Weißenfels zu bilden, sehr zu begrüßen. Mehr Mut überhaupt zur Bildung von Erzeugergemeinschaften auf regionaler Ebene und in produktspezifischer Hinsicht mit dem Ziel, stärker und mit besserer Position auf dem nationalen Markt, zum Teil auch auf internationalen Märkten, aufzutreten ...*

Zu einem Erfolg gestaltete sich der Ostermarsch in den Zeitzer Forst. Frank Schneider schuf dazu den Text zum „Breitenbacher Lied“ (zu singen nach der Melodie des Weltjugendliedes).

*1. Strophe: Tief im Herzen des Ostens,  
unberührt, nur von Russen entdeckt,  
und strategisch sehr günstig  
durch alle Zweige der Fichten versteckt  
liegt der Ort aller Orte  
von auserlesener Sorte,  
hier zu leben  
ist unser Streben.  
Wir sind stolz, hier geboren zu sein.*

*Refrain: Ja, wir sind die Breitenbacher Nation  
Und das schon seit Jahrmillion'.  
Uns gehört das ganze Breitenbacher Land,*

*all der Wald, all der Sand.  
(Nie geb' mer's her und zu allerletzt der Bundeswehr!)  
Denn wir sind die Breitenbacher Nation  
Und das schon seit Jahrmillion'.*

2. *Strophe: Ich bin Fridolin der Förster,  
der die Bäume hier im Walde pflegt.  
Oft lieg ich nachts auf der Lauer,  
ob ein Schwarzrock im Busche sich regt.  
Ja, wer Natur will sehen,  
darf hier spazieren gehen.  
Doch Bundeswehrsoldaten  
Würd' ich nicht raten  
Hier auffällig rumzustehn.*

*Refrain: Ja, wir sind. . .  
(Bäume fäll'n ist nicht schwer,  
dazu brauch' mer keine Bundeswehr.)  
Denn wir sind. . .*

3. *Strophe: Ich bin Berta, die Bäu'rin,  
die das Dorf mit Getreide ernährt.  
Ziehe den Pflug durch die Felder,  
wenn bei Stromausfall das Ding mal nicht fährt.  
Ich tu mich so schinden und plagen,  
drum platzt mir vor Muskeln der Kragen,  
mein Körper ist mächtig,  
Soldaten sind schwächig.  
Ich hoffe, ihr wisst, was es heißt. . .*

*Refrain: Ja, wir sind die Breitenbacher Nation. . .*

4. *Strophe: Ich bin Bertram, der Bürgermeister,  
bin vom Volk dazu legitimiert,  
dafür Sorge zu tragen,  
dass das öffentliche Leben funktioniert.  
Alles läuft hier sehr gemütlich  
und im Grund sind wir friedlich.  
Wir sind gütige Seelen,  
doch wollt den Forst ihr stehlen,  
dann werden wir fuchsteufelswild.*

*Refrain: Ja, wir sind. . .*

*(RAUS MILITÄRR!  
Ob nun Russen oder Bundeswehr.  
Nehmt euch in Acht,  
denn sonst zeigen wir euch uns're Macht.)  
Denn wir sind. . .*

Im so genannten Röntgenstreit – die Verwaltung wollte nur noch in Naumburg Röntgenaufnahmen stattfinden lassen – erzielte die von der PDS wesentlich mit initiierte Aktion einen vollen Erfolg.

Einen bedeutenden Raum im politischen Leben nahm der 50. Jahrestag der Vereinigung von KPD und SPD zur SED ein. Um die aktuelle Bedeutung dieses historischen Ereignisses im Allgemeinen und in der Region Zeitz im Besonderen kam es zu vielfältigen Diskussionen in den Basisorganisationen und in der Öffentlichkeit.

Die Geschichtskommission des Kreisverbandes beschäftigte sich eingehend mit der Erklärung der Historischen Kommission des Parteivorstandes der PDS „Zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD“.

*In einer Konzeption für die Arbeit mit dieser Erklärung kennzeichnete unsere Geschichtskommission als Anliegen der politischen Arbeit, ihren Inhalt den Mitgliedern der PDS, ihren Sympathisanten und interessierten Bürgern zugänglich zu machen, die Diskussionen, den zu erwartenden Meinungsstreit so breit wie möglich vor allem in den Basisorganisationen und mit den der PDS Nahestehenden zu führen und weiter zu versuchen, mit anderen linken Kräften, so auch mit Mitgliedern der SPD, in einen konstruktiven Meinungsstreit zu treten, zur weiteren Herausbildung eines erneuerten Parteiverständnisses der PDS überhaupt bei unseren Mitgliedern und damit zur Politikfähigkeit der PDS beizutragen, uns weitere Anregungen zu erschließen, die zentralen Aussagen mit Erfahrungen in unserem Bereichsverband zu untersetzen und die Erforschung der Geschichte der PDS in unserer Region kontinuierlich fortzusetzen.*

Unter der Überschrift „Reichten sich Kommunisten und Sozialdemokraten die Hände?“ wurde in der „Mitteldeutschen Zeitung“ vom 29.2.1996 ein längerer Beitrag veröffentlicht, den Winfried Steffen im Auftrag der Geschichtskommission über die Vereinigung von KPD und SPD in der Region Zeitz verfasst hatte.

Wenig gekürzt wurde dieser Beitrag auch in der Zeitschrift „Disput“ gedruckt. Im MZ-Artikel hieß es u. a.: *Der Standpunkt des Autors zum 50. Jahrestag des Zusammenschlusses von KPD und SPD ist der gleiche wie in bezug auf jedes andere historische Ereignis: die Ereignisse so darzustellen, wie sie tatsächlich verlaufen sind, Einseitigkeiten zu vermeiden, nichts zu beschönigen oder zu*

überhöhen. Wenn es im Kreis Zeitz ehemalige Sozialdemokraten geben sollte, die wegen ihres Widerstandes gegen den Zusammenschluss mit der KPD Verfolgung, Terror und Willkür erleiden mussten, so bittet sie der Autor, sich zu äußern, damit eine vollständige und wahrheitsgemäße Darstellung des Zusammenschlusses von KPD und SPD möglich wird. Derartige Äußerungen oder Hinweise sind uns nicht zugegangen, vielmehr gab es mehrfach Zustimmungen.

In seinen persönlichen Erinnerungen an die Vereinigung von KPD und SPD führte Heinz Fricke im PDS-KURIER 5/1996 u. a. aus: *Es waren der damalige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Albert Bergholz und der Kommunist Erich Wagenbreth und weitere Genossen der SPD und KPD, die sofort auf allen Gebieten der Politik, Wirtschaft und Kultur auftraten. Die Amis lehnten kaltschnäuzig alle Forderungen wie Bildung von Parteien und Organisationen sowie Wiedereinführung der Pressefreiheit ab. Illegale Verbindungen zu Stadt und Kreis sowie zu den Betrieben wurden geschaffen, um die Versorgung und die Betriebe zu sichern.*

*Die Genossen der SPD und KPD führten damals ihre Besprechungen in der Zigarrenmacherei des Genossen Bergholz, Wasservorstadt, durch. Bereits Ende April (1945) hatten sich Teile der Funktionäre von SPD und KPD in den ehemaligen Büroräumen der Kreisvolkshochschule zusammengefunden und das antifaschistische Widerstandskomitee gebildet...*

*Ein Teil der Genossen von SPD und KPD stand damals auf dem Standpunkt, **nur eine Partei**, die KPD, im Kreis Zeitz organisatorisch aufzubauen. Die Vertreter der Sowjetarmee sagten, dass zwei Arbeiterparteien gebildet werden sollten – die KPD **und** die SPD. Diese Parteien wurden das Sammelbecken für alle fortschrittlichen Menschen im Kreis Zeitz. Aber der Wille zur Einheit der Arbeiterschaft wurde unter den Massen immer stärker.*

*Es gab immer noch reaktionäre, faschistische Kräfte, die die fortschrittlichen Teile der Bevölkerung durch Gewaltakte und sogar Mord einzuschüchtern versuchten. Erinnerung sei hier nur an Günther Mayr und O. Scharlach, die auf hinterhältige Weise ermordet wurden.*

*In den Betrieben und Wohngruppen bildeten sich Einheitskomitees. In Entschlüssen und durch Entsendung von Delegationen an beide Parteien verlangte die übergroße Mehrheit der Arbeiter den Zusammenschluss der KPD und SPD zu einer gemeinsamen Partei.*

*Gemeinsame Versammlungen wurden durchgeführt. Auf diesen Versammlungen sprachen Vertreter von SPD und KPD. Es gab nichts Trennendes mehr. Alle beehrte nur ein Wunsch: Rücksichtslose Ausrottung der Reste des Faschismus, Aufbau unserer verwüsteten Heimat in Ruhe und Frieden.*



19. 5.000 bis 6.000 Bürgerinnen und Bürger aus Zeitz folgten dem jährlichen Aufruf des Oberbürgermeisters von Zeitz zur friedlichen Nutzung des Zeitzer Forstes



20. Ehrung und Kranzniederlegung vor dem Denkmal für die Opfer des Faschismus in Zeitz





21. Egon Schulz, Vorsitzender der Arbeitsgruppe „Politische Bildung“ im Kreisverband der PDS, mit weiteren Teilnehmern anlässlich des 50. Jahrestages der Befreiung am 16.4.1945 in Buchenwald



22. Unsere weiblichen Delegierten Karin Denk, Edith Zemlin und Maria Schreiber am 4. Landesparteitag der PDS in Magdeburg





23. / 24. Der neue Kreisverband Burgenlandkreis (ehemals Zeitz—Naumburg—Nebra) nimmt aktiv am 7.10.1995 am Einheit(z)markt in Berlin teil.





25. / 26. Wahlhilfe des Kreisverbandes bei den Wahlen 1995 in Nürnberg





27. Die Familie Wilhelm in der Sprechstunde der AG Mieten zur Beratung in unserer Geschäftsstelle

*Am 2. Februar 1946 wurde im Kreis Zeitz ein vorbereitendes Komitee beider Parteien gebildet. Im Hotel Herold arbeiteten jetzt SPD und KPD gemeinsam bei der Vorbereitung des Zusammenschlusses beider Arbeiterparteien.*

*Am 17. März 1946 war es dann soweit. Überall, wo man hinkam, traf man auf fröhliche Gesichter. Zum letzten Mal trafen sich die Delegierten getrennt im Gasthaus „Zur guten Quelle“ und dem damaligen „Preußischen Hof“, um sich anschließend im großen Saal des „Preußischen Hofes“ **zu vereinen und sich nie wieder zu trennen.***

*Als das Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit...“ erklang, fassten sich alle bei den Händen, gewillt, die Einheit der Arbeiterklasse zu hüten und zu stärken.*

*In die Leitung wurden u. a. gewählt:*

|                            |                               |
|----------------------------|-------------------------------|
| <i>Willi Kleiber (SPD)</i> | <i>Erich Wagenbreth (KPD)</i> |
| <i>Kurt Strich (SPD)</i>   | <i>Walter Retterath (KPD)</i> |
| <i>Kurt Reiher (SPD)</i>   | <i>Ernst Beyer (KPD)</i>      |

...



Rege Diskussionen ergaben sich auch im Zusammenhang mit der Erklärung von Gabi Zimmer und Petra Pau zur Vereinigung von 1946. Diese führten u. a. zu einem Briefwechsel zwischen Ingrid Waschke und Gabi Zimmer sowie zwischen Winfried Steffen und Petra Pau.

Einen Höhepunkt im Parteileben bildete das Auftreten von Dr. Andre Brie auf der Mitgliedervollversammlung des Bereiches Naumburg am 2.3.1996. Im Mittelpunkt standen die Strategie und die aktuelle Politik der PDS, insbesondere das Verhältnis von Regieren, Tolerieren und Opponieren.

Gegenstand der Diskussion waren vor allem der Austritt Stephan Heyms aus der PDS-Bundestagsfraktion, die Vereinigung von KPD und SPD zur SED, überhaupt Probleme der Geschichtsaufarbeitung, die Auseinandersetzung mit der gerade auch in Naumburg zu beobachtenden Gleichsetzung von faschistischen und stalinistischen Untaten.

Am 29.5.1996 leitete der Kreisvorstand die aktive Teilnahme an der bundesweiten Aktion „Sozial und solidarisch“ ein, gab auch eigene Flugblätter heraus und gestaltete Info-Stände.

Die Wahl der Delegierten zum Bundesparteitag wurde vorbereitet.

Am 13.5. fand eine Pro-und-Contra-Veranstaltung mit Dr. Angelika Klein (MdL) statt.

Anlässlich des 50. Jahrestages der Einführung der Schulreform in der damaligen sowjetischen Besatzungszone sowie zum jährlich in der DDR begangenen „Tages des Lehrers“ lud der Kreisvorstand alle Interessierten, PDS-Mitglieder, Sympathisanten, Schüler, Lehrer, Eltern und Großeltern zu einer öffentlichen Gesprächsrunde mit Dr. Rosemarie Hein (MdL) ein. Sie fand am 10.6. unter dem Thema „Bundesdeutsche Politik in der Kritik. Situation, Entwicklungstendenzen und Probleme in Sachsen-Anhalt“ statt.

Mit neun Ja-Stimmen und zwei Enthaltungen entschied sich der Kreisvorstand für Zeitz als Sitz der Geschäftsstelle.

Nach sehr kontroversen Auseinandersetzungen führte der Aufsichtsrat Hydrierwerk Zeitz GmbH am 30.6. das endgültige Aus für diesen einstigen auch international bedeutsamen chemischen Großbetrieb herbei.

In seiner Sitzung am 29.7. bereitete der Kreisvorstand die für den 14.9. terminierte Kreisdelegiertenkonferenz vor, überarbeitete seine Geschäftsordnung und beschloss die Bildung und Zusammensetzung eines Kreiswahlbüros. Ihm gehör-

ten an: Horst Denk, Egon Schulz, Siegfried Schmidt, Renate Eckert, Egon Bergmann, Heinz Staate, Dr. Siegfried Schellhas, Johannes Noffke, Brigitte Gentsch, Thomas Kuhlbrodt, Monika Thiel, Annemarie Präger. Mit der Leitung des Kreiswahlbüros wurde Horst Denk betraut.

Am 26.8. bestätigte der Kreisvorstand eine Konzeption für die Öffentlichkeitsarbeit. Auf dieser Grundlage wurde ab Ende September 1996 auch der KURIER gestaltet. Eine Parteiaktivtagung für den Monat September wurde vorbereitet.

„Opponieren, Tolerieren, Mitregieren – Was tun, PDS?“ lautete das Thema einer Tagung der PDS im Bereich Nebra, die am 1.9.1996 in Reinsdorf stattfand. Da ein angekündigter Redner des Landesvorstandes nicht erschien, hielt PDS-Fraktionschef Dr. Artur Spengler das Referat. Generell sei zwischen kommunaler Ebene einerseits und der Landes- und Bundesebene andererseits zu unterscheiden. Im Bund und Land komme nur eine konstruktive, sachliche Opposition, aber durchaus die Tolerierung einer Koalition aus anderen Parteien in Betracht. In der Diskussion wurde die Auffassung vertreten, stärker den sozialistischen Charakter der PDS zu betonen.

Durch Möglichmachung der Bundeswehr konnte trotz Verbots durch das Bundesvermögensamt ein neuerlicher Protestmarsch im Zeitzer Forst gegen dessen militärische Nutzung am 21.9. durchgeführt werden.

Angesichts des Veranstaltens eines Jahrestreffens des Witikobundes in Naumburg vom 27. bis 29. September 1996 protestierte der PDS-Kreisvorstand entschieden gegen dieses Vorhaben. Die Abgeordneten aller Parteien im Naumburger Stadtrat wurden aufgefordert, dieses Treffen zu verhindern und sich dafür einzusetzen, Naumburg nicht zu einem Hort revanchistischer und rechtsextremistischer Kräfte werden zu lassen.

In einem Gespräch mit der „Mitteldeutschen Zeitung“ – am 24.10.1996 veröffentlicht – bezeichnete Dr. Artur Spengler als deren Vorsitzender die PDS-Kreistagsfraktion als „gutes Team“ in der „konstruktiven Opposition“.

Reichlich zweieinhalb Jahre nach den Kommunalwahlen und der Konstituierung des Parlaments des neuen Burgenlandkreises konnte er eine gute Zwischenbilanz des Wirkens der Fraktion ziehen. Mit einer Vielzahl von Anträgen habe man im Kreistag eine Mehrheit gefunden und sich mit einer großen Problematik befasst.

Dazu gehörten die Demonstrationen im Zeitzer Forst, die fehlenden Lehrstellen im Kreis, die Ablehnung der Deponiestandorte Meineweh und Pödelist und das Zusammenwachsen im neuen Burgenlandkreis. Viele Bürger bekennen sich zum Burgenlandkreis, doch eine neue Identität zu finden, braucht Zeit. „Wir versu-

chen, die negativen Auswirkungen der Gebietsreform zu begrenzen“, führte Artur Spengler u. a. aus.

Die Finanzstreichungen für die Ex-Kreisstädte Nebra und Zeitz müssten vom Tisch. Er wandte sich gegen die 4. Novelle des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes, das die Bauern belastet, und stellte klar, dass die PDS-Fraktion beim Sozialabbau nicht zustimmt.

Auf dem 4. Landesparteitag, der am 28. und 29.9. in Magdeburg stattfand, wurde die Wegstrecke bis zu den Wahlen 1998/99 abgesteckt. Darüber berichtete Lothar Gentsch im KURIER. Inhaltliche Schwerpunkte bildeten u. a. der Widerstand gegen den Sozialabbau und Alternativen, Aufschwung geht nicht ohne Arbeit, der ökologische Umbau darf nicht vertagt werden, Kultur und Bildung dürfen nicht „weggespart“ werden.

Alle Kommunalpolitik ist im Grunde gestaltende Opposition. Es bedarf mehr öffentlicher Sicherheit ohne Einschränkung von Grundrechten der Bürger. Der Parteitag wandte sich gegen aufkommenden Rassismus und Neofaschismus sowie gegen Militarisierung der Gesellschaft, dem Widerstand und Protest entgegen zu setzen sind. Alle Delegierten waren sich darin einig, die rot-grüne Minderheitsregierung weiter mit Tolerierung durch die PDS zu tragen.

Gregor Gysi sagte u. a.: *Mit uns ist Politik für soziale Gerechtigkeit möglich und an uns darf diese Politik nicht scheitern, wenn man uns ein Angebot unterbreitet.*

Am 29.10. sprach in einer Veranstaltung zum Problem Abwasserzweckverband Thierbach-Hasselbach in der Gaststätte „Zum Esel“ in Wetterzeube Dr. Volker Lüderitz.

Am gleichen Tag führte die AG Senioren in der PDS-Geschäftsstelle eine Veranstaltung zum Rentenrecht durch.

In Wetzendorf fand am 9.11. im dortigen Bürgerhaus ein wirtschaftspolitisches Forum des Bereiches Nebra statt. Darüber wurde in der „Mitteldeutschen Zeitung“ berichtet:

*Dr. Wolfgang Süß, PDS-Wirtschaftsfachmann im Landtag, legte dar, dass es unter großen Schwierigkeiten und mit Einsatz immenser Fördermittel gelungen sei, einige industrielle Kerne aus DDR-Zeiten zu erhalten. Die Treuhandpolitik der vergangenen Jahre, die per Weisung der Bundesregierung die Ost-Betriebe privatisiert habe, habe... nur noch Bruchstücke der früheren Industrie mit relativ wenigen Arbeitsplätzen hinterlassen...*

*Ausgehend von dem Credo „Arbeit bezahlen statt Arbeitslosigkeit“ sollte ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor geschaffen werden mit Dauerarbeits-*

*plätzen besonders im Umwelt- und Sozialbereich. Es sei besser, Sozialarbeiter in den Kommunen zu bezahlen, die vor Ort sinnvolle Freizeit mit Jugendlichen gestalten als mehr Stellen bei der Polizei zu schaffen...*

*Die PDS sei auch dafür, die vorhandene Arbeit auf mehr Beschäftigte zu verteilen bei vernünftiger Verkürzung der Wochen- und auch der Lebensarbeitszeit für mehr Lebensqualität für den einzelnen.*

*Kein Abbau der Förderung der neuen Bundesländer bis zu einem selbsttragenden Aufschwung der Wirtschaft sei ein weiteres Grundanliegen. Die Politik könne nicht direkt in wirtschaftliche Entscheidungen der Betriebe eingreifen, aber sie können gesetzliche Rahmenbedingungen schaffen. Solche Gesetze könnten, wenn dies politisch gewollt sei, auch dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen.*

Eine Flugblattaktion gegen Rechts und eine ganztägige Protestaktion in Naumburg gegen die Anti-Anifa-Gruppe am 8.12. verliefen erfolgreich.

Der Kreisverband beteiligte sich an einer Solidaritätsaktion mit Hans Modrow, der wegen angeblicher Stasi-Mitarbeit als früherer 1. Bezirkssekretär in Dresden attackiert wurde.

Das innerparteiliche Leben wurde im Jahre 1997 wesentlich geprägt durch Gesamtmitgliederversammlungen am 15.2. und 31.5., eine Wahlbereichskonferenz am 25.10. sowie die Kreisdelegiertenkonferenz am 29.11.

Im Mittelpunkt der Mitgliederversammlung am 15.2. standen die Auswertung des Schweriner Bundesparteitages durch Lothar Gentsch sowie Informationen über personelle Veränderungen im Bereichsvorstand. In der Mitgliederversammlung am 31.5. erstattete Lydia Staate den Bericht des Kreisvorstandes und teilte mit, dass 638 Mitglieder in 44 Basisorganisationen organisiert waren. Es wurde eine Strukturveränderung auf nunmehr 30 Basisorganisationen beschlossen. Sechs Delegierte zum Landesparteitag wurden gewählt.

Auf der Wahlbereichskonferenz am 25.10. wurden das Wahlgesetz erläutert und die Direktkandidaten für die Wahlbezirke 46 (Nebra), 47 (Zeitz) und 48 (Naumburg) bei der Bundestagswahl wurden vorgestellt.

Die Kreisdelegiertenkonferenz wählte am 29.11. 1997 einen neuen Kreisvorstand und Renate Eckert als neue Kreisvorsitzende.

Der Kreisverband schloss sich nachdrücklich der „Erfurter Erklärung“ an, die auf Artikel 14.2 des Grundgesetzes fußte: *Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Allgemeinwohl dienen. Bis hierher und nicht weiter* wurde in dieser Erklärung angemahnt und Verantwortung für die soziale Demokratie verlangt.

Das Kreiswahlbüro beriet am 16.2. 1997 eingehend den Entwurf einer Konzeption für die Wahlen 1998/99. Im Ergebnis der Diskussion wurde die Gleichrangigkeit der anstehenden Wahlen hervorgehoben. Einige Schwerpunkte für die weitere selbstständige Arbeit der Arbeitsgruppen wurden festgelegt.

Die konzentrierte und umfassende Sammlung und Aufarbeitung aller Unterlagen, Dokumente und Veröffentlichungen, die sich auf die Wahlen 1998/99 bezogen, sollten durch die AG I allen anderen Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt werden.

Die AG II sollte schnell das Wahlprogramm von 1994 statistisch aufarbeiten und kommentieren, die AG III die Bestandsaufnahme der materiell-technischen Sicherung in enger Verbindung mit der Schatzmeisterin des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion vornehmen, die AG IV das Wahlkonzept über- und die Wahlstrategie erarbeiten, die AG V zuverlässige Unterlagen über für die PDS tätige Abgeordnete und sachkundige Einwohner vorlegen und die AG VI die Möglichkeiten zur Öffentlichkeitsarbeit – innerparteilich und für außerparlamentarische Aktionen – prüfen und nutzen.

Auf diesen Grundlagen entstand das *Konzept zur Vorbereitung auf die Wahlen 1998/99 im Kreisverband Burgenlandkreis der PDS*. Ausführlich wurde darin die allgemeine Situation eingeschätzt.

Abschließend hieß es: *Es muss uns gelingen, dass die Menschen nicht nur eine Partei oder eine Ideologie wählen, sondern dass sie wissen, welche Kandidaten wofür stehen, was sie bisher getan haben und welche Politik sie vertreten – Politik nicht nur als Ideologie, sondern konkret mit welcher Lobby.*

Es wurden Grundsätze beschlossen. Darin hieß es u.a.: *Wir bekennen uns generell zum Prinzip der offenen Listen, halten es jedoch unbedingt für notwendig, alle Kandidaten sehr kritisch zu prüfen. Wir fordern als Mindestanforderung die Anerkennung des Programms der PDS, eine ständige aktive Teilnahme an Parteiveranstaltungen und Zusammenarbeit mit den Parteigremien...*

*Wir stehen vor der Aufgabe, Bundes- und Landespolitik mit konkreten kommunalpolitischen Aussagen zu verbinden. Die PDS hat sich im Kreis und in einigen Gemeinden durch Fach- und Sachkompetenz ausgezeichnet. Das muss die Grundlage für konkrete Wahlaussagen sein. Dabei sollten wir sorgfältig prüfen, für welche Probleme wir uns engagieren. Das erfordert, mit Tausenden Menschen zu sprechen und ihre Bedürfnisse, Probleme und Ängste zu erfahren.*

*Gleichzeitig sollten so die Menschen erfahren, für welche Politik die PDS steht und welche Belange jeder einzelne Kandidat vertritt.*



Die vorgelegten Grundsätze waren richtungweisend für die Landtagswahlen im Juni 1998, die Bundestagswahlen 1998, die Kommunalwahlen im Frühjahr 1999 und die Wahlen zum Europäischen Parlament 1999.

Am 13.2.1997 rief die Vorsitzende des Bereichsvorstandes Nebra, Genossin Faulhaber, alle BO-Vorsitzenden zu gründlichen Überlegungen über zweckmäßige Strukturveränderungen im Basisbereich auf.

Kurzfristig konnte der Streit um die Beteiligung der PDS an der Maikundgebung in Zeitz mit Auftreten von Ministerpräsident Höppner und DGB-Landeschef Johannes Krause beigelegt werden. Wie auch andere Parteien konnte sich die PDS an dieser Kundgebung auf dem Platz der Einheit mit einem Informationsstand beteiligen.

Am 11.6.1997 fand auf Antrag der PDS-Fraktion im Hydrierwerk Zeitz ein Sonderkreistag des Burgenlandkreises zum Thema „Situation auf dem Arbeitsmarkt und Beseitigung der Massenarbeitslosigkeit“ statt. Als geladene Gäste traten dort auf die Landesministerin Frau Kuppe, Herr Bierwirth von der Harpen AG, Frau George vom Arbeitsamt Zeitz, Herr Schneider von der Trägergesellschaft, Herr Heilmann von der IHK Dessau, Herr Spinol von der Mibrag und Herr Best von „Kultinativ“ e.V. Schönburg/Weißenfels und ein Vertreter der Handwerkskammer.

Die PDS-Kreistagsfraktion hatte für diesen Sonderkreistag eine ausführliche Stellungnahme erarbeitet. Darin schlug sie u. a. vor:

1. neue Arbeitsplätze durch Arbeitszeitverkürzung zu gewinnen bei gleichzeitigen bestimmten finanziellen Ausgleichszahlungen,
2. neue Arbeitsplätze zu gewinnen durch den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen und Entwicklung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors,
3. neue Arbeitsplätze zu gewinnen durch eine bessere leistungsorientierte Wirtschafts- und Strukturpolitik,
4. weitere spezielle Maßnahmen im Burgenlandkreis. Dazu sollten gehören:
  - a) die Durchführung arbeitsmarktpolitischer bzw. wirtschaftspolitischer Stunden in den einzelnen Kreistagssitzungen,
  - b) die Intensivierung der Arbeit des Wirtschaftsausschusses des Kreistages mit dem Ziel eines umfassenden wirtschaftlichen Aufschwunges und der Schaffung vieler neuer Arbeitsplätze,
  - c) die konsequente Umsetzung des erarbeiteten Regionalen Entwicklungsprogramms,
  - d) eine enge Zusammenarbeit der einzelnen Ämter mit der Wirtschaftsfördergesellschaft des Burgenlandkreises,
  - e) volle Unterstützung der im Pakt für Arbeit Zeitz vorgesehenen Maßnahmen,

- f) ein aktives Wirken der Zeitzer Standortgesellschaft,
- g) Verwirklichung der Tourismuskonzeption,
- h) Erarbeitung eines komplexen Entwicklungsprogramms der Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft des Burgenlandkreises und des Landkreises Weißenfels mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Wiederausdehnung der Rinder-, Schweine- und Schafhaltung, durch stärkere Direktvermarktung pflanzlicher und tierischer Produkte, durch Aktivitäten für den verstärkten Anbau von ausgewählten nachwachsenden Rohstoffen, einschließlich deren Einsatz im Energiesektor, zur speziellen Entwicklung des Wein- und Obstbaus, für die Errichtung neuer Windkraftanlagen sowie von Heizkraftwerken auf der Basis von nicht anderweitig benötigtem Strom u. a.

In einer lebhaften Debatte wurden im Wesentlichen längst bekannte Wahrheiten ausgesprochen und auf die schwierige Situation verwiesen. Von den Abgeordneten der verschiedenen Fraktionen wurden interessante Fragen aufgeworfen.

Herr Bierwirth pries die Initiative von Dr. Peter Schwarz, dem die Ansiedlung des italienischen Unternehmens Radici Group mit Schaffung von 120 Arbeitsplätzen zu verdanken sei. Frau George konstatierte trotz besseren Wetters einen monatlichen Zuwachs an Arbeitslosen in der Baubranche. Oberbürgermeister Dieter Kmietczyk berichtete über den Pakt der Arbeit Zeitz, zweifelte aber an, ob Lohnverzicht den Weg für die Schaffung neuer Arbeitsplätze darstellt. Herr Heilmann teilte mit, dass 97 Gewerbeanmeldungen 100 Abmeldungen entgegen stehen. Der Vertreter der Handwerkskammer verstieg sich zu der Bemerkung, wenn ein gewisser SED-Parteitag nicht die bekannten sozialpolitischen Maßnahmen beschlossen hätte, wären wegen des dadurch verursachten Babybooms nicht so viele Jugendliche ohne Ausbildungsplatz.

Herr Spaniol von der Mibrag appellierte an den gesunden Menschenverstand, bei Neuansiedlung von Industrie sollte die Variante der Braunkohle für Wärme- und Elektroenergiegewinnung geprüft werden. Herr Best vom „Kultinativ“ e. V. Schönburg / Weißenfels merkte kritisch an, statt des Beredens von Allgemeinplätzen hätten besser konkrete Maßnahmen zur Arbeitsplatzbeschaffung beraten werden können. Er stellte dazu Projekte vor für sozial Benachteiligte, Jugendliche und Frauen.

Die PDS-Kreistagsfraktion hatte einen Antrag als Kreistagsbeschluss vorbereitet „Forderungen des Kreistages Burgenlandkreis an die Landesregierung von Sachsen-Anhalt und an die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“, der jedoch nicht beim Sonderkreistag eingebracht wurde.

Eine Jugendgruppe „Drehscheibe“ nahm unter Leitung ihres Vorsitzenden, Jörg Fricke, an einer Fahrt nach Tschechien teil und beteiligte sich am 21. und 22.6.1997 an einer internationalen Jugendkonferenz in Lidice.

Im Juli 1997 wehrte sich die PDS-Fraktion im Kreistag erfolgreich gegen Bemühungen der SPD, die Fusion der Verkehrsgesellschaften Burgenlandkreis und Weißenfels vor dem vereinbarten Termin vorzunehmen.

Am 1. September 1997 kam es zu einer machtvollen Antifa-Aktion in Naumburg. 300 Menschen demonstrierten gegen Rechtsextremismus und Militarismus und folgten dem Aufruf antifaschistischer Gruppen Sachsen-Anhalts sowie der PDS. Sie protestierten damit gegen neofaschistische Kräfte, die gerade in Naumburg und Umgebung laut Bundesverfassungsschutzbericht in den letzten Jahren ein Zentrum gefunden hatten. Bezeichnenderweise erschienen weder der Oberbürgermeister noch Stadtverordnete Naumburgs zu dieser Veranstaltung.

Unter der Losung „Kein Fußbreit den Faschisten“ bewegte sich der Demonstrationzug durch die Stadt. „Aufklärung der Bürger“ nannte der PDS-Landtagsabgeordnete Matthias Gärtner das Ziel der Aktion. Die PDS-Fraktionsvorsitzende im Magdeburger Landtag, Petra Sitte, wies an der letzten Station vor dem Naumburger Dom auf eine Tendenz in der öffentlichen Meinungsbildung hin, antifaschistischen Widerstand zu diskriminieren und zu kriminalisieren. Außerdem widersprach sie der Fehleinschätzung der Landesregierung, Rechtsextremismus sei nur ein Randproblem. Angesichts der Passivität der Kommunalpolitiker sei es geboten, „demokratisches Widerstandsrecht“ zu nutzen.

In der „Mitteldeutschen Zeitung“ wurde darüber berichtet, dass die Polizei eine Eskalation von Auseinandersetzungen zwischen Linksgerichteten und rechten Burschenschaftlern verhindert habe.

Den Höhepunkt im Landtagswahlkampf 1997 stellte das Auftreten des damaligen Vorsitzenden der PDS-Abgeordnetengruppe im Bundestag, Gregor Gysi, auf einer Kundgebung auf dem Zeitzer Rossmarkt dar. Vor reichlich 400 Zuhörern hielt er eine dreiviertelstündige kämpferische Rede. Er wandte sich besonders gegen die Entindustrialisierung der Region Zeitz und attackierte scharf das Kommunale Abgabengesetz des Landes als unsoziale Abzocke. Er verlangte eine andere Gestaltungspolitik zur Schaffung von Arbeitsplätzen und sozialer Gerechtigkeit.

Im Oktober 1997 wurde die Kommission „Mieten und Wohnen“ beim Kreisvorstand gegründet. In der Folge fanden ständige Mieterberatungen in der PDS-Geschäftsstelle statt.

Zum Jahresende 1997 erfolgte der Umzug der Geschäftsstelle vom Zeitzer Schützenplatz in die Altenburger Straße 40.

Am 12.11.1997 hatte der Geschäftsführende Landesvorstand der PDS Sachsen-Anhalt die Konzeption für den Wahlparteitag der PDS Sachsen-Anhalt zur Aufstellung der Landesliste für die Landtagswahlen 1998 am 24. und 25.1.1998 in Magdeburg an die Kreisverbände übergeben.

Die anstehenden Landtags- und Bundestagswahlen prägten wesentlich die Aktivitäten des PDS-Kreisverbandes im Jahre 1998 bei gleichzeitigem vollem Engagement für die kommunalpolitischen Anliegen der Bürgerinnen und Bürger im Burgenlandkreis.

Der Kreisverband wandte sich mit einem von ihm am 7.1.1998 beschlossenen Offenen Brief an den Stadtrat Zeitz, in dem es u. a. hieß: *Große Sorge und Bitterkeit empfinden wir, wie die Mehrheit der Bürger und Bürgerinnen unserer Region, über die ständig wachsende Zahl der Arbeitslosen in unserem Land.*

*Mit mehr als 27% offiziell registrierter Arbeitslosen nimmt die Region Zeitz bekanntlich die Spitzenposition im Land Sachsen-Anhalt und darüber hinaus ein. Die Tragik dieser Tatsache geht viel weiter. Mit ihr gehen Armut, Perspektivlosigkeit, Angst vor der Zukunft, steigende Kriminalität, leer stehende Häuser, Betriebsruinen einher und vermitteln uns, aber auch vor allem Besuchern der Stadt, Eindrücke eines zunehmenden Verfalls der Stadt.*

*Ursache ist die Deindustrialisierungspolitik der Bonner Regierung in den neuen Bundesländern. Ihr, und nur ihr, verdanken wir den verhängnisvollen Zustand, dass nahezu alle Betriebe und Branchen, die in Zeitz ansässig waren und in denen Produkte in hohem Maße Achtung und Anerkennung im Welthandel hatten, stillgelegt oder „plattgemacht“ wurden. Was da noch ist, baut Arbeitsplätze ab (im ehemaligen Kreis Zeitz existieren von ca. 24.000 noch 2.200 Arbeitsplätze), Arbeitsplätze werden nach Westdeutschland verlagert.*

*Im Handel dominieren westdeutsche Handelsketten, die sich meist im Absatz ostdeutscher Produkte schwer tun. Nicht wenige ehemals das Stadtbild bestimmende private Einzelhändler haben bereits den Kampf um ihre Existenz aufgegeben oder bangen darum, vor allem auch, weil sie einer ständig zunehmenden Arbeitslosigkeit und der damit sinkenden Kaufkraft der Bevölkerung gegenüberstehen.*

*Wir übersehen keineswegs positive Entwicklungen und Investitionen, wie z. B. Zuckerfabrik, Krankenhausneubau, Berufsschulbau. Schöne Häuser und Fassaden*

*den sollten uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich dahinter oft hohe private Verschuldungen oder „Gewinner der Einheit“ etablieren...*

Um den Trend einer sterbenden Region Zeitz aufzuhalten und die Arbeitslosigkeit zu verringern, wurde eine kommunale Beschäftigungspolitik gefordert:

- 1. zur Verbesserung der Standortbedingungen in Zeitz als Anreiz für Investoren und Existenzgründer im Rahmen eines Sofortprogrammes geeignete, in Verwaltung der Treuhand (BvS) oder im Eigentum der Stadt stehende ehemalige Produktionsstätten, Immobilien, Handels- und Dienstleistungseinrichtungen, Verwaltungsobjekte, Grund und Boden Bewerbern aus Ost und West zeitweilig kostenlos, auf vertraglichen Grundlagen geregelt, zur Verfügung zu stellen,*
- 2. nicht „Geschenke“ zu machen ist Ziel und Inhalt unseres Vorschlages, sondern gerade jungen Menschen zu helfen, denen mangels Eigenkapitals der Weg in die wirtschaftliche Selbstständigkeit als Ausweg aus der Arbeitslosigkeit versagt bleibt. Die Ansiedlung von Kleinindustrie, Handwerk und Gewerbe, begünstigt durch diesen Standortvorteil, könnte Grundlage und Voraussetzung dafür sein, dass schrittweise Hunderte, ja vielleicht Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten,*
- 3. inhaltliche Anforderungen und Grundsätze der „Neuen kommunalen Beschäftigungspolitik“ könnten sein:  
a) vertragliche Sicherung,  
b) die gezielte Investorensuche bzw. -werbung*
- 4. Der Verfall in Privateigentum befindlicher Grundstücke und Häuser nimmt in Zeitz erschreckende Ausmaße ein. Es sollte für die Stadt und ihre Bürger nicht mehr zuzumuten sein, dass diese Eigentümer nichts für die Erhaltung ihres Eigentums tun, obwohl das Grundgesetz mit der Forderung „Eigentum verpflichtet“ auch für diese Eigentümer gilt. Solche Objekte wie der ehemalige „Weltfrieden“ und seine Umgebung beeinflussen nicht nur negativ das Stadtbild, sondern sind Stätten zur Gefährdung öffentlicher Ordnung und Sicherheit.*

Wie alljährlich rief der PDS-Kreisvorstand zum Luxemburg-Liebknecht-Gedenken auf dem Zeitzer Altmarkt am Denkmal für die Opfer des Faschismus auf. In ihrem Geiste wurde am 11.1.1998 demonstriert gegen *Profitmaximierung des Kapitals, Abbau sozialer Rechte, Arbeitsplatzvernichtung und damit gegen steigende Arbeitslosigkeit, Chancenlosigkeit der Jugendlichen, Ausgrenzung Andersdenkender, Kulturabbau, regressive Innenpolitik, zunehmende Militarisierung und gegen Rechtsextremismus.*

In seiner Sitzung am 5.2.1998 beschloss der Kreisvorstand das Führen einer erweiterten Diskussion um die Schließung des Zeitzer Otto-Baensch-Gymnasiums und eine neue Diskussionsrunde zum Schulentwicklungsplan. Der Kreishaushaltsplan für 1998 wurde wegen der damit verbundenen Überschuldung sowie wegen fehlender Rücklagen abgelehnt.

Am 14.2.1998 beteiligte sich der Kreisverband an der bundesweiten Aktion der PDS unter dem Motto „Reichtum ist teilbar“. Dort wurde der Standpunkt vertreten, *dass die Schere zwischen Armut und Reichtum in Deutschland und auf der Welt nicht weiter auseinander klaffen darf, dass die sozial Schwachen nicht länger mehr immer mehr abgeben und die Reichen immer weniger. Die PDS steht dafür, dass die Reichen ihren Beitrag zur Solidargemeinschaft leisten müssen und dass sie nicht länger ungestraft den Mehrwert unentgeltlich aneignen dürfen.*

Anlässlich des 150. Jahrestages der bürgerlichen Revolution in Deutschland veranstaltete der Kreisvorstand mit Unterstützung des Zeitzer Oberbürgermeisters Dieter Kmietyk am 14. März 1998 eine öffentliche Würdigung dieses bedeutenden historischen Ereignisses, verbunden mit einer Podiumsdiskussion. Aus diesem Anlass gab die Geschichtskommission des Kreisverbandes eine Veröffentlichung mit dem Thema „Das europäische Revolutionsjahr 1848 – Entwicklungsmöglichkeiten, Ergebnisse, aktuelle Aspekte 150 Jahre später“ heraus.

Dieses Heft war Bestandteil einer zuvor begonnen Schriftenreihe zur politischen Bildung. Eröffnet wurde sie auf Initiative von Horst Denk mit einer Veröffentlichung zum Thema „Die Oktoberrevolution – ein widersprüchliches Jahrhundertereignis. Aktuelle Aspekte“. Diesen beiden Heften folgte im Mai 1998 die Veröffentlichung mit dem Titel „Ideen einer Geistesgröße, die dem 19. Jahrhundert entstammt, tiefe Spuren im 20. Jahrhundert zog und in das 21. Jahrhundert hineingetragen wird – Zum 180. Geburtstag von Karl Marx“.

Die 5. Beratung der Kreisdelegiertenkonferenz am 10.4.1998 in Naumburg beschloss die Kandidaten für die Wahlvorschläge der PDS zu den Landtags- und Bundestagswahlen 1998. Spitzenkandidaten für die PDS im Burgenlandkreis waren Ria Theil im Wahlkreis 47, Dr. Artur Spengler im Wahlkreis 46 und Irene Lindenberg im Wahlkreis 48.

Für den Kreisverband Burgenlandkreis der PDS hatte der Kreisvorstand ein umfangreiches Strategiepapier erarbeitet, und zwar für die Landtagswahlen am 26.4.1998, die Bundestagswahlen am 27.9.1998, die Kommunalwahlen (Kreistag, Stadt- und Gemeinderäte) sowie die Wahlen zum Europaparlament im Frühjahr 1999. Darin hieß es u. a.:

*Die PDS des Kreises Burgenlandkreis führt den Wahlkampf im Komplex zu allen Wahlgängen mit dem Ziel, in allen Wahlgängen mit mindestens 20% für die PDS einen wirkungsvollen Beitrag für einen wirklich gesellschaftlichen Wandel in unserem Land zu leisten.*

*Wir stellen uns die Aufgabe:*

- *einen Kandidaten im Wahlkreis für ein Direktmandat zum Bundestag zu gewinnen und zum Wahlsieg zu führen,*
- *je Wahlkreis (46, 47, 48) einen Direktkandidaten für den Landtag zu gewinnen,*
- *4 weitere Kandidaten für die Liste der PDS zum Landtag aufzustellen,*
- *in Fraktionsstärke **gestärkt** in die Stadtparlamente von Zeitz, Naumburg, Nebra, Bad Kösen, Freyburg und Osterfeld sowie in die Gemeinderäte Droyßig, Tröglitz, Rehmsdorf, Wetterzeube, Karsdorf, Spora und Burgscheidungen einzuziehen,*
- *verstärkt Anstrengungen zu unternehmen, um in allen übrigen Städten und Gemeinden des Kreises **befähigte und ortsbekannte Bürgerinnen und Bürger** für eine Kandidatur auf den „offenen Listen der PDS“ zur Wahl in die Stadt- und Gemeindeparlamente zu gewinnen. .*

***Wir wollen, dass der Gedanke der sozialen Gerechtigkeit, von mehr Demokratie mit und für unsere Bürger unser Profil als PDS im Wahlkampf bestimmt.***

*Weil wir eine soziale Grundsicherung vor allem für jene anstreben, die ihre Existenz nicht durch eigene Arbeit sichern können, darf es im Wahlkampf der PDS keinerlei Unterschätzung des Sozialen, auch in der alltäglichen, einfachen, aber den einzelnen Bürger bzw. Gruppen von Menschen, Gemeinden und Wohngebiete betreffenden Fragen geben.*

*In seiner Eigenschaft als Leiter des PDS-Wahlbüros ließ Horst Denk zur Landtagswahl am 26. 4. 1998 Zahlen sprechen:*

*1.200 Personalplakate von 3 Direktkandidat/Innen und 4 Spitzenkandidat/Innen der Landesliste waren aufzuziehen und zu plakatieren.*

*60.000 Faltblätter unserer Direktkandidat/Innen mussten zunächst gefaltet und dann mit 24.000 Kurzwahlprogrammen und 120.000 thematischen Faltblättern, diverse Flugblätter, Einladungen und anderes Material in mehreren Aktionen in nahezu alle Haushalte des Kreises befördert werden.*

*17 Mal standen die Stände und Schirme der PDS an den Brennpunkten unseres Kreises, um Gespräche mit Bürgern zu führen.*

*23 Veranstaltungen fanden statt, auf denen sich unsere Direktkandidat/Innen vorstellten und wir unsere politischen Inhalte mit Bürgern diskutierten.*

*Beeindruckend dabei waren besonders die Veranstaltungen, bei denen Mitglieder unserer Bundestagsgruppe oder der Landtagsfraktion auftraten.*



*Höhepunkte in Naumburg und in Zeitz, gleichzeitig Abschluss, waren die Besuche Gregor Gysis.*

*Bei dieser Aufzählung fehlen noch die unzähligen Stunden und Tage, wo geklebt, gefaltet, geschwärzt und repariert wurde, wo mehrere tausend Kilometer zu Fuß, per Auto und per Bahn zurückzulegen waren...*

*Wir haben im Land einen absoluten Wählerzuwachs von 68.000 Wählern zu verzeichnen...*

*Wir haben es geschafft, dass rund 24.000 Wähler einem der drei PDS-Kandidaten seine Stimme gab.*

*Wir haben mit Ria Theil erstmals eine Abgeordnete aus dem Territorium im Landtag. Und wir haben mit unseren Aktionen Tausende Menschen erreicht, die sich mit unserem Politikangebot auseinandergesetzt haben...*

Am 16.5.1998 fand die 3. Tagung des 5. Landesparteitages statt. Hier erläuterte Dr. Wolfgang Süß die Grundsätze der Wirtschafts- und Sozialpolitik der PDS in Sachsen-Anhalt. Petra Sitte sprach über die Regierungsbildung und Möglichkeiten der Fortsetzung des Magdeburger Modells. Rosi Hein sprach den Dank aus an alle, die für uns Wahlkampf machten. Dem Zuwachs von 68.000 Wählerstimmen stand der Verlust von 11.000 Wählerstimmen an die DVU gegenüber.

Mit Letzterem setzte sich Roland Claus auseinander und orientierte auf eine werbende Politik gegen Rechts, keine ausgrenzende.

Am 17.5.1998 wurden die Wahlen für die Kandidatenliste zum Bundestag durchgeführt.

Zur Bundestagswahl am 27.9.1998 wurde im Wahlkreis 294 (Zeitz, Hohenmölsen, Naumburg, Nebra) ein Strategiepapier entwickelt, in dem es u. a. hieß:

*Wahlziel ist: auf der Grundlage des Bundeswahlprogrammes sowie der Beschlüsse von Bundes- und Landesvorstand den Stimmenzuwachs, insbesondere den Zweitstimmenanteil, gegenüber der Landtagswahl zu erhöhen und einen Wahlsieg unserer Direktkandidatin für die PDS zu erreichen...*

*Das Wahlverhalten vieler Bürgerinnen und Bürger wird auch am 27. September 1998 von der Entschlossenheit bestimmt sein, sich mit der Stimmabgabe für einen „Politikwechsel in Bonn“ und für die Forderung „Kohl muss weg“ zu entscheiden. Das ist auch das erklärte Ziel der PDS...*

#### **Unsere alternativen Ziele:**

**Wirtschaft und Gesellschaft müssen demokratisch gestaltet werden. Im Mittelpunkt steht der Kampf gegen Massenarbeitslosigkeit, Sozialabbau und Raubbau an der Natur!**

*Wir wollen eine neue Art der Vollbeschäftigung, existenzsichernd und zukunftsorientiert...*

*Wir wollen soziale Sicherheit und gesellschaftliche Solidarität...*

*Die PDS hat reale Vorstellungen und entsprechende Vorschläge zur Finanzierung der von ihr gewollten Politik unterbreitet.*

*Stopp der skandalösen Umverteilung von unten nach oben...*

*Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerflucht, Steuerbetrug und Korruption unterbinden oder bestrafen...*

Mit Stand vom 20.8.1998 wirkten als führende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker der PDS im Burgenlandkreis: Dr. Artur Spengler als Vorsitzender der Kreistagsfraktion, Lothar Gentsch als Stellvertreter, Horst Heller als Vorsitzender der Stadtratsfraktion Zeitz, Irene Lindenberg als Vorsitzende der Stadtratsfraktion Naumburg, Hermann Gosewitz als Vorsitzender der Stadtratsfraktion Bad Kösen. Als weitere wichtige Kommunalpolitiker/Innen und Gemeinderäte wirkten Ria Theil, Dr. Detlef Köpcke, Hartmut Schweingel, Alwin Kelm, Andreas Reißmenn, Frank Müller, Olaf Schumann, Siegfried Schmidt.

Landtagsfraktion und Kreisverband der PDS unterstützten nachdrücklich die Forderungen und den damit verbundenen im August 1998 durchgeführten Streik der Beschäftigten der Süßwarenfabrik Goldeck (Zetti) Zeitz.

Im August 1998 wurde vom Obersten Verwaltungsgericht in Sachen Otto-Baensch-Gymnasium Zeitz das Urteil gesprochen. Dazu schätzte die PDS unter der Überschrift „Keine Sieger – verloren haben viele“ u.a. ein:

*In der Urteilsbegründung des OVG wurden alle dabei begangenen Fehler, Unstimmigkeiten und Ignoranz aufgelistet. Ein vernichtendes Urteil sowohl gegen den Kreistag als auch die Kreisverwaltung.*

*Auch hier muss man sich erinnern. Die Kreistagsfraktion der PDS und ihre Mitglieder sowie sachkundige Einwohner im Kulturausschuss verlangten seit Jahren und mehrfach, eine Schulentwicklungsplanung vorzulegen, die nicht nur eine reine und formelle Schülerzahlenfortschreibung ist, sondern die demokratische Mitwirkung aller Betroffenen und Beteiligten beinhaltet und langfristig Eltern und Schüler auf Veränderung vorbereitet.*

*Diese Forderung der PDS wurde immer wieder abgeschmettert, mit der schwachsinnigen Begründung, dass diese Forderung weder vom Schulamt noch vom Fachministerium verlangt wird.*

*Als sich dann der Kulturausschuss gegen eine Auflösung und einen Umzug des OBG aussprach und die Verlegung der Lernbehinderten-Schule in leer stehende Gebäude des Geschwister-Scholl-Gymnasiums vorschlug, wurden CDU und SPD aktiv. Sie setzten mit ihrer Mehrheit, gegen Grüne und PDS, diesen Kreistagsbeschluss durch, der nun vom OVG kritisiert und aufgehoben wurde.*

*Das Problem Lernbehinderten-Schule besteht nun nicht nur weiter, sondern ist noch kritischer geworden. Beschädigt wurde das Ansehen des Kreistages und deutlich gemacht die Unfähigkeit der zuständigen Bereiche der Kreisverwaltung.*

In der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes fanden zahlreiche Mitgliederversammlungen, Kranzniederlegungen und Kundgebungen anlässlich des Antikriegstages am 1. September in Hohenmölsen, Naumburg und Zeitz in Anwesenheit der Direktkandidatin Ria Theil, der bundesweite Aktionstag am 11.9. mit dem Thema „Arbeitslosigkeit“, ein Unterstadtfest in Zeitz am 12. und 13.9. und die Info-Landtour am 14. und 15.9. im Bereich Hohenmölsen statt.

Höhepunkte bildeten das Auftreten der Spitzenkandidaten der Landesliste Petra Bläss, Roland Claus und Uwe-Jens Rössel sowie der Direktkandidatin Ria Theil am 17.9. in Naumburg, Hohenmölsen und Zeitz sowie die Abschlusskundgebung am 25.9.1998 in Zeitz mit Ria Theil und Roland Claus.

Der Naumburger Lyriker Johannes Konopka, der bald darauf ständig in der Redaktion unseres PDS-Kuriers mitarbeitete, veröffentlichte das nachfolgende Gedicht:

### ***Feststellung***

*Denk' ich an Deutschland in der Nacht,  
dann werd' ich um den Schlaf gebracht,  
besonders in den heut'gen Tagen  
schlägt's mir gewaltig auf den Magen.*

*Die alte Überheblichkeit  
Der Spießbürger Parteien-Streit,  
nach erst erfolgtem „christlich Beten“,  
sich schließlich „in den Hintern treten“,  
„sich wild bespei'n mit Gift und Galle.*

*Doch – einig sind sich wieder alle,  
wenn es um die „Diäten“ geht:  
Sie dann wie eine Mauer steht,  
die „Volksvertreter-Ehrenrunde“ –  
in ihrer schönsten „Sitzungs-Stunde“.*

*Ob CDU, ob SPD –  
Sie leiden all' am gleichen „Weh“,  
der Sucht nach Geld für eig'ne Taschen,  
ob kluge Köpfe, trübe Flaschen;  
es sind ja alles „Demokraten“,  
es wird mit gleichem Fett gebraten.  
Drum Bürger Deutschlands, denk' an Heine!  
Trau nicht dem „Ehrenmänner-Scheine“!  
Bei nächster Wahlgebrauch' den Kopf,  
sonst bleibst du stets ein armer Tropf!*

*Denn: **Blut** ist rot  
und das Herz sitzt links –  
und schon der Säugling in seligem Schlummer  
ballt sein winziges Händchen zu einer Faust!*

*Drum wähle, damit dieses Deutschland nicht pleite –  
Die positive demokratische Seite  
Und prüfe die Sicht!  
Denn: Nachdenken lohnt!*

2,5 Millionen Wählerinnen und Wähler gaben der PDS ihre Stimme und so zogen zur Konstituierung des Bundestages 35 Abgeordnete der PDS ins Parlament mit ein, also erstmals in Fraktionsstärke.

Nach der Bundestagswahl kam es in Zeitz zu einer Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Plattform, die die Politik der PDS von links her attackierte.

Die Delegiertenkonferenz des PDS-Kreisverbandes wählte am 14.11.1998 als Delegierte zum 6. Bundesparteitag Karin Denk, Renate Eckert und Dr. Artur Spengler, gleichfalls für die Vertreterkonferenz auf der 2. Tagung des 6. Bundesparteitages. Gleichzeitig wurde mit der Vorbereitung auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 begonnen.

Parteilieben und –aktivität wurden 1999 vorrangig bestimmt durch den Kampf gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien, die Kommunal- und Europawahlen am 13. Juni 1999 sowie die Bewertung der 50. Wiederkehr der Gründung der Deut-

schen Demokratischen Republik am 7. Oktober. Die Kolumne im PDS-Kurier 1-2/99 lenkte die Aufmerksamkeit auf die anstehenden schwierigen kommunalpolitischen Probleme. Dort wurde u. a. eingeschätzt:

*Stadt und Region Zeitz stehen immer wieder mit dem Rücken an der Wand und kämpfen gegen Bosheit, Dummheit und Bürokratie. Zuerst verschwand die Industrie. Die passte nicht in die Pläne der Treuhand und CDU-Regierung. Dann verschwand der Status Kreisstadt. Der verschwand wegen der Unentschlossenheit der CDU-Fraktion des Kreistages Zeitz und der Dummheit ihres Westimport-Landrates. Kleine und mittlere Unternehmen kämpfen ums Überleben. Eltern und Schüler/Innen kämpfen um den Erhalt ihrer Schulen. Sie fallen einer unfähigen Kreisverwaltung zum Opfer. Im „Röntgenstreit“ vereinigten sich Dummheit und Bürokratie. Auch durch die energischen Proteste der PDS konnte Schlimmeres verhindert werden.*

*Jetzt ist das Amtsgericht an der Reihe. Nach dem Willen der Landesregierung sollen die Zeitzer künftig nach Weißenfels. Hier begegnen uns nun alle drei Ursachen: Bosheit, Dummheit, Bürokratie!*

Nicht zuletzt durch die Einflussnahme und Aktionen der PDS konnten die Beseitigung der Möglichkeiten für Röntgenuntersuchungen im Zeitzer Krankenhaus und die Verlegung des Amtsgerichts nach Weißenfels abgewendet werden.

In den Basisorganisationen wurden die Aussprachen zum Magdeburger Tolerierungsmodell fortgesetzt. Der Kreisvorstand nahm in den Wahlkampfkalender folgende Veranstaltungen auf:

2.3.1999: *Forum zu „Die unbekannte Clara Zetkin*

8.3.1999: *Aktionstag für Gleichstellung der Frauen*

*Forum mit Uwe-Jens Rössel und Ria Theil als Aktionstag*

2.4.1999: *Friedensmarsch im Zeitzer Forst*

10.4.1999: *Kreisdelegiertenkonferenz zur Aufstellung der Listen der Städte, des Kreistages und ausgewählter Gemeinden*

17.5.1999: *Aktionstag mit den Gewerkschaften in den Städten und Gemeinden*

1.6.1999: *Kinderfest in Naumburg*

Am 28.1.1999 bestätigte der Kreisvorstand die Zusammensetzung der Programmkommission, die alsbald ihre Arbeit aufnahm.

Maßgeblich von der PDS mit beeinflusst verständigten sich Ende Februar 1999 Vertreter aller Fraktionen des Stadtrates, der Stadtverwaltung und des Zeitzer Theaters in einer Gesprächsrunde über die Einstellung der mit dem Theaterverein vertraglich vereinbarten Zuwendungen in Höhe von 800.000 DM in den Haushalt 1999. Damit war zum damaligen Zeitpunkt die Theaterschließung noch einmal abgewendet.

Im Kampf um die Naumburger Straßenbahn konnte erreicht werden, dass für 1999 der Straßenbahnbetrieb für ein Wochenende pro Monat und zu Stadtfesten zwischen Vogelwiese und Jägerplatz vorgesehen wurde.

Das Kreiswahlbüro wandte sich mit Rufen an die Wählerinnen und Wähler zu den Kommunalwahlen sowie zur Europawahl, die parallel am 13. Juni 1999 stattfanden. Im erstgenannten Aufruf hieß es u. a.:

*Die kommunale Selbstverwaltung, als eine der großen demokratischen Errungenschaften der BRD gepriesen, funktioniert in der Praxis mangels ausreichender finanzieller Ausstattung ebenso wenig wie die so zahlreich gebildeten Zweckverbände, angefangen beim Müll bis zum Abwasser.*

*Kultur und Bildung sind so genannte „freiwillige Aufgaben“ und bleiben auf der Strecke. Die Mitglieder der PDS in den Gemeinderäten, im Kreistag und in vielen örtlichen Vereinen und Institutionen haben in der nun zu Ende gehenden Wahlperiode immer wieder versucht, solchen verhängnisvollen Entwicklungen entgegen zu wirken...*

*Der Kreisverband der PDS ... legt nun allen Bürgerinnen und Bürgern des Kreises ein Programm vor, das sich auf die Fortsetzung der Bemühungen nach der Wahl am 13. Juni 1999 orientiert.*

*Es ist weder ein Wunsch- noch ein reines Forderungsprogramm. Es ist vielmehr ein Arbeitsprogramm mit Zielstellungen, die wir glauben durch eigene Kraft zu erreichen oder wenigstens beeinflussen können. Eigene Kraft, das heißt genau genommen, liebe Bürgerinnen und Bürger, mit Ihrer Hilfe.*

Zeitgleich zum Ruf zur Europawahl wurde von der Geschichtskommission des PDS-Kreisverbandes ein Bildungsheft mit dem Titel „Europa und Europawahl – Historisches, Gegenwärtiges, Zukünftiges“ herausgegeben, ein weiteres zum Thema „Fortgesetzte Angriffe auf die Bodenreform und Agenda 2000 – agrarpolitische Kernfragen“.

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 10.4.1999 wurde die unmittelbare, konkrete Phase des Wahlkampfes in Angriff genommen.

Bei der Demonstration im Zeitzer Forst gegen dessen militärische Nutzung durch die Bundeswehr kam es zu einer ernsten Konfrontation der Demonstranten mit Bundeswehroffizieren. Dabei wurde Oberbürgermeister Dieter Kmietyk, der Organisator der Kundgebung, vorübergehend festgenommen.

Die letzten Wochen vor dem Wahltag 13. Juni 1999 wurden stark mitgeprägt von den entschiedenen Protesten gegen die Teilnahme der deutschen Bundeswehr am

NATO-Krieg in Jugoslawien. Einen scharfen Protestbrief übersandte Herta Wolfsohn am 29.3.1999 an die Redaktion der „Mitteldeutschen Zeitung“.

Die Delegierten und Gäste der PDS-Kreisdelegiertenkonferenz erklärten am 10.4. u. a.: *Die Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien durch die NATO, einschließlich deutscher Kampfflugzeuge, ist völkerrechtswidrig und widerspricht dem Grundgesetz der BRD...*

*Das Fehlen politischer Lösungsvorschläge, die andauernden massiven Menschenrechtsverletzungen und die Vertreibung der Zivilbevölkerung aus dem Kosovo lassen Schlimmstes ahnen.*

*Bezahlen wird diese Politik vor allem die Zivilbevölkerung, sowohl im Kosovo als auch im übrigen Jugoslawien. Bezahlen müssen diese verfehlte Kriegslogik aber auch die eingesetzten Soldaten und ihre Angehörigen – auf allen Seiten. Bezahlen müssen auch die Steuerzahler.*

***Wir fordern: Schluss mit dem Krieg! – Damit wird der Konflikt nicht gelöst. Aufnahme von Friedensverhandlungen unter Führung der UNO! Gewährleistung der Rückkehr für alle Flüchtlinge! Umfassende materielle Hilfe zum Wiederaufbau des zerstörten Landes!***

Die Bürgerinnen und Bürger wurden aufgerufen, sich an einer Unterschriftensammlung unter dem Motto „Frieden auf dem Balkan“ zu beteiligen. Die Unterschriftslisten wurden in den Geschäftsstellen in Zeitz und Naumburg und in Wetzendorf ausgelegt.

Aktionstage gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien fanden am 7.5. in Naumburg, am 18.5. und 2.6.1999 in Zeitz statt.

Das für die Europawahlen gesteckte Ziel wurde erreicht: Mit 5,8% der Wählerstimmen bundesweit gelang der PDS mit sechs Abgeordneten der Sprung ins Europäische Parlament.

Bei den Kommunalwahlen wurden 8 PDS-Abgeordnete in den Kreistag gewählt: Lothar Gentsch, Horst Heller im Wahlbereich I, Ria Theil, Renate Eckert im Wahlbereich II, Hermann Gosewitz, Katja Bier im Wahlbereich III, Dr. Artur Spengler, Dieter Kowalski im Wahlbereich IV.

In 5 Städten und 20 Gemeinden gewann die PDS insgesamt 57 Abgeordnetenmandate. Einiges wurde somit erreicht, aber nicht alle Erwartungen wurden erfüllt.



Die Mitgliederstatistik des Kreisverbandes Burgenlandkreis der PDS mit Stand vom 1.4.1999 zeigte folgendes Bild: Mitglieder insgesamt 545, davon 265 Frauen; bis 30 Jahre 4, bis 60 Jahre 143, über 60 Jahre 398.

Am 4.9.1999 fand die 1. Tagung der Kreisdelegiertenversammlung des PDS-Kreisverbandes des Burgenlandkreises in Naumburg statt. Hier wurden neue Leitungsorgane gewählt. Neu gewählt als Kreisvorsitzender wurde Horst Denk.

In den Kreisvorstand wurden ferner gewählt: Renate Eckert, Lydia Reimschüssel, Dr. Anneliese Dame, Dr. Siegfried Schellhas, Margot Diers, Peter Padubrin und Horst Brandner.

In die Kreisschiedskommission wurden Lothar Gentsch, Heinz Fricke und Joachim Pauli gewählt, in die Kreisrevisionskommission Andrea Patschke, Joachim Bachnik und Dieter Grosch.

In der PDS-Stadtfraktion Zeitz wirkten zu dieser Zeit Horst Heller als deren Vorsitzender, Michael Heber als Stellvertreter und Fraktionssprecher sowie als weitere Mitglieder Klaus Brunn, Lothar Gentsch, Lydia Reimschüssel, Ute Kirsten, Dr. Günter Prüve und Erika Fischer. Als Sachkundige Einwohner arbeiteten in den Ausschüssen mit Udo Riediger, Harald Menz, Sybille Näther, Thomas Illgen und Peter Moser.

Anlässlich der 85. Wiederkehr des Beginns des Ersten und der 60. Wiederkehr des Beginns des Zweiten Weltkrieges veranstaltete der Kreisverband am 14.9.1999 in der Gaststätte „Zum goldenen Apfel“ in Zeitz eine Podiumsdiskussion. Die Geschichtskommission des Kreisverbandes gab ein weiteres Heft der Schriftenreihe zur politischen Bildung heraus, und zwar zum Thema „Zwei Weltkriege mahnen zu konsequentem Kampf um die Sicherung des Weltfriedens. Aktuelle Probleme und Gefahren“.

In der Zeit vom 20.8. bis 8.9.1999 fand auf Initiative des Direktors des Schlossmuseums Moritzburg dort eine Wanderausstellung des Hauses für Geschichte in Bonn „40+10 – 50 Jahre deutsche Geschichte“ statt, die den Ausgangspunkt intensiver Diskussionen in der Geschichtskommission, in Basisorganisationen und bei einer Veranstaltung der Reihe „Pro und Contra“ bildete.

In der Ausgabe 9/99 des PDS- Kuriers wurde dazu u. a. eingeschätzt:

*Zweifellos ist eine Ausstellung nach vierzigjähriger deutscher Zweistaatlichkeit mit den damit verbundenen tiefen Gegensätzlichkeiten und den Jahren seit Mauerfall und staatlicher Wiedervereinigung eine anspruchsvolle, heikle Angelegenheit. Sie soll anregen und provozieren – hieß es in der MZ. Dieser Absicht wird sie durchaus gerecht.*

*Die zahlreichen Ausstellungsstücke lassen den Betrachter die Vorgeschichte der deutschen Teilung, die vier Jahrzehnte währende parallele Existenz von BRD und DDR und das Zusammenleben in der größer gewordenen Bundesrepublik nachvollziehen...*

*Der aufmerksame Betrachter übersieht nicht, dass die Konzeption und die Gestaltung der Exposition ein Spiegelbild dessen ist, dass wir Deutschen zwar wieder in einem Staat leben können, doch von der inneren Einheit und annähernd gleichen Lebensbedingungen in Ost und West noch weit entfernt sind. Der Weg zu objektiver Geschichtsbetrachtung ist offenbar noch recht lang.*

Namens der Geschichtskommission verfasste Winfried Steffen einen in der „Mitteldeutschen Zeitung“ unter der Überschrift „Weiter Weg zur objektiven Betrachtung“ veröffentlichten Artikel.

Darin wurde u. a. festgestellt:

- *Eingangs wird die Frage danach gestellt, wer an Naziterror, KZs und den dortigen entsetzlichen Verbrechen Schuld hatte. Als Antwort wird angedeutet, dass die Verantwortung dafür der schweigenden Bevölkerungsmehrheit im Dritten Reich anzulasten sei. Dieser Herangehensweise der Textautoren kann ich nur sehr begrenzt folgen. Den heute aktiv tätigen Historikern, die Nazizeit und Naziterror nur aus der Geschichte kennen – glücklicherweise – ist ein Leichtes, über die Generation meiner Eltern – ich gehöre dem Geburtsjahrgang 1932 an – zu rechten oder gar zu richten. Meine Eltern, verantwortlich für die Erziehung von sieben Kindern, hatten bei freien Wahlen nie die NSDAP gewählt, wenn sie sich auch in der Folge auf die Naziherrschaft einstellten und zeitweilig gewachsenen Wohlstand mit der NSDAP in Verbindung brachten. Als der älteste Sohn im Stalingrader Kessel umkam, bezeichnete mein Vater Anfang 1943 Hitler als Mörder der deutschen Jugend – zu Hause in den vier Wänden. Hätte er auf die Straße laufen und das in die Öffentlichkeit hinausschreien sollen, um dann von den Nazischergen umgebracht zu werden?*
- *Die schweigende Mehrheit für die Naziverbrechen in die Verantwortung zu nehmen – eine Art modifizierter Kollektivschuld des deutschen Volkes für Nationalsozialismus, Krieg und Naziverbrechen, wie sie von den Westmächten seinerzeit gehandhabt wurde – macht wohl nur einen Teil des Wesentlichen aus. Mit keiner Silbe werden in der Ausstellung die deutschen Banken und Industriemonopole erwähnt. Diese Leute haben Hitler und sein Regime aufgebaut, toleriert, die großen Verbrechen so erst ermöglicht und sogar von der Ausbeutung und Vernichtung in KZs und anderen Zwangseinrichtungen profitiert...*

- *Der Darstellung der 40-jährigen Zweistaatlichkeit geht eine einseitige Interpretation maßgeblicher Ereignisse voraus. „1949 werden aus vier Zonen zwei Staaten“ ist inhaltlich korrekt, steht aber recht beziehungslos da und blendet den realen Prozess der Spaltung Deutschlands weitgehend aus. Mit der Formulierung „Die Sowjetunion betreibt in ihrer Besatzungszone die Gründung eines Teilstaats“ suggeriert man dem wenig geschichtskundigen Besucher, die maßgebenden Etappen der Spaltung Deutschlands und die Vorbereitung separater Staatsgründungen seien nicht durch die Bildung von Bi- und Trizone, Währungsreform und Verabschiedung des Grundgesetzes der BRD durch den Parlamentarischen Rat im Mai 1949 von westlicher Seite, sondern vom Osten ausgegangen...*
- *Man muss nicht ein ausgesprochener DDR-Nostalgiker sein – ich bin mir der Defizite in puncto ökonomischer Effizienz und Demokratie bewusst – so kann man nicht umhin wahrzunehmen, dass zwar die 40-jährige Entwicklung der BRD realistisch gezeigt wird, doch dass das bezüglich der DDR nicht in gleicher Weise geschieht. Von Beginn an wird durchgängig die DDR als kommunistischer Zwangssaat nach sowjetischem Vorbild charakterisiert. An keiner Stelle werden die Arbeitsleistungen der Werktätigen, durch die trotz aller Schwierigkeiten, trotz Kaltem Krieg...eine funktionierende und auch international geschätzte Wirtschaft und Gesellschaft im Osten Deutschlands geschaffen wurde – effektive Landwirtschaft und flächendeckende Industrie – ins Bild gesetzt und sachlich dargestellt...*

Jürgen Kurth und Winfried Steffen sandten kritische Briefe an das „Haus der Geschichte“ in Bonn und erhielten Antworten, in denen versucht wurde, die kritisierten Positionen und Darstellungsweisen zu rechtfertigen, ferner eine Publikation dieses Hauses mit dem Titel „Erlebnis Geschichte“.

Die breite Diskussion zur jüngeren deutschen Geschichte wurde gekrönt mit einer Veranstaltung im überfüllten Zeitzer Hotel-Restaurant „Drei Schwäne“ am 25.11.1999 mit dem ehemaligen DDR-Ministerpräsidenten Dr. Hans Modrow.

Eingangs seiner Darlegungen stellte er fest, dass bezogen auf die DDR-Existenz 40+10 falsch ist, denn sie bestand bis 1990, also 40 Jahre +360 Tage (41 Jahre).

Im Detail schilderte der Redner die bewegenden Stunden um den 9. November 1989 und die damals vertane Chance, die Einheit Deutschlands als souveräner Staat herbeizuführen. Diesem Ziel hätte auch seine Zeit als Ministerpräsident gegolten.

Die Wahl im März 1990 bezeichnete Hans Modrow als absolut undemokratisch. Der Wahlkampf wurde im Wesentlichen durch die Parteien und die Regierung

der BRD geführt, also von einem Wahlkampfgegner außerhalb der Grenzen der DDR.

Als Hohn bezeichnete es H. Modrow, dass sich Kohl, Bush und Gorbatschow als die „Wiedervereiniger“ feiern lassen, das Volk überhaupt nicht zu Worte kommt und frühere Repräsentanten der DDR verleumdet und eingesperrt werden.

Seine derzeitige Tätigkeit als Europaabgeordneter bezeichnete H. Modrow als Möglichkeit, sich für ein friedliches, sozial gerechtes Europa einzusetzen.

Am 30.9.1999 wurde durch den Kreisvorstand die Arbeitsfähigkeit des Kreiswahlbüros und der Redaktion des PDS-Kuriers hergestellt. Auf dieser Sitzung wurde ferner das Arbeits- und Aktionsprogramm bis 2000 beschlossen.

Die PDS-Fraktion im Kreistag leistete eine aktive Arbeit. In der ersten Sitzung nach der Neuwahl vom 13.6.1999 wählten die Fraktionsmitglieder Dr. sc. Artur Spengler zum Vorsitzenden und Lothar Gentsch zum stellvertretenden Vorsitzenden. Die beiden wirkten auch im Kreisausschuss, dem Hauptausschuss des Kreistages mit. Dem Ältestenrat, dem Kollegium aller Fraktionsvorsitzenden im Kreistag, gehört Dr. Artur Spengler an.

Die Fachausschüsse wurden dann wie folgt besetzt:

|                                     |                                |  |
|-------------------------------------|--------------------------------|--|
| Finanzausschuss                     | L. Gentsch, R. Eckert          | H. Zilm als sachk. Einw.                                 |
| Wirtschaftsausschuss                | H. Heller, A. Spengler         | K. Kühnapfel   |
| Bauausschuss                        | H. Gosewitz, H. Heller         | Dr. D. Köpke   |
| Landw./Umweltauss.                  | Dr. A. Spengler, K. Bier       | Jan Thyen  |
| Sozialausschuss                     | D. Kowalski, R. Eckert         | Erika Hornbogen  |
| Kulturausschuss                     | R. Eckert, H. Gosewitz         | Thomas Illgen  |
| Betriebsausschuss für Krankenhäuser | D. Kowalski, L. Gentsch        |  |
| Jugendhilfeausschuss                | gewählte Sachkundige Einwohner | Erika Fischer,<br>Heike Reimschüssel<br>Thomas Kuhlbrodt |
|                                     | Vertreter                      |  |

Vertreterin im Volkshochschulbeirat der VHS des BLK Jutta Spengler

Im Verwaltungsrat der Sparkasse BLK wirkten Dr. Artur Spengler und Horst Denk mit. Zur Leitung der Ausschüsse hatten wir das Zugriffsrecht auf den Sozialausschuss; dafür benannten wir Dieter Kowalski.

Die Bestätigung der Zusammensetzung der weiteren Gremien des Kreistages erfolgte zur 2. und 3. Kreistagssitzung. Wir konnten dabei alle unsere Vorschläge durchsetzen. In allen Ausschüssen ist Ende August bzw. im September 1999 die volle Arbeit angelaufen.

Auf der Beratung des Kreisvorstandes am 21.12.1999 berichtete der Kreisvorsitzende Horst Denk über die am 17.12. stattgefundene erste Beratung der gebildeten zeitweiligen Arbeitsgruppe zur Programmdiskussion, der 12 Mitglieder angehören.

Die Mitgliederversammlungen in den Basisorganisationen sollten auf folgende Schwerpunkte konzentriert werden:

- die Bestimmung des Zieles einer sozialistischen Gesellschaftsordnung,
- die Vorstellungen zur Überwindung der Dominanz des kapitalistischen Eigentums,
- Vorstellungen einer Grundwerte-Konzeption,
- Wertung der DDR-Geschichte.
- die mögliche Akzeptanz von Kriegseinsätzen nach Einzelfallprüfung,
- die Frage der Regierungsbeteiligung.

Der Kreisvorsitzende erläuterte erste Vorstellungen zum Arbeitsplan für das erste Halbjahr 2000 mit folgenden Grundüberlegungen:

- *Die PDS muss in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen werden. Daraus ergibt sich, dass der Kontakt zu den Medien hergestellt, ausgebaut und gesichert werden muss. Es müssen öffentlichkeits- und medienwirksame Veranstaltungen organisiert werden.*
- *Die PDS muss ihre politischen Absichten und Standpunkte diskutieren und sowohl auf parlamentarischer Ebene als auch durch außerparlamentarische Aktionen öffentlich vertreten.*
- *Die PDS darf nicht nur über Missstände und Unzulänglichkeiten klagen oder sie nur anprangern, sondern sie muss eigene Beispiele zur Überwindung liefern. Das betrifft insbesondere Fragen der Arbeitsmarktpolitik, offene Fragen des ländlichen Raumes, des Tourismus und des Fremdenverkehrs, des ÖPNV/SPNV sowie der Kultur und Erholung.*
- *Die PDS muss sich kooperations- und kompromissbereit gegenüber anderen Partnern verhalten, deren berechnete Forderungen und Aktionen unterstützen und sie für die Durchführung unserer berechtigten Forderungen gewinnen.*
- *Die PDS muss sich bildungsbereit zeigen und in der Öffentlichkeit durch Einheit von Wort und Tat Akzeptanz gewinnen, besonders bei jungen Menschen.*

Am 10.1.2000 verstarb der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Naumburger Gemeinderat, Dr. Siegfried Schelhas, nach kurzer schwerer Krankheit. Er hinterließ eine große Lücke. Gegenüber dem „Naumburger Tageblatt“ würdigte Oberbürgermeister Becker sein Wirken als Stadtrat, seine Sachpolitik im Interesse der Stadt, beispielsweise bei den jährlichen Haushaltslesungen. In die Nachfolge wurde Irene Lindenberg gewählt.

Bei einem Pressegespräch mit der „Mitteldeutschen Zeitung“ nannte der Kreisvorsitzende Horst Denk als Schwerpunkte für das Jahr 2000 die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, die Entwicklung des ländlichen Raumes, des öffentlichen Personennahverkehrs und die zivile Nutzung des Zeitzer Forstes. In Bezug auf die touristische Vermarktung des Burgenlandkreises betonte Kreistagsvorsitzender Dr. Artur Spengler, die Fremdenverkehrsgesellschaft Saale-Unstrut-Elster müsse gestärkt werden. Nach seiner Auffassung ist es dringend erforderlich, dass in diesem Zusammenhang die Städte Naumburg und Zeitz, die beide nicht Mitglied in der Fremdenverkehrsgesellschaft sind, ihre Positionen überdenken.

Ähnlich äußerte sich Horst Heller. Er forderte von der Elsterstadt einen Umdenkungsprozess, was die Mitgliedschaft in den Tourismusverbänden betreffe. In Zeitz sei mit dem Tourismuskonzept für die Stadt und umliegende Gemeinden eine gute Grundlage geschaffen worden. Darauf könne man aufbauen, Maßnahmen entwickeln und diese Aktivitäten als Teil für die Vermarktung des Kreises einbringen.

In seiner Sitzung am 20.1.2000 beriet der Kreisvorstand den Arbeitsplan für das erste Halbjahr 2000 und orientierte auf folgende Schwerpunkte:

- *Im arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitischen Bereich werden wir verstärkt neue und eigene Aktivitäten entwickeln. Dazu wollen wir den Wirtschaftsverband OWUS (Offener Wirtschaftsverband von klein- und mittelständischen Unternehmern, Freiberuflern und Selbstständigen – in Sachsen-Anhalt e. V.) zu einem arbeitsfähigen Instrument entwickeln und konkrete Wirtschaftsaufgaben einleiten.*
- *Wir werden konkrete Angebote und Vorschläge für Projekte im Rahmen der lokalen Agenda 21 machen und sie mithilfe von Mitteln aus dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor finanziell unterstützen.*
- *Wir werden in den Monaten April und Mai Konferenzen zur Entwicklung des ländlichen Raumes und zu wirtschaftspolitischen Schwerpunkten im Kreis durchführen.*
- *Die parlamentarische Arbeit wird verstärkt und intensiver mit außerparlamentarischen Aktionen verbunden. Sie werden sich im 1. Halbjahr besonders auf den Gebieten der lokalen Agenda 21, der Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und des Schienen-Personennahverkehrs (SPNV) sowie dem Entwicklungsstand im Zeitzer Industriepark 2000 konzentrieren.*
- *Wir werden weiterhin alle Aktivitäten unterstützen, die der zivilen Nutzung des Zeitzer Forstes dienen. Diese Aktivitäten werden wir verstärkt zu Aktionen gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr und gegen jegliche militärische Auseinandersetzungen nutzen.*
- *Wir wollen möglichst viele Genossinnen und Genossen befähigen, sich aktiv an politischen Auseinandersetzungen zu beteiligen. Deshalb werden*

*wir die Voraussetzungen für eine konstruktive Diskussion zur Programmdebatte schaffen ...*

Auf Initiative des PDS-Kreisverbandes wurde erstmalig im Burgenlandkreis der 27. Januar als Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus begangen. Im Theater Zeitz wurde aus diesem Anlass ein literarisch-musikalischer Abend veranstaltet. Der antifaschistische Widerstandskämpfer Johannes Konopka aus Naumburg trug aus seinem Schaffen Balladen zur Thematik des Tages vor. Musikalisch gestaltet wurde die Veranstaltung durch das Theaterorchester.

Mit dieser Initiative der PDS wurde in der Folge bewirkt, dass nunmehr Kreis- und Stadtverwaltung jährlich an diesem Gedenktag zu entsprechenden Veranstaltungen in Zeitz, Naumburg und Rehmsdorf einladen.

Im Januar 2000 brachte die PDS-Fraktion eine Beschlussvorlage zur „Lokalen Agenda 21“ in den Kreistag ein und empfahl die Bildung eines entsprechenden Büros.

Am 9.2.2000 fand in der Geschäftsstelle in Zeitz in der Veranstaltungsreihe „Pro und Contra“ ein Forum mit Professor Dr. Harry Nick zum Thema „Die Eigentumpolitik der PDS“ statt.

Im Naumburger Gemeinderat nahm die PDS-Fraktion aktiv teil an einer Mitte Januar durchgeführten Informationsveranstaltung zur Landesinitiative „Urban 21“.

Am 22.2.2000 wurde eine neue Geschäftsstelle für den Bereich Nebra eingerichtet.

LISA und der Frauenarbeitskreis wirkten aktiv zum Internationalen Frauentag. In der „Mitteldeutschen Zeitung“ wurde darüber berichtet: *Die Frauen, und es waren nicht wenige, die sich anlässlich des Internationalen Frauentages gestern Vormittag am Rossmarkt trafen, standen im Regen.*

*Und so stand ganz schnell neben der Losung ihrer Aktion „Heute kein Verkehr“ eine zweite: „So wie es den Frauen heute geht, geht es ihnen in der BRD, sie stehen im Regen“, wie es Erika Fischer formulierte.*

*Dem Andrang taten die Unbilden des Wetters jedoch keinen Abbruch. Nicht nur Frauen blieben an den Ständen von Arbeitslosenzentrum, Demokratischem Frauenbund Deutschlands, Volkssolidarität oder vom Zeitzer Kommunikationszentrum für Frauen und Mädchen stehen, um vielleicht eine der angebotenen Handarbeiten zu kaufen und damit die Arbeit der Gruppen und Vereine zu unterstützen. Gesprächspartner von LISA, Internationalem Bund und Deutschem*



*Frauenring waren ebenso vor Ort wie die Gleichstellungsbeauftragten von Stadt und Landkreis...*

*Am frühen Nachmittag kamen die Frauen vom Arbeitskreis, eingeladen waren aber auch alle Interessenten, im Gemeinderaum von St. Michael gemütlich zusammen. Schülerinnen und Schüler der Lernbehindertenschule Zeitz führten ein Kulturprogramm auf.*

Die PDS-Fraktionen des Burgenlandkreises und des Landkreises Weißenfels wandten sich nach einer gemeinsamen Beratung am 13.3.2000 mit einem „Standpunkt zur Kommunalreform in Sachsen-Anhalt“ an die Landtagsfraktion der PDS:

- *Beide Fraktionen lehnen die Vorgehensweise des Ministeriums des Inneren ab, die Kommunalreform von unten zu beginnen, das heißt auf der Ebene der Kommunen und Landkreise. Sie unterstützen die Forderung der Landtagsfraktion nach einer Verwaltungs- und Funktionalreform. Sie muss einhergehen mit Überlegungen zu Strukturveränderungen auf der Ebene der Kommunen und Landkreise.*
- *Die Landtagsfraktion sollte zur Kenntnis nehmen, dass die Kommunalreform mit dem Bekanntwerden des Leitbildes vor allem auf kommunaler Ebene eine hohe Eigendynamik entwickelt hat. Bürgermeister, ganze Verwaltungen beraten schon jetzt – meist hinter verschlossenen Türen – wie zukünftige Strukturen aussehen sollten. Die Landtagsfraktion sollte deshalb Einfluss auf die zeitliche Gestaltung der Reform nehmen. Es besteht in der Tat die große Gefahr, dass die kommunalen Vertretungen ausgeschaltet werden und eine breite gesellschaftliche Akzeptanz nicht erreicht wird. PDS-Abgeordnete sollten Druck auf die Bürgermeister machen, damit diese ihre Absichten offen legen. Sie sollten aber nicht jene sein, die die Diskussion um die Kommunalreform forcieren.*
- *Die Landtagsfraktion sollte unbedingt auf das Prinzip der Freiwilligkeit Wert legen. Die Kommunen müssen selbst die Möglichkeit der Wahl des Modells haben.*
- *Hinsichtlich der speziellen Probleme des Landkreises Weißenfels (Verschuldung) sind Regularien zu schaffen, wie bei einer Fusion der Landkreise damit umgegangen wird. Vor dem Zusammenschluss mit einem anderen Kreis müsste eine Entschuldung des Landkreises Weißenfels erfolgen.*
- *Beide Fraktionen bitten die Landtagsfraktion, sich dem Problem der Ausgleichszahlungen des Landes an die Landkreise für die Schülerbeförderungen zuzuwenden. Entsprechend der Verordnung erhalten die Landkreise diese Ausgleichszahlungen nur dann, wenn sie in ei*



28. Im Februar 1998 streiken die Mitarbeiter der ZEMAG Zeitz gegen die endgültige Schließung des Betriebes. Die Landtagsabgeordnete und Mitglied der Kreistagsfraktion der PDS Ria Theil bei den streikenden Arbeitern

29. Im Februar 1998 streiken die Mitarbeiter der ZEMAG Zeitz gegen die endgültige Schließung des Betriebes.



30.—33. Der Bundesparteitag im April 1998 in Rostock steht unter der Losung „Für eine gerechte Republik!“. Der Delegation von Sachsen-Anhalt gehören mit an: Gunter Schneider, Barbara Ditt-  
rich, Lothar Gentsch, Karin Denk und Dr. Artur Spengler









34. Der Wahlkampf zu den Bundestagswahlen 1998 hat begonnen. Demonstration in Berlin gegen die neoliberale Politik der CDU

35. Teilnehmer am Frühlingsfest der PDS in der Landeshauptstadt Magdeburg







36. / 37. Der Vorsitzende der PDS Lothar Bisky in Magdeburg auf einer Großkundgebung  
„Kohl muss weg ! Arbeit muss her !“





38. / 39. Die Mitglieder der Stadtfraktion Zeitz Horst Heller, Michael Heber und Lydia Reimschüssel unterstützen die PDS der Partnerstadt Detmold im Wahlkampf







40. / 41. Gemeinsam mit den Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Weißenfels wurde eine Demonstration vor der Weißenfelder Kaserne gegen den Kriegseinsatz im Kosovo organisiert





42. Ein volles Haus bescherte der Ehrenvorsitzende der PDS Dr. Hans Modrow dem Hotel „Drei Schwäne“, der auf Einladung des Kreisvorstandes in Zeitz weilte.

*nem zumutbaren Zeitraum (in der Regel alle drei Jahre) die Fahrpreistarife erhöhen. Dieser Zustand kann so nicht bleiben.*

Der am 17. März 1920 beim Kampf gegen den Kapp-Putsch Gefallenen gedachten Männer und Frauen am Gedenkstein „An der Tanne“ in Bad Kösen am 18.3.2000, einem Aufruf der PDS folgend. Weitere Veranstaltungen fanden am 19.3. in Naumburg an der Gedenkstätte am Stadtpark und am Salztor statt.

Am 28.3.2000 nahm der Kreisvorstand einen Bericht der AG Programmatik entgegen und bestätigte diesen.

Innerhalb der Veranstaltungsreihe „Pro und Contra“ fand am 12.4.2000 eine sehr inhaltsreiche Gesprächsrunde zum Wirken von Christinnen und Christen in der PDS mit Friederun Fessen aus Berlin, einer der Sprecherinnen der Arbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen beim Bundesvorstand, statt.

Am 29.4.2000 fand in Zeitz die 2. Tagung der Kreisdelegiertenkonferenz des Kreisverbandes Burgenlandkreis der PDS statt, an der 34 gewählte Delegierte und einige Gäste teilnahmen.

Im Mittelpunkt der Tagung standen die Berichte des Kreisvorsitzenden Horst Denk und des Vorsitzenden der Kreistagsfraktion Dr. Artur Spengler.

Horst Denk schätzte in seinem Bericht die Arbeit des Kreisverbandes seit der 1. Tagung im September 1999 ein. Die konkreten Aufgaben, die dem Kreisverband von dieser Tagung gestellt worden waren, hatten ihren Niederschlag in Arbeitsplänen für das IV. Quartal 1999 und das erste Halbjahr 2000 gefunden.

Schwerpunkte waren Aktivitäten auf den Gebieten Wirtschaft, Umwelt und Kommunalpolitik. Es galt, die Voraussetzungen einzuleiten, um Ansätze für dauerhafte und wirksame Maßnahmen zu schaffen. So konnte z. B. der Wirtschaftsverband OWUS wieder aktiviert werden und die Agenda 21 als Bestandteil der ökologischen Arbeit des Kreises im Kreistag durchgesetzt werden. Kritisch wertete der Kreisvorsitzende auch die Ergebnisse des 6. Landesparteitages und der 3. Tagung des 6. Bundesparteitages aus. Die dort getroffenen Entscheidungen und Ergebnisse bezeichnete er als wenig hilfreich für die Arbeit an der Basis.

Gleichzeitig sprach er sich jedoch dafür aus, die begonnene Politik im Kreis fortzusetzen und sich auf wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Politikfeldern noch stärker und konkreter einzubringen und sich dabei selbst zu profilieren.

Artur Spengler berichtete den Delegierten über die parlamentarischen Aktivitäten der Kreistagsfraktion und würdigte in diesem Zusammenhang die Arbeit der 54 Mandatsträger in den 25 Städten und Gemeinden des Kreises. Er machte darauf aufmerksam, sich schon jetzt um die Mandatsnachfolger für die nächsten Wahlen zu kümmern.

Um die noch bessere Verbindung zu den Bürgerinnen und Bürgern herzustellen, sollte die Anzahl der Sprechstunden in den Gemeinden erhöht und die Verbindung der Kreistagsfraktion zu den anderen Mandatsträgern noch enger gestaltet werden. In der lebhaften Diskussion sprachen sich die Delegierten, trotz teilweise unterschiedlicher Bewertung des Münsteraner Parteitages, dafür aus, die Erneuerung der PDS fortzusetzen. Dafür gibt es an der Basis gute Voraussetzungen, weil sowohl innerhalb der PDS als auch im Verhältnis zu anderen Parteien die Zusammenarbeit weniger durch ideologische Auseinandersetzungen belastet ist.

In diesem Sinne gaben die Delegierten dem Kreisvorstand auch eindeutige Zustimmung zu einer weiteren Orientierung auf eine konstruktive Wirtschaftspolitik, verbunden mit ökologischen Zukunftsforderungen und sozialer Verantwortung. Zur bevorstehenden strukturellen Kommunalgebietsreform stimmten die Delegierten einstimmig einer gemeinsamen Stellungnahme von Kreisvorstand und Kreistagsfraktion zu.

Ebenfalls einstimmig billigten die Delegierten ein Schreiben an die jüdische Landesgemeinde Erfurt, in welcher sie ihre Empörung und ihren Abscheu gegen

den Brandanschlag rechtsextremer Terroristen auf die Erfurter Synagoge zum Ausdruck bringen. In diesem Schreiben hieß es u.a.:

*Mit dieser abscheulichen Tat bestätigen sich für uns die Befürchtung und Erkenntnis, dass in Deutschland seit Jahren ein gefährlicher Rechtsruck vollzogen worden ist. Brandanschläge auf Asylbewerberheime, Hetzjagden auf Ausländer, Naziskandale in der Bundeswehr und immer häufiger werdende Aufmärsche mit unverhüllten Naziparolen sind Ausdruck einer unfähigen Politik, diese Entwicklung aufzuhalten bzw. wirksam zu bekämpfen. Wir stellen im Gegenteil fest, dass dieser Rechtsruck von einigen Politikern verantwortungslos noch geschürt wird. Das beweisen die Wahlkampfparolen einiger Parteien, die sich kaum noch von den rechten Parolen unterscheiden.*

*Wir versichern Ihnen, dass wir den Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge zum Anlass nehmen, nun noch entschlossener gegen rechte Gewalt und Terrorismus aufzutreten.*

Auf Einladung der Basisorganisation in Zeitz-Ost trat die PDS-Bundestagsabgeordnete Angela Marquardt am 24.5.2000 im Zeitzer Gartenlokal „Goldener Apfel“ auf einer Veranstaltung zur aktuellen Politik der PDS auf.

Im Mai 2000 erschien im Rahmen der Schriftenreihe zur politischen Bildung das Heft zum Thema „Deutschland und die Legitimation seiner Staatswesen – Von der Weimarer zur Berliner Republik“.

Am 23.5.2000 befasste sich der Kreisvorstand in seiner Sitzung mit der Vorbereitung des 7. Bundesparteitages und der 2. Tagung des Landesparteitages.

Kreistagsfraktion und Kreisvorstand der PDS luden zu einer agrarpolitischen Konferenz „Ländlicher Raum – wie weiter?“ am 15.4.2000 in den Saal der Gaststätte „Grünes Tal“ in Kleinjena ein. Dr. Artur Spengler konnte dazu Mandatsträger der PDS, Kommunalpolitiker, Funktionäre der Bauernverbände und Leiter von Agrarbetrieben aus dem Burgenlandkreis und aus den Nachbarkreisen begrüßen.

In ihrem Vortrag informierte die agrarpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion Kersten Naumann über die Anstrengungen, die Interessen der Bauern und der Landbevölkerung im Bundestag zur Geltung zu bringen. Sie verwies auf die grundlegenden Veränderungen der Sozialstruktur auf dem Lande seit dem Ende der DDR, wo sich die Zahl der Arbeitskräfte um 1,2 Millionen reduzierte und 126.532 Betriebe zu bestehen aufhörten. Dennoch existieren sehr wohl lebensfähige Agrarunternehmen. Die Landwirtschaft unterliegt einem sich verstärkenden Konkurrenzdruck, besonders angesichts des Prozesses der Globalisierung.

Die tiefgreifend nachteiligen Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe erfordern Gegenstrategien: eine Strategie der Kooperation der Landwirte und aller im ländlichen Raum Verantwortlichen, den Anbau nachwachsender Rohstoffe – beispielsweise für Erzeugung von Biodiesel -, eine Politik der Regionalisierung als Gegengewicht zur Globalisierung, die Ausschöpfung aller möglichen Fördermittel, das Erarbeiten gemeinsamer Projekte für eine nachhaltige Entwicklung ländlicher Räume über das Zusammenwirken von Kommunen, Wirtschaft, Gewerkschaften, Verwaltungen, Kammern, Verbänden und Vereinen, die Entwicklung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Frau Naumann orientierte auf ein demokratisches Leitbild für jede Region, die Sammlung aller gesellschaftlichen Kräfte und Widerstand gegen Versuche, den Sozialstaat zu zerstören.

Dr. Fritz Schumann, Vorsitzender der Agrargenossenschaft Schneidlingen und Mitglied des Landesvorstandes des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt, berichtete, ausgehend vom zehnjährigen Bestehen des Verbandes, von der rasanten Entwicklung der Landwirtschaft in der Region in ihrer Widersprüchlichkeit. Nach wie vor erfolgte eine flächendeckende Bewirtschaftung – im Unterschied zur Industrie werden die meisten Grundmittel und Substanzen weiter genutzt -, es vollzog sich eine erhebliche Rationalisierung.

Großräumige Landwirtschaft hat Zukunft, auch in Westdeutschland. Erheblich reduziert wurde bei uns auch die Zahl der Beschäftigten: Noch 15 bis 18 Prozent der ehemals Beschäftigten sind dort tätig. Mit einem Drittel der einst Beschäftigten wird doppelt soviel wie zu DDR-Zeiten produziert. Drastisch verkleinert hat sich der Viehbestand. Der Gemüseanbau als Produktionszweig ist weggefallen. Dringend gebraucht werden hoch motivierte und qualifizierte Arbeitskräfte, die man selbst ausbilden muss.

Der Redner machte auf das baldige Auslaufen der Pachtverträge aufmerksam, da zu 90 Prozent auf Pachtland gewirtschaftet wird. Dazu kommt das Problem der Generationenfolge: ausscheidende Eigentümer finanziell angemessen zu stellen und die Zukunft des Betriebes zu sichern. Dr. Schumann forderte, den großen Marktketten regionale Strukturen der Vermarktung entgegen zu stellen, nachwachsende Rohstoffe zu nutzen (zehn Prozent der Fläche für Raps zur Biodieselproduktion für die Landwirtschaft – wäre im Burgenlandkreis, in Zeit gut zu machen) und durch eine umweltgerechte Produktion aktiv als Umweltgestalter zu wirken. Durch die lebhafte Diskussion wurden die Ausführungen beider Redner bestätigt und ergänzt. So wurde hervorgehoben, die Biodieselproblematik vorab zu klären, sie gesetzlich abzusichern, bevor dafür investiert wird.

Hans-Jörg Krause, Mitglied des Landtages, forderte, um Lösungen zur Veränderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für den ländlichen Raum zu ringen, auch ohne über mächtiges Kapital gebieten zu können. Bei flächende-

ckender Landwirtschaft müssen die unterschiedlichen regionalen Bedingungen berücksichtigt werden, zum Beispiel die der Altmark, der Börde, des Burgenlandkreises. Es ist entschieden Front zu machen gegen das Diktat der USA und von EU-Behörden hinsichtlich genereller Produktionsbedingungen.

Es kann nicht angehen, dass der Bauer weiterhin die Zeche für grenzenloses Industriewachstum zahlt. Als Alternative bedarf es einer Vertragslandwirtschaft in den Regionen bis hin zur Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte.

In seinen Schlussbemerkungen würdigte Horst Denk die in Landwirtschaft und ländlichem Raum erzielten Erfolge und rief die Bauernverbände dazu auf, gemeinsam mit der PDS an der Gestaltung des ländlichen Raumes zu arbeiten.

Vom Kreisvorstand wurde am 11.7.2000 die 3.Tagung der Kreisdelegiertenkonferenz in Zeitz für den 26. 8. vorbereitet.

Am 23.7.2000 verstarb das Mitglied des Kreisvorstandes und Mitglied der Stadtfraktion Zeitz der PDS, die langjährige Schatzmeisterin Lydia Reimschüssel. Ihrem Andenken wurde ein zweiseitiger Beitrag der Reihe „Unter uns – vorgestellt“ im KURIER gewidmet.

Mit einem Offenen Brief wandten sich Kreisvorstand und Kreistagsfraktion des Kreisverbandes Burgenlandkreis anlässlich des 65. Jahrestages der Verkündung der „Nürnberger Gesetze“ durch das Hitlerregime an den Landrat, an die Oberbürgermeister von Naumburg und Zeitz, an die Damen und Herren aller demokratischen Parteien, antifaschistischer Verbände und Vereine, an alle Bürgerinnen und Bürger mit der Aufforderung, am 15. September 2000 auch im Burgenlandkreis ein deutliches Zeichen zum energischen Widerstand gegen Neofaschismus und politische Gewalt gegen Ausländer, Juden und Andersdenkende zu setzen. „Beteiligen Sie sich und zeigen Sie Gesicht! Wir müssen ein neues 1933 verhindern!“

Zu Beginn der am 15.9.2000 auf dem Naumburger Holzmarkt stattgefundenen Kundgebung erinnerte der Vorsitzende des PDS-Kreisverbandes, Horst Denk, an das am 15.9.1935 verkündete nazistische Reichsbürgergesetz und seine verheerenden Folgen und forderte eindringlich dazu auf, gegen rechtsextremistische Gewalt nicht wie einst zu schweigen, sondern Gesicht zu zeigen.

Der Naumburger Lyriker Johannes Konopka sprach über die während seiner Kindheit miterlebte Deportation von Juden. Claudia Berger vom Friedenskreis Naumburg forderte die Bürgerinnen und Bürger auf, Verantwortung für die Geschichte zu übernehmen.

Als Hauptredner an diesem Tag kennzeichnete der stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, Dieter Dehm, die Bekämpfung des Rechtsextremismus als eine Aufgabe von gesamtgesellschaftlichem Rang und mahnte ebenfalls, dabei Verantwortung zu übernehmen.

Die Kreisvorsitzende des Bundes der Antifaschisten, Tamara Misch, stellte in ihrer Ansprache Überlegungen an zu Ursachen für Rechtsextremismus in unserer Region. Sie machte deutlich, dass eine Reihe von politischen Entscheidungen in der Weise wirkten, rechtsextremistischem Denken Vorschub zu leisten. Sie erinnerte daran, dass alle nach Antifaschisten benannten Straßen und Plätze umbenannt wurden. Auch solche Straßennamen wie Straße der Völkerfreundschaft und Friedensstraße wurden getilgt. In der gleichen Richtung hat wohl auch jene Bemerkung gewirkt, als Oberbürgermeister Curt Becker die DDR-Zeit als die schwärzeste Phase in der Naumburger Geschichte bezeichnete.

Der PDS-Kreisvorstand hätte sich zweifellos eine weitaus bessere Kundgebungsteilnahme der Naumburgerinnen und Naumburger gewünscht. Doch leider haben die anderen Parteien und auch die Stadt- und Kreisverwaltung die Veranstaltung ignoriert und die gute Gelegenheit ungenutzt gelassen, in Gemeinsamkeit aller demokratischen Kräfte ein deutliches Zeichen gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit, für Toleranz zu setzen.

Die Veranstalter konnten an diesem Tag positiv viele Gespräche an den drei Infoständen mit interessierten Bürgern, die Verbreitung zahlreicher Flugblätter zum anstehenden Thema und damit in Verbindung geleistete Unterschriften verzeichnen.

Rechtsextremistische Umtriebe und Ausländerfeindlichkeit waren am 18.9. auch Tagesordnungspunkt auf der Kreistagssitzung. Die PDS-Fraktion hatte einen Entwurf „Resolution gegen Rechts“ eingebracht:

*Der Kreistag wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger, in allen Lebensbereichen den sichtbaren Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, der Ausländerfeindlichkeit und dem Antisemitismus entgegen zu treten. Es hätte unserem Kreisparlament gut zu Gesicht gestanden, mit der deutlichen Annahme dieser Resolution ein Zeichen gegen Gewalt und für Toleranz zu setzen.*

Doch der DSU-Abgeordnete Gundolf Thieme brachte danach einen Gegenentwurf ein – mit diesem Wortlaut:

*Der Kreistag wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger, in allen Lebensbereichen den Ursachen und sichtbaren Erscheinungsformen des Extremismus und der Ausländerfeindlichkeit entgegen zu treten.*



Worum es Herrn Thieme ging, wird an seiner Antragsbegründung klar. Er fragte sich, wo rechts anfangen. Die Ereignisse der letzten Monate haben das unübersehbar gezeigt. Er sieht Extremismus vor allem links (!) einschließlich der PDS. Wenn er den Begriff Antisemitismus als „sehr diffus“ bezeichnete, übersah er ganz bewusst, dass dessen Begriffsinhalt spätestens seit Auschwitz international unmissverständlich geklärt ist.

Erstaunlich ist, dass Kreistagsvorsitzender Beckmann (CDU) zuerst über Thiemes Antrag abstimmen ließ – entgegen der Geschäftsordnung des Hauses, weil der Antrag weiter sei (gegen Rechts und Links). Da drängte sich der Gedanke auf, dass die Abgeordneten, die hier mehrheitlich zustimmten, gedankenlos mit Geschichte und Gegenwart umgehen, auf dem rechten Auge blind sind. Dieser Eindruck konnte auch nicht damit verwischt werden, dass anschließend auch dem PDS-Antrag mehrheitlich zugestimmt wurde.

In Beantwortung eines Schreibens von Herrn Michael Stemmler, Friedenskreis Naumburg, vom 12.10.2000 schrieb Horst Denk als PDS-Kreisvorsitzender u. a.: *Die PDS insgesamt und auch der Kreisvorstand des Kreisverbandes Burgenlandkreis bemüht sich seit einigen Jahren durch seine Mitglieder in Verbänden und Vereinen tätig zu sein. In vielen dieser Organisationen, besonders im Sport, in der Interessenvereinigung Jugendweihe und anderen, sind viele unserer Mitglieder neben ihren Verpflichtungen gegenüber der Partei fest integriert.*

*Wir schätzen und würdigen das, weil diese, zumeist ehrenamtliche Tätigkeit ein fester Bestandteil unsere Bemühungen um soziale Gerechtigkeit, Zugang für alle Menschen zu Bildung und Kultur, zu Ausbildung und Arbeit ist.*

*Dabei ist auch für die PDS gegenwärtig das offene und unnachgiebige Auftreten gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorrangige Pflicht. Zu unserem Aktionstag am 15. September 2000 in Naumburg hatten wir deshalb an alle Parteien, den Landrat, die Oberbürgermeister von Zeitz und Naumburg sowie an insgesamt 34 Verbände und Vereine den Aufruf zu einem gemeinsamen Aktionstag gerichtet. Auch mich hat die Resonanz nicht befriedigt...*

*Auch aus diesem Grunde würde ich mich über ein Gespräch freuen, in dem wir unverbindlich über Möglichkeiten und über Ihre Vorstellungen der gemeinsamen Arbeit im Sinne des Friedenskreises verständigen könnten.*

Am 23.9.2000 wurde von der PDS in Bad Kösen ein großes Kinder-Straßenfest veranstaltet. Bei dieser Gelegenheit wurde erstmals der PeDSi kreiert, der bald darauf bekannt wurde bis Magdeburg und Berlin.

Die nachfolgenden Wochen waren vor allem gekennzeichnet durch die Diskussionen über Rechtsextremismus und Neofaschismus.

In seiner Sitzung am 19.12.2000 beschloss der Kreisvorstand den Arbeitsplan für 2001 und stellte Dr. Frank Thiel als Kandidat der PDS für die 2001 anstehende Landratswahl auf.

Mit dem Jahresbeginn 2001 nahmen Kreisvorstand und Kreiswahlbüro den Wahlkampf des Kreisverbandes für die Landratswahl und die Wahl der Bürgermeister auf. Mit Dr. Frank Thiel stellte die PDS erstmals einen eigenen Kandidaten für die Landratswahl auf.

In einem Schreiben vom 19.2.2001 wandte sich der Kreisvorstand an die Vorsitzenden der Basisorganisationen mit wichtigen Hinweisen für die Kandidatenaufstellung und den zu organisierenden Wahlkampf vor Ort.

Im Ergebnis der ersten Fraktionssitzung im Jahre 2001 wurden auf einer Pressekonferenz des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion am 13.1.2001 folgende Schwerpunktaufgaben für das erste Halbjahr 2001 aufgeführt:

- *Mitwirkung bei der Gestaltung ausgewogener Haushalte im Burgenlandkreis und in den Gemeinden*
- *Unterstützung aller wirtschaftspolitischen Anstrengungen, die auf Festigung der Unternehmen, auf guten Umsatz, auf Erhalt der bestehenden und Schaffung neuer Arbeitsplätze gerichtet sind*
- *Solides Vorgehen bei der Planung der mittelfristigen Schulentwicklung und sachgerechte Umsetzung der Planungsfestlegungen*
- *Beratungen mit den Bürgerinnen und Bürgern im Sinne vernünftiger Schritte bei der Durchführung der Verwaltungsreform einschließlich der aktiven Mitwirkung des Burgenlandkreises bei der anstehenden Kreisvergrößerung*
- *Fortführung unserer Bemühungen zur Entwicklung des ländlichen Raumes*
- *Unterstützung aller erforderlichen Aktivitäten bei der Verbesserung der Lokalen Agenda 21*
- *Vorbereitung einer Armutskonferenz, die im 2. Halbjahr 2001 stattfinden soll*
- *Verstärkter Kampf gegen Rechtsextremismus*
- *Einflussnahme darauf, dass die vorgesehene solide Entwicklung des Theaters Zeit ebenso erfolgen kann, wie die Bühne in Naumburg*
- *Unterstützung der Anträge und Vorschläge des Kreissportbundes Burgenlandkreis e. V.*
- *Initiierung und Herausbildung einer Stadt als „kinderfreundliche Stadt“*

- *Maßgebliche Unterstützung der Aktivitäten im „Jahr Ottos des Großen bzw. der Ottonen“ in Memleben und Zeitz.*

Der Kreisvorstand setzte sich im Rahmen der Aktivitäten des Wirtschaftsverbandes OWUS für eine bessere Wirtschaftspolitik für klein- und mittelständische Unternehmen und Selbstständige ein.

Am 15.1.2001 richtete Horst Denk einen kritischen Leserbrief an die Zeitung „Neues Deutschland“, in dem es u. a. hieß:

*In Vorbereitung der 3. Tagung des 6. Parteitages in Münster wurde auch im Burgenlandkreises eine sehr engagierte und umfassende Programmdiskussion geführt. Ursache dafür war, dass sich die große Mehrheit der Mitglieder dafür ausgesprochen hatte, dass ein neues Parteiprogramm für die PDS unerlässlich geworden ist.*

*Durch den Kreisvorstand wurde eine zeitweilige Arbeitsgruppe gebildet. Sie wertete die Protokolle aller Mitgliederversammlungen der Basisorganisationen aus und erarbeitete davon ein Material, das allen BO zur weiteren Diskussion und unseren Delegierten als Redebeitrag für den Parteitag übergeben wurde.*

*Damals galt, dass mit dem neuen Parteiprogramm ein weiterer Schub zur innerparteilichen Entwicklung und zugleich eine zügige Erweiterung der Präsenz der PDS in den alten Bundesländern erfolgen sollte. Leider wurde der Verlauf des Parteitages in Münster den Erwartungen der Basis nicht gerecht.*

*Das wäre sicher reparabel gewesen. Deutlich aber wurde, dass mit dem Ergebnis von Münster vor allem die gegenwärtigen und künftigen Wähler gründlich enttäuscht wurden. Nun hätte man meinen können, dass die richtigen Lehren gezogen worden wären. Sicher kann man über die Zeit nach Münster, einschließlich des 7. Parteitages selbst, unterschiedlicher Meinung sein. Was jedoch gegenwärtig vom Bundesvorstand für Zeichen ausgehen, ist erschreckend.*

*In ihrer Rede auf dem Cottbuser Parteitag sprach Gabi Zimmer davon, dass die Programmdiskussion noch vor der Sommerpause 2001 auf einen Arbeitsstand zu bringen ist, der die Fortsetzung der Diskussion an der Basis befruchten soll. Die Entscheidung über den Abschluss der Diskussion soll dann auf einer weiteren Tagung des 7. Parteitages erfolgen.*

*Damit wäre eine zeitliche Einordnung zum Herbst 2001 durchaus möglich. Wir würden mit klaren Vorstellungen in den Bundestagswahlkampf gehen. Und genau das ist notwendig. Aus unseren Erfahrungen bisheriger Wahlkämpfe wissen wir, dass wir immer wieder nach unserem Programm gefragt werden. Die Wähler wollten schon immer- und besonders jetzt – nicht über Ursachen und Gründe des Stalinismus oder zum Scheitern des realen Sozialismus informiert werden,*

*sondern mit welcher Konsequenz und mit welchen Konzepten die PDS gesellschaftliche Veränderungen herbeiführen will.*

*Das heißt aber auch gleichzeitig, den Bürgerinnen und Bürger in Ost und West unsere Vorstellung von einer solchen veränderten Gesellschaft überzeugend zu vermitteln. Es wird nicht ausreichen, den Wählern zu sagen: Wählt uns nur, was wir wollen und welche Ziele wir haben sagen wir euch nach der Wahl! Ich denke, die Mehrheit der Delegierten in Cottbus hat den neuen Bundesvorstand so verstanden, dass der Weg der PDS als sozialistische Volkspartei abgesteckt ist und nun als Aufbruch in diese Gesellschaft hinein fortgesetzt wird. Damit verbunden ist die Erneuerung der Partei. Der Bundesvorstand selbst scheint jedoch von solch einer Erneuerung noch weit entfernt zu sein.*

*Liebe Genossinnen und Genossen des Bundesvorstandes, begreift endlich, dass euch die Mitglieder an die Spitze der Partei gestellt haben, um die PDS zu einer bundesweit anerkannten Partei werden zu lassen und damit wirkungsvoll etwas für die Veränderung gesellschaftlicher Zustände in diesem Lande tun zu können. Persönliche Belange und Eitelkeiten sind damit nicht vereinbar.*

Gemäß einem Beschluss des Kreisvorstandes vom 17.1.2001 wurden die bisherigen Basisorganisationen in der Stadt Zeitz zu einer einheitlichen Basisorganisation zusammengeschlossen.

Angeregt durch die literarisch-musikalische Veranstaltung zum Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus im Zeitzer Theater im Vorjahr fand am 27.1.2001 die diesjährige Gedenkveranstaltung auf Einladung des Landrates in Rehmsdorf statt. Bekanntlich bestand dort ein Außenlager des KZ Buchenwald. Um die Errichtung und Pflege dieser Gedenkstätte und die Gestaltung einer ständigen Ausstellung hat sich der Chronist Lothar Czoßbeck besonders verdient gemacht.

Im Januar 2001 wurde innerhalb der Schriftenreihe zur politischen Bildung das Heft mit dem Thema „Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit – für eine demokratische, tolerante Gesellschaft“ herausgegeben, ferner ein „Kleines Wörterverzeichnis für die Kritik gegen Rechts“.

In der Februar-Ausgabe des KURIER wurden unter der Überschrift „Mit Rotkäppchen-Erfahrung und Rotköpfchen-Verstand ein frischer Wind ins Burgenland“ unser Landratskandidat Dr. Frank Thiel und seine Positionen für die künftige Kommunalpolitik im Burgenlandkreis vorgestellt. Darin hieß es u. a.:

*Was ist mit dem obigen Wahlspruch gemeint?*

*Die Marke „Rotkäppchen“ hat unsere Region bundesweit bekannt gemacht. Eine geschickte Öffentlichkeitsarbeit, das Setzen auf Qualität sowie eine straffe*

*Organisation und ein effektives Management haben das Freyburger Unternehmen zu diesem Erfolg geführt.*

*Leider gibt's im Burgenlandkreis zu wenige Beispiele dafür, wie Organisationen und Unternehmen überregionale Bedeutung haben...*

*Die Kommunalpolitik kann aber auf positive Entwicklungen entscheidenden Einfluss nehmen und hier ist wirklich mehr frischer Wind notwendig, um unseren Landkreis für seine Bewohner attraktiver, für Unternehmen als Arbeitgeber interessanter und für Besucher anziehender zu gestalten.*

*Der „Rotköpfchen-Verstand“ bezieht sich auf ein sozial engagiertes Wirken, das Sorgen für Gerechtigkeit und Interessenausgleich. Für mich ist kommunale Politik immer zuerst Einsatz für das Wohl der Bürger und weniger die formale Erfüllung von Verordnungen und Vorschriften...*

*Unternehmer zu sein hieß für mich bisher immer „etwas zu unternehmen“ und nicht „etwas zu unterlassen“. Und dieses Engagement will ich als Landrat unter neuen Herausforderungen fortführen.*

Als die vordringlichsten Aufgaben einer Tätigkeit als Landrat nannte und erläuterte Dr. Frank Thiel die Realisierung der notwendigen kommunalen Strukturreform und die Standortsicherung durch aktive Arbeitsplatzpolitik.

Die Geschichtskommission beim Kreisverband nahm die Erarbeitung einer Chronik „Von der SED zur PDS in der Region Zeitz / im Burgenlandkreis“ auf. Dazu fanden inhaltsreiche Gespräche mit Zeitzeugen der Wende statt: mit Dieter Rolle, Erhard Gebauer, Ernst Forner und Egon Bergmann. Sie waren leitend in der SED-Kreisparteiorganisation Zeitz tätig.

Im März 2001 fand in Naumburg die 1. Beratung der 5. Kreisdelegiertenkonferenz statt. Horst Denk begann seinen Bericht mit dem Dank an alle Genossinnen und Genossen, die in den letzten zwei Jahren als Delegierte der Kreisdelegiertenkonferenz und als Delegierte bei Landes- und Bundesparteitagen aktive PDS-Politik praktiziert haben und mit ihren Entscheidungen für eine kontinuierliche Arbeit des Kreisverbandes sorgten.

Im Weiteren war der Bericht eine Ansammlung von vielen Terminen und Veranstaltungen mit den sich daraus ergebenden Aufgaben für den Kreisverband. Dabei standen natürlich die Landrats- und Bürgermeisterwahlen im Vordergrund.

In der ersten Etappe der Vorbereitung der Wahlen ist nicht der erhoffte Erfolg erreicht worden. Statt der angestrebten Anzahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen sind lediglich vier übrig geblieben. Ihnen gilt unser Dank, verbunden mit dem Wunsch, dass sie ihr Ziel erreichen mögen. Auch das wäre immerhin ein schöner Erfolg gegenüber den Wahlen von 1994 gewesen.

Mit dem Landratskandidaten Dr. Frank Thiel wurde erreicht, kreisweit eine gute politische Arbeit zu machen. Einstimmig gaben die Delegierten bei der geheimen Wahl dem Genossen Thiel auch ihre Unterstützung für seine Bewerbung. Seine Vorstellung vor den Delegierten war zugleich eine Darstellung der Hauptaufgaben der PDS im Burgenlandkreis.

Die zweite Etappe, so Horst Denk, war gekennzeichnet durch eine Vielzahl von Mitgliederversammlungen, in deren Ergebnis die Kreisdelegiertenkonferenz einberufen und durchgeführt werden konnte. Es wurden die Voraussetzungen für eine effektive Werbeunterstützung der Wahlen in Form von Plakaten, Falt- und Flugblättern geschaffen. Erste direkte Zusammentreffen mehrerer Landratskandidaten haben stattgefunden.

Auf dieser Konferenz wurden die Delegierten und VertreterInnen für den 7. Landesparteitag gewählt. Dort vertraten den Kreisverband: Margot Diers, Renate Eckert, Ria Theil, Gerd Müller, Lothar Gentsch, Steffen Hoyme und Horst Denk.

Auf Einladung von PDS-Kreisvorstand und PDS-Kreistagsfraktion fand am 5.3.2001 im Hotel „Zur Kaiserpfalz“ in Wohlmirstedt die 2. Agrarpolitische Konferenz unter dem Motto „Was bedeutet ökologisch-orientierte Landwirtschaft? Wie muss der ländliche Raum weiter entwickelt werden?“ als Beitrag im Rahmen des „Jahres der Ottonen in Sachsen-Anhalt“ statt.

In der „Mitteldeutschen Zeitung“ wurde darüber u. a. wie folgt berichtet:  
*Zur zweiten agrarpolitischen Konferenz der PDS-Fraktion im Burgenlandkreistag sollte es um keine geringere Frage gehen als die, wie eine ökologisch orientierte Landwirtschaft aussehen könnte. Über 50 Landwirte und andere Interessierte hatte das Thema am Montag ins Hotel „Kaiserpfalz“ gelockt. Mancher Redner ging mit sehr langem Anlauf auf die vorgegebene Marke los. Hans Watzeck, zu Zeiten der Modrow-Regierung DDR-Agrarminister, setzte bei Friedrich II. an, der die Landwirtschaft als erste Künste pries, machte das Gewinnstreben marktbeherrschender Monopole als Hauptursache von BSE aus und schloss nach Ausführungen zur aktuellen Landwirtschaftspolitik mit zwei Forderungen:*

*Zum einen sollten alle Interessenvertreter der Landwirte, zu denen er seine Partei rechnet, gemeinsam auftreten, und zum anderen sollten die Bauern selbst über die Art und Weise ihrer Produktion aufklären und das nicht den Medien überlassen, die, so Watzecks recht eigene Sicht, zu einer Gefahr für die Demokratie geworden seien.*

*Hans-Jörg Krause, agrarpolitischer Sprecher der PDS in Sachsen-Anhalt, stellte die Bedeutung der Landwirtschaft als tragende Säule im ländlichen Raum dar. Er plädierte für regionale Stoff- und Wirtschaftskreisläufe.*

*Der rote Faden durch alle Beiträge: Die Besonderheiten der Betriebsstrukturen im Osten Deutschlands – eine Neuausrichtung der Landwirtschaft dürfe nicht einseitig auf Kosten hiesiger Betriebe geben.*

*Praktische Erfahrungen mit Stoffkreisläufen schilderte Rasmus Reinhardt, Geschäftsführer des Landwirtschaftsbetriebes „Agricola“ aus Rehmsdorf. Sein Unternehmen setzt seit einigen Monaten naturbelassenes Rapsöl als Treibstoff ein. Ein Traktor der Marke Zetor wird ausschließlich mit diesem Brennstoff betrieben, andere Maschinen mit einem Gemisch aus Diesel und Rapsöl. Die Rehmsdorfer, die auf 540 Hektar Raps anbauen, interessieren diese Technologie schon lange. Als die Dieselpreise in die Höhe geschossen waren, wurde sie auch praktisch interessant. Der Betrieb will sich selbst eine Ölpresse zulegen und den anfallenden Rapskuchen als Tierfutter verwenden. Reinhardt, der auch Vorsitzender des Kreisbauernverbandes Hohenmölsen-Weißenfels-Zeitz ist, benannte eine Reihe von Problemen beim Einsatz des Bio-Treibstoffs. Dennoch erscheinen die geschilderten Erfahrungen durchaus ermutigend.*

*Der Einwand von Hans Schulze, Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes im Burgenlandkreis, solange die Bauern nicht wüssten, wie sich die Besteuerung des Bio-Treibstoffes entwickle, könne man nicht in diese Technologie investieren, ließ Reinhardt zumindest für seinen Betrieb nicht gelten. Man wolle den Treibstoff im eigenen Betrieb produzieren und einsetzen. Da greife die Steuer nicht.*

*Ergänzend dazu schrieb Dr. Artur Spengler zu den agrarpolitischen Positionen der PDS u.a.: Wir sind für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft, in der ökonomische, ökologische und soziale Belange gleichermaßen berücksichtigt sind. Die Produktionsweise dieser Landwirtschaft muss nachhaltig und damit stabil sein. Wir plädieren für eine Landwirtschaft, in der alle Betriebsgrößen und alle Unternehmensformen gleiche Entwicklungschancen haben.*

*Die Bauern wissen selbst, dass große Betriebe, die Produktion im traditionellen Rahmen mehr Einkünfte verspricht als das Bewirtschaften kleiner Parzellen und die Tierhaltung in überholten Formen. Jede der unterschiedlichen Unternehmensformen wie private Einzelwirtschaften, Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbR), Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), GmbH und Co K.G., Aktiengesellschaften und Agrargenossenschaften haben ihre Daseinsberechtigung sowie ihre Vor- und Nachteile.*

*Wir halten besonders die eingetragenen Agrargenossenschaften für eine zu bevorzugende Betriebsform, sie gestattet den Gesellschaftern genügend Entwicklungsmöglichkeiten und vor allem ein hohes Maß an Sicherheit. In dieser Hin-*



*sicht ist die e. G. anderen Eigentumsformen zweifellos überlegen. Die e. G. waren und sind vor allem für die Mitglieder der ehemaligen LPG attraktiv und gegenwärtig bewirtschaften eingetragene Genossenschaften im Burgenlandkreis 22,3 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche.*

*Wir sind nicht für das gegenseitige Ausspielen von konventionellem Landbau und alternativem ( ökologischem) Landbau. Nach unserer Meinung kann den ökologischen Landbau nur in dem Maß ausdehnen, wie die Bevölkerung bereit ist, dessen viel teurere Erzeugnisse zu kaufen und wie auch der ökologische Landbau die ausreichende Ernährung für alle Menschen sicherstellt. Da im ökologischen Landbau erheblich geringere Erträge erzielt werden, ist er zweifellos nicht zur Bekämpfung des Hungers und der Ernährung der Weltbevölkerung geeignet.*

*Wir akzeptieren die Vorschläge für eine tiergerechte Haltung der Rinder, Schweine, Schafe und Hühner. Das heißt jedoch nicht, dass wir gegen große Tierbestände sind. Es besteht überhaupt kein negativer Zusammenhang von ordnungsgemäßer Tierhaltung und großen Beständen. Im Gegenteil, in modernen großen Anlagen lassen sich im Allgemeinen die Tiere gesünder, rationeller und erfolgreicher halten.*

*Richtig ist, dass die weiten Tiertransporte eingeschränkt werden sollen. Regionale Stoffkreisläufe sind auch ein Weg, unzumutbare und teure und weite Viehtransporte zu reduzieren.*

*Wir sind für einen optimalen Verbraucherschutz.*

Am 9.3.2001 begann im Burgenlandkreis die Aktion „Willkommen an Bord“. In ihrem Verlauf wurden 22 neue Mitglieder aufgenommen.

Einen Höhepunkt im Wirken des Kreisverbandes stellte das Pressefest zum zehnjährigen Bestehen der PDS-Zeitung im Burgenlandkreis am 28.4.2001 dar. Es erschien in einem Sonderdruck eine Festaussgabe des KURIER mit der Wiedergabe politischer Höhepunkte aus dem zurückliegenden Jahrzehnt. Eingeleitet wurde diese Ausgabe mit der folgenden „Feststellung“ von Johannes Konopka:

*Die Härte des Alltags zwingt zwar zum HARTSEIN,  
doch das GUTSEIN zwingt – wie das Wasser – den Stein.  
Und FREUDE ist Schutzschild wider die Öde,  
die oft die Herzen und Hirne bedrängt.  
Freundschaft und Liebe: Sie dürfen nicht sterben.  
Der Sinn uns 'res Lebens, er wäre dahin.*

Solidarische Grüße und gute Wünsche sandte uns Roland Claus, PDS-Fraktionsvorsitzender im Bundestag. Im Foyer des Theaters Zeitz wurde eine

Ausstellung „10 Jahre PDS-Kurier im Burgenlandkreis“ gezeigt. Ihr Anliegen bestand in Folgendem:

*Mit ihren Exponaten sollte sie den Besuchern zeigen, dass die PDS mit ihren Publikationen des Kreis- und Landesverbandes sowie der Bundestagsfraktion, der Landtags-, Kreistags- und Stadtfraktionen ihre politischen und sozialen Sachverhalte öffentlich macht.*

*Innerhalb des Burgenlandkreises und davor des eigenständigen Kreises Zeitz sollte nachgewiesen werden, dass sich der Kreisvorstand der PDS seit 1990 zu historischen und gesellschaftlichen Anlässen in öffentlichen Veranstaltungen (Foren, Podiumsgespräche, Kundgebungen, Ehrungen u. a.) den Teilnehmern zur Diskussion über die Vergangenheit der SED, der DDR, aber zugleich auch der Probleme der aktuellen Politik in der Region, der BRD, der EU und der Welt stellte und stellt.*

*Die Ausstellung sollte dem Besucher bewusst machen, dass die PDS sowohl Interessenvertreter der jungen Generation, der Senioren, der Arbeitnehmer, der Arbeitslosen, aber auch der Bauernschaft und der Gewerbetreibenden, Handwerker und Mittelständler ist und deren Anliegen entsprechend ihren derzeitigen Möglichkeiten parlamentarisch und außerparlamentarisch vertritt.*

Es wurden PDS-Presseerzeugnisse, Fotos, Poster, Wahlprogramme, Bücher und Arbeiten der Geschichtskommission sowie der Arbeitsgruppe LISA gezeigt und PDS-Abgeordnete vorgestellt. Es wurde ein unterhaltsames Kulturprogramm aufgeführt.

*In einem Leserbrief schrieb Brigitte Gentsch zu diesem Pressefest. Es war einfach ganz große Klasse! Den Freunden, Sympathisanten und Genossen wurde hier ca. drei Stunden ein wunderbares Programm geboten. Es war für jeden Geschmack etwas dabei: Kabarett, Bauchtanz, sportliche Darbietungen, die Tanzgirls und die Tanzmäuse, Travestie-Show und die Dixieland-Combo des Theaters Zeitz. Allen großen Dank, die uns diesen wunderbaren Nachmittag erleben ließen.*

*Im Foyer gab es eine Ausstellung, die veranschaulichte, was in den 10 Jahren geleistet wurde, ein Stück PDS-Geschichte, was sich sehen lassen kann. Der PDS-Kurier machte es in den vergangenen zehn Jahren möglich, den Sympathisanten und Genossen alle vier Wochen das Neueste über die Arbeit der PDS, vor allem der Stadtfraktion und dem Kreistag, mitzuteilen. Deshalb hier auch einen Dank an die vielen Helfer, die den PDS-Kurier gestalten. Macht weiter so! Ein Dank auch an den Stand vom ND mit den vielen interessanten Büchern und den Stand von der Lisa-Frauenarbeitsgemeinschaft in der PDS, der Kantine des*

*Theaters, die für das leibliche Wohl sorgte. Dank den Gästen, die Rede und Antwort standen, unter ihnen das Mitglied des Bundesvorstandes Diether Dehm, der uns mit Darbietungen von Brecht überraschte. Und nicht zu vergessen Horst Denk, der durch das Programm führte und das ganz professionell über die Bühne brachte,*

Bei den Bürgermeisterwahlen am 6.5.2001 wurde Edgar Reichel in Meineweh neu gewählt, Ria Theil wurde in Droyßig und Olaf Schumann in Wetzendorf wiedergewählt. Dr. Frank Thiel belegte bei der Landratswahl den 3. Platz. Kreisvorstand, Kreistagsfraktion und Stadtfraktion Zeitz schätzten in einer Presserklärung die Wahlergebnisse dieses Tages folgendermaßen ein:

Die PDS hatte gute Kandidaten. Mit Dr. Frank Thiel als Landratskandidat war es der PDS möglich, im Verlaufe des Wahlkampfes eine Reihe akzeptabler Politikangebote den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln. Einige von Dr. Thiel in den Veranstaltungen dargestellte Positionen zur Veränderung bisheriger Kreispolitik, so z. B. auf den Gebieten der Kreisgebietsreform, der Verschlinkung der Verwaltung bei gleichzeitiger Steigerung der Effektivität und bei der Überwindung regionalen Denkens, wurden später auch von einigen anderen Kandidaten aufgenommen. Es sei hier ausdrücklich daran erinnert, dass bei der Vorstellung aller Kandidaten in Naumburg Herr Lüth darauf verwies, dass Dr. Thiel als ein Beweis für die Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsplätzen steht.

Die Auswertung der Wahlergebnisse sagte aus, dass Dr. Thiel vor allem an seinem mangelnden Bekanntheitsgrad, insbesondere im Bereich Nebra und zum Teil auch in Naumburg, gescheitert ist. Dagegen erreichte er im Raum Zeitz und besonders in der Stadt selbst Ergebnisse, die sogar über denen des SPD-Kandidaten lagen. Diese Ergebnisse betragen rund 61 Prozent aller erhaltenen Stimmen. – Ebenfalls achtbare Ergebnisse erreichten unsere Bürgermeisterkandidatinnen und –kandidaten.

In Reinsdorf und Kayna fehlten uns nur 15 bzw. 23 Stimmen, um in die Stichwahlen zu kommen. In Kayna, ein Ort, in dem seit Jahren eine CDU-Bundestagsabgeordnete dominiert, erhielt unser Kandidat 35 Prozent der Stimmen.

Alle diese Ergebnisse veranlassten uns, davon auszugehen, dass unsere politische Arbeit der Vergangenheit viele Bürgerinnen und Bürger davon überzeugt hat, dass soziale Gerechtigkeit, Solidarität und Gleichstellung vor allem mit der PDS erreichbar sind.

Die Entscheidung, in der Stadt Zeitz die Wiederwahl von Dieter Kmietyk zu unterstützen, war richtig und folglich auch erfolgreich. Das traf auch zu, bei der

Stichwahl den SPD-Kandidaten Harry Reiche zu unterstützen. Wir gratulierten beiden zu ihrer Wahl.

Mit diesem Wahlergebnis verbanden wir vor allem zwei Hoffnungen. Auf Kreisebene sollte es nun besser möglich sein, neue und notwendige Projekte anzugehen. Dabei unterstütze die PDS alles, was auch unseren Grundgedanken nach sozialer Gerechtigkeit, Schaffung von Arbeitsplätzen, Zukunft für die Jugend und der längst fälligen Gleichstellung der Menschen im Osten Deutschlands entspricht.

In der Stadt hätte es möglich werden müssen, eine sachliche und produktive Zusammenarbeit von Verwaltung und Stadtrat herzustellen. In den Fraktionen war zu bedenken, dass 2003 weitere Kommunalwahlen stattfinden.

Der Tradition folgend, anlässlich des Internationalen Kindertages Kinderfeste zu veranstalten, fand am 10. 6. 2001 in Naumburg am Auenblick wiederum eine solche von der PDS organisierte erfolgreiche Veranstaltung statt.

2001 spitzte sich die Krise um das Theater Zeitz weiter zu. Thomas Illgen äußerte sich dazu ausführlich in der Juliausgabe des KURIER:

*Das Theater Zeitz e. V. gibt es seit 1993. Damals gab es einen Beschluss von drei Geldgebern, das Theater mit 50 Angestellten zu finanzieren. Dabei entfielen auf das Land Sachsen-Anhalt 1,5 Millionen DM, auf den Burgenlandkreis 1 Million DM und auf die Stadt Zeitz 0,8 Millionen DM. Seit 1994 verringerten alle drei Geldgeber ihre Zuschüsse. Das Land Sachsen-Anhalt kürzte auf 1,3 Millionen DM, der Burgenlandkreis auf 0,9 Millionen DM und die Stadt Zeitz um 144.000 DM (Miete). Doch das Theater lief weiter, da durch eine Anschubfinanzierung durch das Land eine Rücklage gebildet werden konnte, die Ende 2000 aber aufgebraucht war. In diesem Jahr machte sich der fehlende Geldbetrag bemerkbar. Das Geld reicht nicht aus, um das Theater über Wasser zu halten. Es entsteht eine Deckungslücke von 400.000 DM. Das ist genau der Differenzbetrag der Kürzungen eines Jahres.*

*Vernünftig wäre, dass der finanzielle Zustand von 1993 wieder hergestellt würde. Da machen aber die Geldgeber nicht mit. Also musste ein neues Konzept her mit weniger Mitarbeitern, weil Sparmaßnahmen nur beim Personal unternommen werden könnten (?!). Dieses Konzept hält nur noch 35 Angestellte, weil nicht mehr bezahlbar sind. Diese sollten dann dieselbe Arbeit wie 50 Angestellte machen, bei gleicher Qualität und Quantität. Um die zu entlassenden Angestellten sozial abzufangen wurden Strukturanpassungsmaßnahmen (SAM) vom Theater Zeitz e. V. beantragt.*

*Diese sind aber vom Arbeitsamt nicht genehmigt worden, da auf der einen Seite kündigungsgeschützte Angestellte für das Arbeitsamt nicht relevant sind und diese sogar ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld verlieren, wenn diese nicht ihren Kündigungsschutz einklagen, auf der anderen Seite die gekündigten Personen die Ausgangsvoraussetzung einer SAM nicht haben und dass die Aussicht auf eine Arbeit an diesem Theater oder einem anderen in Frage gestellt ist. Jeder von denen muss in einen anderen Beruf umgeschult werden (Altersgrenze für Vorsprechen und Probespiel 34 Jahre).*

*Für eine rechtlich ordnungsgemäße Umsetzung des Konzeptes würde noch ein Jahr benötigt. Also fehlt für dieses Jahr eine Deckungslücke von 400.000 DM. Darüber hat noch keiner entschieden... Der Burgenlandkreis hat signalisiert, dass er seine Zuschüsse nicht bereitstellt, da ein Kreistagsbeschluss zur Bewilligung der Mittel für den Theater Zeitz e. V. existiert, wo der Kreis sich Mitspracherecht einräumt bei der Besetzung der Intendantenstelle und der Verwaltungsleiterstelle.*

*Heute bestimmt das Geld die Besetzung und morgen den Inhalt. Egal, von welcher Seite man die Sache betrachtet, es sieht schlecht aus für unser Theater...*

*Dabei haben wir es geschafft, das Konzept von 1993 umzusetzen und einen Spielplan für die Stadt Zeitz, den Burgenlandkreis und das Land Sachsen-Anhalt vorzuhalten. Das Theater bewegt sich konzeptionell in Richtung Kinder- und Jugendtheater...*

*Für mich bestand die Hoffnung, dass der Umzug in die neue Spielstätte Capitol unsere Situation verbessert. Aber so weit wird es nicht kommen... Das Theater wird am Jahresende nicht mehr existieren.*

Nach zweijähriger beharrlicher Tätigkeit wurde der OWUS , Sektion Burgenlandkreis in die Beschäftigungsinitiative „Pakt für Arbeit“ aufgenommen. Am 21.6. und 17.7.2001 traf sich die AG Programmdiskussion der PDS des Burgenlandkreises zu neuerlichen Beratungen. Gegenstand war der Umgang mit dem am 27.4.2001 veröffentlichten Entwurf des Bundesvorstandes. Die AG hatte sich die Aufgabe gestellt, bis zum Herbst d. J. ihre Position zum Programmwurf dem Bundesvorstand zu übermitteln und den Basisorganisationen eine Handreichung zu übergeben. Diese Handreichung sollte die Mitglieder und Sympathisanten zur Meinungsbildung über die Programmatik der PDS anregen.

Mit Beschluss vom 11.8.2001 wurden die Basisorganisationen Freyburg und Gleina zu einer Basisorganisation zusammengeschlossen.

In der Septemбераusgabe des KURIER wurde der umfangreiche Brief der Parteivorsitzenden Gabi Zimmer an die Mitglieder zur komplizierten Situation innerhalb der PDS und zur grundsätzlichen und aktuellen Politik der PDS veröffentlicht. Er bildete in der Folgezeit den hauptsächlichen Gegenstand der Aussprachen in den Basisorganisationen.

Zum Anschlag vom 11. September 2001 auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington führte der Vorsitzende der PDS-Fraktion, Roland Claus, im Deutschen Bundestag am 12.9. u. a. aus:

*Alle Worte erscheinen zu schwach, das Ausmaß dieses kriegerterroristischen Anschlages zu erfassen. Ohnmacht, Wut und Trauer verbinden Europa und Amerika.*

*Wir empfinden tiefes Mitgefühl und Solidarität mit den Bürgerinnen und Bürgern der Vereinigten Staaten und mit den politisch Verantwortlichen in den USA. Wir bemühen uns, ihr Entsetzen zu verstehen. Ich sage dies für eine demokratisch-sozialistische Linke in Deutschland, die sich bekanntlich oftmals kritisch zur Politik der USA verhält, die aber diese Kritik weder heute noch früher als Anti-Amerikanismus verstanden hat. Nichts, absolut nichts rechtfertigt den kriegerischen Akt einer noch anonymen Macht. Es ist ein Anschlag auf die zivile Gesellschaft, auf Kultur, auf Humanität. Er hat das Herz nicht nur der amerikanischen, sondern auch der Weltgesellschaft getroffen...*

*Wir ahnen, dass der gestrige Tag eine tiefe Zäsur im Sicherheitsdenken der letzten Jahrzehnte ist, gingen doch so viele davon aus, dass eine Sicherheit gegen alle Unwägbarkeiten möglich ist. Heute wissen wir: Sie ist nicht möglich. Nachzudenken über Sicherheit, die menschenmöglich ist und dabei menschlich bleibt, über eine Sicherheit, die freiheitlich ist und auf Ausgleich bedacht - das ist das Gebot der Stunde...Amerika hat diese Solidarität über Parteigrenzen hinweg jetzt nötig. Amerika soll wissen: Über alle politischen Differenzen hinweg wird es diese Solidarität auch geben.*

Die Teilnehmer einer öffentlichen Veranstaltung der PDS in Naumburg gaben am 20.9.2001 folgende Erklärung ab:

*Wir verurteilen die terroristischen Anschläge vom 11. September in den USA ganz entschieden. Wir gedenken der Opfer und bekunden unsere Solidarität mit den Hinterbliebenen.*

*Zugleich sprechen wir unsere Befürchtung aus, dass militärisches Reagieren der NATO auf diese Terrorakte eine Spirale der Gewalt in Gang setzen und immer wieder unschuldige Opfer in der Welt fordern würde.*

*Deshalb mahnen wir zur Besonnenheit. Die Menschheit braucht Frieden. Das schließt ein, allen Völkern und ihren Kulturen Achtung entgegen zu bringen und auf keinen Fall diejenigen Länder, in denen die terroristischen Gruppen oder ihre Hintermänner sich aufhalten oder vermutet werden, mit den Völkern pauschal gleichzusetzen.*

*Frieden auf Dauer zu erhalten oder zu schaffen macht es aber auch notwendig, dass die Regierungen und Parlamente der einflussreichsten Länder eine Antwort darauf geben, wie die Ungerechtigkeiten in der Welt, die Unterschiede zwischen armen und reichen Ländern, beseitigt werden sollen, um dem Terrorismus in den Konfliktzonen den Boden zu entziehen und Frieden im Alltag als wichtigstes Gut erlebbar zu machen.*

*Wir begrüßen, dass die Thematik des Parteitages der PDS, der für Anfang Oktober nach Dresden einberufen wurde, aufgrund der aktuellen Ereignisse geändert wurde und jetzt nach dem Motto „Frieden! Gerechtigkeit weltweit!“ stattfinden wird.*

Zum Beschluss des NATO-Rates mit Zustimmung der deutschen Bundesregierung über den Bündnis- und Beistandsfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrages erklärten Parteivorsitzende Gabi Zimmer und Fraktionsvorsitzender Roland Claus u. a.:

*Der Beschluss ist...rechtlich fragwürdig, vor allem aber politisch eher eskalierend statt deeskalierend. Es darf auf keinen Fall Gegenschläge geben, denen Unschuldige zum Opfer fallen. Frieden muss neu erkämpft, nicht aber eine Spirale von Gegengewalt und erneuter Gewalt geöffnet werden. Die Schuldigen an dem entsetzlichen, verbrecherischen Anschlag in den USA sind weltweit zu ächten. Es darf keinen weiteren Unschuldigen mehr treffen.*

*Der Schock durch die Bilder des Grauens sitzt in uns tief. Wie viel schlimmer muss es jene getroffen haben, die durch den Anschlag verletzt wurden, die Angehörige und Freunde verloren haben. Sie erwarten zu Recht, dass die Schuldigen gefunden und bestraft werden, nicht jedoch, dass durch eine Eskalation weitere Unschuldige zu Opfern werden.*

Mit der VertreterInnenversammlung am 20.10.2001 trat die PDS im Süden Sachsen-Anhalts in die erste Etappe der Vorbereitungen für die Landtagswahlen 2003 ein. 63 Delegierte aus 27 Basisorganisationen der Kreisverbände Burgenlandkreis und Weißenfels/Hohenmölsen waren nach Zeitz in das Hotel „Drei Schwäne“ eingeladen worden, um die KandidatInnen für die Landtagswahl am 21. April 2002 für die Wahlkreise 46 (Nebra), 47 (Zeitz) und 48 (Naumburg) zu wählen. Gleichzeitig war vorgesehen, dass sich auch die BewerberInnen für ein



Landtagsmandat über die Landesliste der PDS den Vertretern der Basisorganisationen vorstellen sollten.

Der Regionalgeschäftsführer und Fraktionsvorsitzende der Kreistagsfraktion Weißenfels, Gunter Schneider, ging in seiner Eröffnungsrede auf die problematische politische Weltlage ein. Der Terroranschlag auf die Wahrzeichen von New York hat die Weltlage weitgehend destabilisiert und eine Welle von militärischen Aktionen ausgelöst. Dabei haben sich die USA des Beistands ihrer Bündnispartner bedient und damit auch die BRD in diese militärischen Einsätze im Nahen Osten einbezogen...

Die PDS hat sich eindeutig zur Verurteilung von Terror und Gewalt ausgesprochen. Sie hat ihre Anteilnahme mit den unschuldigen Opfern dieses Anschlages ausgesprochen und die Bestrafung der Schuldigen gefordert.

Danach stellten sich die Bewerber für ein Direktmandat (Wahlkreisvorschlag) zu den Landtagswahlen vor. Für den Wahlkreis 46 bewarb sich der Diplommediziner Dieter Kowalski. Er ist Mitglied des Gemeinderates in Karsdorf und Vorsitzender des Sozialausschusses des Kreistages Burgenlandkreis. Seine Kandidatur wurde von mehreren Delegierten unterstützt und ihm eine hohe Fachkompetenz bescheinigt. Für seine Bewerbung sprachen sich alle anwesenden Delegierten aus.

Für den Wahlkreis 47 kandidierte wiederum die Bürgermeisterin von Droyßig, Ria Theil. Auch sie erhielt viel Unterstützung für ihre Bewerbung und Beifall für ihre bisher engagierte Tätigkeit im Landtag. 19 von 20 Delegierten gaben ihr ihre Stimme.

Für den Wahlkreis 48 bewarb sich Roland Ködel. Er fungierte als PDS-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat von Naumburg. Seine Fachkompetenz resultierte vor allem aus seiner früheren Tätigkeit im Arbeitslosenverband in Naumburg. Er erhielt das Vertrauen aller anwesenden Delegierten.

Auch die Bewerbung von Dr. Frank Thiel aus Nißma für einen Listenplatz wurde mit viel Beifall aufgenommen.

Die Mobilisierung aller Genossinnen und Genossen für die Wahlkämpfe war auch ein Anliegen der Kreisdelegiertenkonferenz am 8.12.2001 in Bad Kösen. Diese Konferenz war notwendig geworden, weil die Wahlperiode des Kreisvorstandes und anderer Gremien abgelaufen war und deshalb Neuwahlen durchgeführt werden mussten.

Stimmungsvoller Auftakt der Konferenz war der Auftritt des Violinquartetts des Theaters Zeit. Der Naumburger Lyriker Johannes Konopka rezitierte sein Gedicht „Freiheit“ und überbrachte Grüße der Interessenvereinigung der Verfolgten

des Naziregimes. Interessiert nahmen die 43 Delegierten und 13 Gäste, zu denen die Landesvorsitzende der PDS, Dr. Rosemarie Hein, der Fraktionsgeschäftsführer der PDS-Fraktion im Landtag, Rüdiger Ettinghausen, und Ria Theil (MdL) gehörten, zur Kenntnis, dass es gelungen war, seit dem 13. September drei neue Mitglieder im Alter von 18 bis 24 Jahren aufzunehmen.

In den Berichten des Kreisvorstandes und der Kreistagsfraktion, die jeweils von den Vorsitzenden abgegeben wurde, konnte insgesamt eine positive Bilanz gezogen werden. Der Bericht des Kreisvorstandes, der sich auch mit einigen Problemen der gegenwärtigen politischen Situation in Deutschland und dem weltpolitischen Geschehen auseinandersetzte, wurde auf Wunsch vieler Delegierter den Basisorganisationen zugestellt.

In der Diskussion sprach die Landesvorsitzende Genossin Hein insbesondere zur politischen Lage in Sachsen-Anhalt. Zur derzeitigen Lage im Landtag sagte sie, dass die Kritik an der SPD kein Rückzug aus der Verantwortung als Tolerierungspartner bedeute. Es ginge vielmehr darum, deutlich zu machen, dass ohne die PDS im Landtag vieles nicht erreicht worden wäre... Das sei auch durch die SPD anzuerkennen und zu würdigen. Unverändert stehe die PDS zu dem Parteibeschluss, bei entsprechendem Wahlergebnis im April 2002 auch Regierungsverantwortung zu übernehmen. Dabei sei sich die PDS der damit verbundenen Risiken und Probleme durchaus bewusst.

Zur Wahl des Vorsitzenden des Kreisvorstandes war leider eine „Wachablösung“ noch nicht möglich. So wurde Horst Denk nochmals in diese Funktion gewählt. Ihm zur Seite standen kompetente und erfahrene Genossinnen und Genossen: Dr. Wolfgang Süß (MdL) aus Naumburg, Dr. Frank Thiel aus Nißma, Renate Eckert aus Goßra, Margot Diers aus Nebra, Norbert Laumert aus Naumburg, Horst Brandner aus Profen. – In die Kreisschiedskommission wurden Lothar Gentsch, Heinz Fricke und Joachim Pauli, in die Finanzrevisionskommission Joachim Bachnik, Adelheid Fleichhauer und Dieter Grosch gewählt. – Im Landesparteirat wird der Kreisverband durch Edith Zemlin und Horst Brandner vertreten.

Der neu gewählte Kreisvorstand verständigte sich auf seiner ersten Beratung am 18.12.2001 zu den Schwerpunkten der politischen Arbeit bis zu den Bundestagswahlen im September 2002.

Am 14.12.2001 wurden an Infoständen auf dem Zeitzer Rossmarkt 60 Unterschriften gegen den Einsatz deutscher Soldaten in Afghanistan gesammelt. Als ein Bestandteil des Kampfes gegen rechtsextremistische Tendenzen im Burgenlandkreis befasste sich der Kreisvorstand mit dem Thema Saalecker Werkstätten.

Das Jahr 2002 stand wesentlich im Zeichen der Landtagswahlen am 21.4. und der Bundestagswahlen am 22.9.2002. Die Veranstaltungen zur Kandidatenaufstellung waren vorzubereiten. Am 2.3.2002 fiel der Startschuss zur Vorbereitung der Bundestagswahlen. Gemäß dem Bundestagswahlgesetz setzte sich der Wahlkreis 74 – Burgenland – zusammen aus dem Burgenlandkreis, dem Landkreis Weißenfels und einem Teil des Landkreises Merseburg/Querfurt (Gemeinde Leuna sowie den Verwaltungsgemeinschaften Bad Dürrenberg, Kötzschau, Saale-Elster-Aue und Unteres Geiseltal).

Auf einer VertreterInnenversammlung, zusammengesetzt aus gewählten Genossen und Genossen der Kreisverbände Burgenlandkreis, Weißenfels/Hohemölsen und Merseburg/Querfurt (30, 24 bzw. 7 Delegierte), erfolgte die Wahl der DirektkandidatInnen.

Die VertreterInnenversammlung zur Wahl der Landesliste (Landeswahlvorschläge) fand am 23.2.2002 in Magdeburg statt. Hier wurden 12 Kandidaten aufgestellt, an der Spitze Roland Claus und Petra Bläss.

Aktiv setzte sich der Kreisvorstand für ein erfolgreiches Umsetzen der Agenda 21 im Burgenlandkreis ein, namentlich durch das Wirken im entsprechenden Kreisausschuss.

In der Märzausgabe des KURIER wurde ein Beitrag aus der „Bauernzeitung“ abgedruckt, in dem ausführlich über den Rapsanbau im Rehmsdorfer Landwirtschaftsbetrieb berichtet wurde. Dieser Betrieb deckt ein Drittel seines Kraftstoffbedarfs mit naturbelassenem Rapsöl und setzt den bei Kaltverpressung anfallenden Rapskuchen alternativ zum Sojaschrot in der Rinderfütterung ein.

Am 5.3.2002 weilte die stellvertretende Vorsitzende der PDS und stellvertretende Vorsitzende der PDS-Bundestagsfraktion, Petra Pau, im Rahmen des Landtagswahlkampfes in Sachsen-Anhalt in Zeitz und Droyßig. Von 1979 bis 1983 hatte die Berlinerin das ehemalige Zentralinstitut der Pionierorganisation in Droyßig besucht und war nach ihrem Einsatz als Pionierleiterin bis zum Ende der DDR beim Zentralrat der FDJ in der Abteilung Junge Pioniere tätig.

Nach erfolgreicher parlamentarischer Arbeit in einem Berliner Stadtbezirk und als PDS-Landesvorsitzende gewann sie bei den Bundestagswahlen 1998 das Direktmandat in Berlin-Mitte, im Stadtbezirk mit dem Regierungsviertel, und zwar gegen Wolfgang Thierse, Marianne Birthler und Günter Nooke.

Gemeinsam mit der Landtagsabgeordneten Ria Theil stattete sie dem Polizeirevier in Zeitz einen Besuch ab und führte mit Revierleiter Rüdiger Burmeister ein angeregtes, konstruktives Gespräch. Im Mittelpunkt sahen die Gesprächspartner weniger die Repression, sondern mehr die Vorbeugung von Straftaten, vor allem

über die Schaffung von Arbeitsplätzen und soziale Bindung. Gesprächsgegenstand bildeten auch der Zivil- und Katastrophenschutz.

Besonders berührt war Petra Pau vom Besuch ihrer einstigen Ausbildungsstätte, dem jetzigen Christophorus-Gymnasium, wobei sie von Ria Theil und Brigitte Schneider begleitet wurde. Angenehm beeindruckt war die Bundestagsabgeordnete von dem Gespräch mit dem Schulleiter Burkhard Schmitt und dem Bildungsangebot der Schule, die sich ihrer Meinung nach in guten Händen befindet. Es habe sich viel in Droyßig positiv verändert, so entwickelt sich der Ort als ein Standort der Bildung von der Kindertagesstätte bis zum Gymnasium, und mit dem Umbau des einstigen so genannten Bettenhauses zu einem Heim für altersgerechtes Wohnen sei eine gute Lösung herbeigeführt worden.

Den Abschluss des Arbeitsbesuches von Petra Pau bildete ein abendliches Forum im Kaminzimmer des Droyßiger Schlosses, geleitet von der Bürgermeisterin Ria Theil, die die zahlreich erschienenen Gäste begrüßte. In ihrer lebendigen, ungekünstelten, schnörkellosen Art gab Petra Pau eine kurze Übersicht über ihre Biografie von der Droyßiger Studentenzeit bis zu ihrer gegenwärtigen umfangreichen und verantwortungsvollen Tätigkeit und informierte über die Besuchseindrücke dieses Tages in Zeitz und Droyßig. Dann beantwortete sie konkret und zielgerichtet zahlreiche Fragen.

Das bisherige Magdeburger Regierungsmodell habe sich erschöpft, sei nach dem 21. April nicht mehr fortsetzbar. Mit zu regieren erfordere das gründlich durchdachte Eingehen von Kompromissen. Dabei darf allerdings nicht das Gesicht der PDS unerkennbar werden. Das Wahrnehmen von Regierungsverantwortung muss dazu führen, ein Stück der Ziele der PDS umzusetzen. Ansonsten muss die PDS eine wirkungsvolle konstruktive Opposition betreiben, um auf diese Weise Druck auf die Regierenden auszuüben in dem Sinne, über die parlamentarische Arbeit eine höchstmögliche Wirksamkeit zu bewerkstelligen. In jedem Fall brauchen wir eine hohe Anzahl von Wählerstimmen für unsere kompetenten Kandidaten.

Die Eindämmung der Massenarbeitslosigkeit und die Abwanderung vor allem junger Leute aus Sachsen-Anhalt erfordert die Schaffung eines öffentlichen Beschäftigungssektors (ABM und SAM), hauptsächlich jedoch eine neue Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Zu dieser Thematik äußerte sich der Landtagskandidat Dr. Frank Thiel.

Der Kreisvorsitzende Horst Denk gab unserem Gast den PeDSi, unser mittlerweile landesweit bekannt gewordenes Maskottchen, mit auf den Weg, auf dem Petra Pau natürlich auch der Droyßiger Bär begleitet.

In der Aprilausgabe des KURIER wurde Michael Blöth als Direktkandidat für die Bundestagswahl vorgestellt.

Hohe Wellen schlugen in jenen Wochen die besorgten Diskussionen um die sich immer stärker abzeichnende Schließung des Theaters Zeitz, wofür die CDU-Kreistagsfraktion den Vorreiter stellte.

Im April 2002 erschien in der Schriftenreihe des Kreisverbandes zur politischen Bildung das Heft mit dem Titel „Die deutsche Nation und die Linksozialisten – Zum Standort der PDS“.

Bei den Landtagswahlen, die zur Bildung einer CDU/FDP-Regierung in Sachsen-Anhalt unter Ministerpräsident Prof. Böhmer führten, konnte die PDS erstmals einen Anteil von reichlich 20 Prozent der Wählerstimmen erreichen, und zwar mit den Spitzenkandidaten Petra Sitte und Rosemarie Hein.

Dietmar Bartsch, PDS-Bundesgeschäftsführer, führte zu diesem Wahlergebnis u. a. aus:

*Mich hat besonders gefreut, dass die PDS bei den Wahlanalysen als die Partei genannt wird, die in dem Kompetenzfeld „soziale Gerechtigkeit“ am besten von allen eingeschätzt wird. Das ist für uns ein Erfolg. Wir haben in dem Wahlkampf Entschlossenheit und Selbstbewusstsein gezeigt. Wir sind nicht in den Negativtrend der SPD mit einbezogen worden.*

*Natürlich erfüllt es uns nicht mit Freude, dass es in Sachsen-Anhalt eine CDU/FDP-Koalition geben wird. Das ist nicht nur für den Bundesrat, sondern für Ostdeutschland insgesamt keine positive Entscheidung. Ich will aber auch darauf verweisen, dass die FDP nunmehr in einem ostdeutschen Bundesland im Landtag vertreten ist, in allen anderen ostdeutschen Flächenländern nicht. Guido Westerwelles These von der FDP als gesamtdeutsche Partei ist dann doch heftig übertrieben. Wir wollen einmal sehen, wie das in anderen Bundesländern ausgeht.*

*Nachdenklich macht uns die niedrige Wahlbeteiligung in Sachsen-Anhalt. Das ist ein Problem für alle politischen Parteien und darüber hinaus. Wir müssen wirklich tiefer über dieses Problem nicht nur reden, sondern dazu kommen, dass Bürgerinnen und Bürger in der Politik zumindest Lösungsmöglichkeiten sehen. Die Alternativen müssen klarer werden. Da sind wir als PDS gefordert.*

Es konnte eingeschätzt werden, dass sich der Kreisverband Burgenlandkreis im Gefolge der Landtagswahl stabilisiert hat. Obwohl im Sog des Landestrends in allen drei Wahlkreisen die Direktmandate an die CDU gingen, konnte sich die PDS auf allen Gebieten weiter steigern. Erstmals ist der Kreisverband mit zwei

Abgeordneten im Landesparlament vertreten. Alle drei Direktkandidaten erreichten Platz 2 und verhalfen der PDS auch in der Zweitstimme zu einer Steigerung gegenüber 1998 von 19,8 auf 20,3 Prozent. Damit hatten wir nicht nur unser Wahlziel erreicht, sondern auch zwei weitere noch nie erreichte Ergebnisse.

Im Industriepark Zeitz wurde in der Zeit vom 31.5. bis 2.6. die Elsterschau 2002 veranstaltet. Rund 130 Aussteller, vorwiegend Betriebe und Händler aus der Region, nutzten die von der GmbH Zwickau und Gastgeber Zeitzer Standortgesellschaft organisierte Messe, sich Tausenden von Besuchern vorzustellen. Und wir waren dabei.

Dank der Spendenbereitschaft von Kreisvorstand, Kreistagsfraktion und Kreiswahlbüro konnten wir das überaus großzügige Angebot der Messeleitung nutzen. Dazu kamen der günstige Standort und das noch günstigere Wetter. So konnten wir an drei Tagen die Politik der PDS öffentlich machen. Die Mitglieder der Geschichtskommission hatten sehr nützliches Material zur Friedenspolitik der PDS ausstellungsreif erarbeitet.

Viel Interesse erweckte auch der zweite Tag, an dem wir die Strukturen der PDS und die wesentlichsten Politikfelder vorstellten.

Am dritten Tag gab es viele erstaunte Gesichter und Fragen, als wir den Wirtschaftsverband OWUS und die Wirtschaftspolitik der PDS vorstellten. Wir konnten einige Kontakte zu Betrieben und Vereinen knüpfen.

Am 22.6.2002 fand in Nebra eine Klausurtagung zur Kommunalpolitik statt.

PDS-Kreisvorstand und PDS-Kreistagsfraktion luden zur 3. Agrarpolitischen Konferenz ein, die am 16.7.2002 wiederum in Kleinjena stattfand. Dazu konnte Dr. Artur Spengler Abgeordnete verschiedener Ebenen, Kommunalpolitiker, Verbandsfunktionäre und Landwirte nicht nur aus dem Burgenlandkreis, sondern auch aus den Kreisen Weißenfels und Merseburg/Querfurt begrüßen.

Bereits im Hauptreferat „Wie weiter in der gemeinsamen Agrarpolitik?“ rückte Christel Fiebinger, Mitglied des Europa-Parlaments, die besonders die ostdeutschen Bauern bedrohende existenzielle Problematik in den Mittelpunkt der Konferenz, wie sie aus dem Konzept des EU-Kommissars für Landwirtschaft Fischer resultiert.

Dr. Jürgen Heinrich von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg untermauerte detailliert und überzeugend anhand gründlicher Recherchen die ökonomischen und sozialen Auswirkungen von Fischlers Reformprogramm, das 2003 in Kraft treten sollte. Dabei arbeitete er die konkreten Folgen für die unterschiedlichen Größen und Arten der landwirtschaftlichen Betriebe heraus und



43. / 44. Anlässlich des 80. Jahrestages des Kapp-Putsches fanden in Naumburg und Bad Kösen Ehrungen und Kranzniederlegungen für die Opfer statt.







45. Die Landtagsabgeordnete Ria Theil, der Kreisvorsitzende Horst Denk und weitere Genossinnen und Genossen am Stand anlässlich der 1. Naumburger Regionalmesse

46. Gregor Gysi spricht im benachbarten Meuselwitz zu den Wählern anlässlich der Bürgermeisterwahl im Jahr 2000





47. / 48. Mitglieder der AG Lisa, u.a. Karin Denk, Edith Zemlin und Irene Bachnik, nehmen mit Zehntausenden Frauen der ganzen Welt am Weltmarsch in Brüssel teil.







49. / 50. Wir feiern in Magdeburg mit dem Landesverband Sachsen-Anhalt sein zehnjähriges Bestehen. Ehrengast und gefragter Gesprächspartner war Radweltmeister Täve Schur.





51. Pressefest des Kreisverbandes der PDS anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Kreiszeitung „Kurier“ im Theater Zeitz. Die folgenden Bilder zeigen die Ehrengäste Dieter Dehm, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS, Oberbürgermeister Dieter Kmieczyk, den Landratskandidaten des Kreisverbandes Dr. Frank Thiel sowie Ausschnitte der umfangreichen Ausstellung und Ausschnitte aus dem Kulturprogramm

52. Auch der 1. Mai steht am Stand der PDS unter dem Zeichen der bevorstehenden Landratswahlen





# Gregor Gysi in Zeitz!



Hallo, junge Leute der Stadt Zeitz,

wir laden Euch herzlich zu einem **Jugendforum** mit dem Bundestags-  
abgeordneten Dr. Gregor Gysi ein!

Wann: am Freitag, dem 15. Juni 2001, von 15.00 bis 16.00 Uhr

Wo: im Saal des Hotels „Drei Schwäne“, Zeitz, Altmarkt 6

53. / 54. Jugendforum am 25. Juni 2001 in Zeitz im Hotel „Drei Schwäne“ mit Gregor Gysi, MdB,  
dem Kreisvorsitzenden Horst Denk und dem Vorsitzenden der Basisorganisation Zeitz Klaus Brunn



55.—57. Der Kreisvorsitzende in der monatlichen Beratung mit den Vorsitzenden der Basisorganisationen des Bereiches Zeitz







58. Die Geschichtskommission des Kreisverbandes, seit 1990 bestehend, bei ihrer monatlichen Beratung in der Geschäftsstelle Zeitz. Hier im Gespräch mit Zeitzeugen zur Situation 1989 / 1990.





zeigte, dass die modernen Großbetriebe geradezu tödlich gefährdet sind, was Gegenreaktionen verlangt.

Bernd Pilz, Geschäftsführer der Trockenwerk Thüringen GmbH Apolda, referierte über „Wege zur Durchsetzung der biogenen Kraft- und Schmierstoffe“ und zeigte anschaulich, wie auf originelle Art und Weise Wertschöpfung im eigenen Territorium betrieben werden, wie der Landwirt als Energiewirt wirken kann.

Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen:

*Die Teilnehmer der 3. Agrarpolitischen Konferenz der PDS des Burgenlandkreises, des Kreises Merseburg/Querfurt und des Landkreises Weißenfels protestieren entschieden gegen diejenigen Vorhaben der EU-Kommission zur Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik im Ergebnis der Halbzeitbewertung der Agenda 2000, die zu einer Diskriminierung und Zerstörung der historisch gewachsenen und nach der politischen Wende in freier Entscheidung der Bäuerinnen und Bauern umgestalteten ostdeutschen Agrarstruktur führen würde.*

*Sowohl Modulation wie betriebliche Kappungsgrenzen der Direktzahlungen sind kontraproduktiv. Sie richten sich gegen, auch mit Blick auf die aktuelle WTO-Runde, potenziell wettbewerbsfähige Unternehmen, damit gegen die wenigen in den ländlichen Räumen Ostdeutschlands vorhandenen Betriebe, die Wertschöpfung und Beschäftigung sichern, gegen den Erhalt bäuerlichen Eigentums und gegen die aktiven Bewirtschafter des Bodens und langfristig gesehen gegen die legitimen Interessen der europäischen Steuerzahler, denen eine Weichenstellung zugunsten von Kleinbetrieben dauerhaft teuer zu stehen kommen würde.*

*Wir fordern alle agrarpolitisch Verantwortlichen in Deutschland – Bundesregierung, Landesregierungen in Ost und West, alle demokratischen Parteien und nicht zuletzt den Deutschen Bauernverband, die Landsbauernverbände und die anderen berufsständischen Interessenvertretungen der Landwirte auf diesen politisch motivierten Angriff voller ökonomischer Unvernunft im festen Schulterschluss und mit einer Stimme abzuwehren.*

*Kleinjena, 16. Juli 2002.*

Die Abgeordnete des Europa-Parlaments, Christel Fiebinger, und weitere Parlamentarier wurden in dieser Absicht bei Bundeskanzler Schröder vorstellig. In diesem Sinne richtete die PDS-Kreistagsfraktion auch einen Offenen Brief an den Bundeskanzler.

Im Rahmen der Bewegung zu den Bundestagswahlen lud die PDS anlässlich des Weltkindertages zu einem Kinderfest am 20.9.2002 auf dem Rossmarkt in Zeitz

ein. Dazu gehörten ein Malwettbewerb unter dem Motto „In Frieden leben, lernen und spielen!“, eine Mal- und Bastelstraße, Wurf- und Geschicklichkeitsspiele, Glücksrad drehen, Hüpfburg, musikalische Unterhaltung sowie Kaffee und Kuchen.

Bei den Bundestagswahlen am 22.9.2002 erlitt die PDS eine empfindliche Niederlage und verfügte mit Gesine Löttsch und Petra Pau nur noch über zwei Bundestagsabgeordnete. Mit 16,1 Prozent der Erst- und 14,9 Prozent der Zweitstimmen konnte auch im Burgenlandkreis das gesteckte Ziel nicht erreicht werden. Daran änderten auch teilweise gute örtliche Ergebnisse nichts wie auch die Tatsache, dass die PDS auch weiterhin drittstärkste politische Kraft im Kreis blieb. Es galt forthin: Kopf hoch und nicht die Hände!

In der Novemberausgabe des KURIER legte der Kreisvorsitzende Horst Denk ausführlich Gedanken zur Niederlage vom 22.9. dar. Er führte u. a. aus:

*Die PDS hat nach der Bundestagswahl am 22. September 2002 eine derbe Niederlage erlitten. Tausende Mitglieder, aber auch Freunde und Sympathisanten stellen die Frage: Wie konnte das passieren, wo liegen die Ursachen? Es wird schwer sein, diese Frage und vollständig ... zu beantworten. Zudem macht eine Ursachenforschung auch nur dann Sinn, wenn man bereit ist, offen über alle Dinge zu sprechen und gewillt ist, Schlussfolgerungen für die weitere politische Arbeit in und mit dieser Partei zu ziehen. Wo also kippte die positive Bilanz der PDS?*

*Die parlamentarische politische Arbeit der PDS verselbständigte sich. Mit der Tolerierung einer Minderheitsregierung der SPD in Sachsen-Anhalt wurden neue Optionen politischer Einflussmöglichkeiten erschlossen. Gleichzeitig aber begann damit eine Periode, in der die neuen Herausforderungen zugleich auch Probleme bei der Bewältigung mit sich brachten, auf welche die PDS nicht bzw. nur ungenügend vorbereitet war.*

*Im Bemühen, die errungenen Positionen um jeden Preis zu erhalten, verlor die PDS in den Augen vieler Mitglieder, aber auch vieler Wähler, an eigenständigem Profil. Eng verbunden damit erfolgte schrittweise eine erhebliche Lockerung der Bindung zwischen Parteiführung und Basis.*

*Die Differenzen innerhalb der Partei nahmen zu. Bestanden diese bisher hauptsächlich im unterschiedlichen Verständnis über Vergangenheit und Gegenwart, in unterschiedlichen Auffassungen über Schuld und Verantwortung, standen jetzt Fragen der Westerweiterung, des Umgangs mit den neuen Herausforderungen der Partei und der Erarbeitung grundsätzlicher pragmatischer als auch visionärer Konzepte im Vordergrund. Diese Differenzen nicht beseitigt zu haben, programmatische, strategische und taktische Grundsatzarbeit nicht geleistet zu haben, ist die tiefe Ursache der Niederlage der PDS am 22. September 2002.*

*Dazu kamen Fehleinschätzungen sowohl über die eigene Stärke als auch über die der politischen Gegner, Selbstüberschätzungen und individuelle Fehler, die dann zwangsweise auch zu einem unvollkommenen Wahlkampf und verminderter Flexibilität führten...*

*Was jetzt zu tun ist, ist eine gründliche wissenschaftliche Analyse dieser Gesellschaft und die daraus abzuleitenden Aufgaben und Herausforderungen für eine sozialistische Partei. Notwendig ist, Begonnenes fortzusetzen und Liegegebliebenes unverzüglich aufzunehmen und auf den Weg zu bringen.*

*Notwendig ist, mit aller Konsequenz eine Parteireform durchzuführen, die weder vor bestehenden Strukturen noch vor bestehenden Dokumenten Halt macht. Im engen Kontakt zwischen den wissenschaftlichen Potentialen der PDS und den Erfahrungen der „Praktiker“ an der Basis sind Prozesse und Konzepte zu beginnen und zu befördern, die sowohl die Sorgen und Nöte der Menschen in der Gegenwart berühren als auch den globalen Widerstand gegen die globale Macht der Banken und Konzerne organisieren hilft.*

*Dazu gehört ausdrücklich nicht die Frage Opposition **oder** Mitverantwortung, sondern ein Konzept, wie man beides glaubhaft gestalten kann.*

Am 2.11.2002 wertete der Kreisvorstand den 8. Bundesparteitag mit einem breiten Meinungsaustausch aus, an dem 42 Genossinnen und Genossen teilnahmen.

Damit verfolgte der Kreisvorstand das Ziel, eine Standortbestimmung vorzunehmen und die eigenen weiteren Schritte festzulegen. Dass dieses Ziel nicht völlig erreicht wurde, lag wohl hauptsächlich daran, dass die Zeit nach dem 8. Bundesparteitag noch nicht ausreichte, sich von dem Frust und der Enttäuschung nach der Wahl freizumachen. Deshalb galt insbesondere den Rednern Dank, die bereits in der Lage waren, nach vorn zu blicken und die Teilnehmer zu neuen Aktivitäten aufriefen.

Sicher waren nicht alle Teilnehmer restlos zufrieden und manche Unsicherheit ist geblieben. Besonders kritisch wurden die Ausführungen von Petra Sitte aufgenommen. Ihre Versuche, die Verantwortung des Landesvorstandes für das schlechte Abschneiden Sachsen-Anhalts bei der Bundestagswahl klein zu reden und das Verhalten führender Landespolitiker der PDS auf dem Parteitag zu rechtfertigen, waren wenig überzeugend.

Da waren die Redebeiträge der beiden Delegierten unseres Kreisverbandes, Margot Diers und Dr. Frank Thiel, bedeutend hilfreicher. Da wurde, bei aller berechtigten Kritik, doch deutlich, dass es keine Abstriche an der vom Parteitag mehrheitlich beschlossenen Grundsatpolitik geben kann. Alle Versuche, aus

Minderheitsmeinungen jetzt Minderheitsbewegungen zu machen, stellen die Existenz der PDS aufs Spiel.

In ähnlicher Weise reagierten 13 weitere Diskussionsredner. Die Entscheidungen des Parteitages zu akzeptieren, bedeutete aber auch nicht, darauf zu verzichten, den Parteivorstand in die Pflicht zu nehmen, die notwendigen Schritte zur Annäherung verschiedener Standpunkte schnell zu gehen. Dazu gehörte vor allem, nun das fällige Programm der PDS vorzulegen. Dazu gehörte zweitens, die Sorgen und Nöte der Menschen aufzugreifen und daraus Bewegungen zu organisieren bzw. zu unterstützen.

Der oft zitierte Satz „Wo PDS draufsteht, muss auch PDS drin sein“ muss so umgesetzt werden, dass er für die betroffenen oder betreffenden Menschen erkennbar wird. Das gilt für jede Ebene und für jedes von uns vertretene Politikfeld... Dazu gehört drittens, über die Basis und deren Notwendigkeit zur Umsetzung von Politik nicht nur zu reden, sondern sich wieder auf deren Kraft zu besinnen und sich mit ihr zu verbünden.

Bei allen Teilnehmern der Aktivtagung war die tiefe Sorge um die Existenz der PDS spürbar, aber auch der Wille zum Durchschreiten der Talsohle.

Auf Einladung von Landrat Harri Reiche fand am 6.11.2002 mit rund 150 Teilnehmern in Naumburg ein Wirtschaftsforum statt. Die Einladungen waren ergangen an Vertreter von Industrie und Gewerbe, an Handwerker und Kleinunternehmer, an Vertreter der verschiedenen Verwaltungen und auch an die Fraktionsvorsitzenden des Kreistages.

Als Gast und Hauptredner nahm der Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt, Dr. Horst Rehberger, an dem Forum teil. ( Er kam mit gut einer halben Stunde Verspätung und verabschiedete sich wiederum vor dem Ende der Veranstaltung. Das führte zu Kritiken verschiedener Teilnehmer des Forums.)

Außer dem wichtigen Referat des Landrates waren zwölf Redebeiträge vorbereitet. Neben den Rednern kamen in zwei Diskussionsrunden sieben weitere Redner zu Wort, darunter Dr. Spengler – für den Bereich Landwirtschaft.

Dr. Spengler konnte in seinem kurzen Beitrag nur wenig sagen, er legte aber dem Forum eine längere Ausarbeitung für Interessierte vor. (Bei der Erarbeitung dieses wichtigen Dokuments hatten Genossinnen und Genossen der Nebraer Basisorganisation aktiv mitgewirkt.) In dieser Ausarbeitung sind ausgehend von dem Entwicklungsstand der Landwirtschaft 1989/90 die umfassenden Wandlungen und der bisher erreichte Leistungsstand ersichtlich; zugleich werden die Aufgaben für die nähere und weitere Zukunft herausgearbeitet.

Dazu konnten 20 Vorschläge für Felder neuer Wertschöpfung nachgewiesen werden. Dem Landrat empfahl Dr. Spengler, diesem ersten Wirtschaftsforum nicht nur ein Forum auf dem Gebiet des Tourismus folgen zu lassen, sondern auch ein größer angelegtes Wirtschaftsforum Agrarwirtschaft in den nächsten Monaten zu organisieren.

Die Teilnehmer beschlossen die „Naumburger Erklärung für eine gezielte Weiterführung des Wirtschafts- und Wohnstandortes Burgenlandkreis“ im Zentrum Mitteldeutschlands.

Am 25.10. und 29.11.2002 protestierten auf dem Naumburger Markt der dortige Friedenskreis und die PDS mit Informationsstand und Bürgergesprächen gegen den drohenden Irak-Krieg und forderten, den Irak-Konflikt durch UNO und internationale Staatengemeinschaft zukunftsorientiert und friedlich zu lösen.

Die ersten Wochen des Jahres 2003 standen besonders im Zeichen der Willensbekundungen gegen den drohenden Irak-Krieg und der Unterstützung des Bündnisses „Für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“.

In der Zeit vom 20. bis 25. Januar 2003 fanden täglich von 10 bis 11 Uhr Mahnwachen des PDS-Kreisvorstandes auf dem Platz der Deutschen Einheit in Zeitz-Ost statt. Tausende Zeitzer nutzten die Gelegenheit, bei diesen Mahnwachen einen Appell der Vernunft gegen den drohenden Krieg im Irak zu unterzeichnen.

In den Regionen Sachsen-Anhalts wurden Transporte mit Bus und Bahn in die Landeshauptstadt zu einer Großdemonstration am 22.1.2003 mit anschließender Kundgebung auf dem Magdeburger Domplatz unter dem Motto „Hände weg von der Kinder- und Jugendarbeit“ organisiert. Mit einem entsprechenden Brief wandte sich das PDS-Wahlkreisbüro am 10.1. an die Kindertagesstätten im Burgenlandkreis.

In seiner Beratung am 28.1. diskutierte und verabschiedete der Kreisvorstand den Arbeits- und Terminplan für das Jahr 2003. Als Schwerpunkte galten:

Aktionen und Maßnahmen zur Durchsetzung von Bundes- und Landespolitik, Maßnahmen zur Vorbereitung der Europa- und Kommunalwahlen 2004, Maßnahmen zur Erarbeitung eines Kreiswahlprogramms mit Zielstellungen zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik, Kommunalpolitik und Bildungswesen.

Innerparteilich befasste sich der Kreisvorstand mit der regionalen Zusammenarbeit in der Region Sachsen-Anhalt-Süd, der weiteren Mitwirkung an der Programmdiskussion und der finanziellen Sicherstellung der Arbeit. Dabei spielten

die Mitgliederversammlungen, die Wahl der Delegierten zur Kreisdelegiertenkonferenz, verbindliche Beschlüsse zur Beitragszahlung 2003 und die Finanzierung des Wahlkampfes 2004 eine herausragende Rolle.

Der Kreisvorstand beschäftigte sich mit den Dokumenten der 4. Tagung des 7. Landesparteitages und mit der Vorbereitung des 8. Landesparteitages.

Nach dem Auftakt mit den Mahnwachen vom 20. bis 25.1. in Zeitz wurden auch in Freyburg, Nebra, Karsdorf, Bad Bibra und Laucha Mahnwachen durchgeführt. Die Genossinnen und Genossen aus dem Bereich Nebra, die diese Mahnwachen organisierten, berichteten von einer zahlreichen Beteiligung an den Ständen und vielen persönlichen Gesprächen mit Bürgern. Es wurden 376 Unterschriften für den Prignitzer Appell eingeholt.

In Naumburg beteiligte sich die PDS an Aktionen des Friedenskreises. Die Teilnehmer eines Meetings am 31. Januar verabschiedeten Briefe an den amerikanischen Präsidenten Bush und an Bundeskanzler Schröder. Als großen Erfolg unserer politischen Arbeit und ein herausragendes Ereignis wurde die Teilnahme an der Friedensdemonstration am 15. Februar 2003 in Berlin eingeschätzt.

Der Kreisvorstand hatte die Teilnahme mit einem Bus von Zeitz aus beschlossen. Dieser Initiative schlossen sich die Kreisverbände Weißenfels/Hohemölsen, Merseburg und Eisleben an. Da sich auch die Kreisverbände Halle, Saalkreis und Mansfelder Land mit Bussen aus der eigenen Region an der Fahrt nach Berlin beteiligten, nahmen einige hundert Menschen aus der Region Sachsen-Anhalt-Süd an der Friedensdemonstration in Berlin teil, davon 47 aus der Zeitzer Region.

Mitglieder der Geschichtskommission nahmen am 30.1.2003, dem 70. Jahrestag der Machtergreifung Hitlers, an einer Podiumsdiskussion im Naumburger Hotel „Kaiserhof“ teil zum Thema „Wie viel Nationalgefühl brauchen wir?“ Dazu eingeladen hatten die Forschungs- und Dokumentationsstelle beim Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Geschäftsstelle Halle, das Thüringer Forum Bildung und Wissenschaft sowie der Bildungsverein Elbe-Saale in Sachsen-Anhalt, in organisatorischen Hinsicht unterstützt von der PDS. Moderiert wurde sie von Ralf Wendt, freier Journalist bei Radio MDR Kultur.

Prof. Dr. Manfred Weißbecker verwies darauf, dass völkisches Denken und völkische Bewegung sich bereits im Rahmen der nationalen Entwicklung im 18. und 19. Jahrhundert herausbildeten und entfalteten. Nach der Gründung des Hohenzollernreiches wurde aus der Verdeutschung des Wortes **national** das Wort **völkisch**.

Völkisches Denken erwuchs zur Massenbewegung, verbunden mit dem Kampf um die „Entwelschung“ (gegen den Erbfeind Frankreich), mit dem Kampf um

einen Platz an der Sonne für das deutsche Kaiserreich. Eine Vielzahl von völkischen Verbänden und Vereinen agierte und es entstanden eine entsprechende umfangreiche Literatur und Kunst. Die Nationalsozialisten nannten ihr Zentralorgan ab 1920 „Völkischer Beobachter“ und klassifizierten es als „Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands“.

Die Nazis nutzten die völkische Bewegung als Ausgangspunkt für Antisemitismus, Rassismus und „Rassenhygiene“. Sie war die geistige Nährmutter des Nationalsozialismus. Hier gab es keinerlei Platz für Demokratie, Liberalismus o. ä. Die völkische Bewegung, nunmehr faschistische Bewegung brauchte den starken Mann.

Justus Ulbricht, Autor zahlreicher Veröffentlichungen zum völkischen Gedankengut in Kunst und Literatur, machte darauf aufmerksam, dass mit dem Untergang des Hitlerreiches völkische Diskurse keineswegs verschwunden sind.

Im Zuge der Nationsherausbildung wurde in vielen Richtungen nach einem **deutschen** Stil in Literatur und Kunst gesucht. So sprach auch Gottfried Herder von deutscher Art und Kunst. Die deutsche Nationalbewegung formierte sich im frühen 19. Jahrhundert in der Auseinandersetzung mit Napoleon. In der Folgezeit wurden viele Nationalbetrachtungen zunehmend mit Feindbildern verbunden – anfangs gegen Frankreich.

Dann fand durch naturwissenschaftliche Betrachtungsweisen der Sozialdarwinismus Eingang in Literatur und Kunst. Nun ging es um den Kampf gegen Überfremdung deutscher Kultur, um „saubere“ Kultur, gegen die Syphilisierung (durch französische Lebensweise) und gegen den jüdischen Bazillus. An derartige vorgefundene Literatur und Kunst knüpften die Nazis weidlich an und propagierten den gegen fremdes Blut geschützten deutschen Volkskörper mit der Kehrseite der Vernichtung anderer Völker.

Dr. Ute Hoffmann erinnerte an die zahlreichen Verbände, die sich um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert mit Völkischem und Nation beschäftigten. Hier galt teilweise das Hakenkreuz als germanisches Symbol, noch bevor es Eingang in die Nazibewegung fand. Überhaupt spielten nordische Sagen wie die Edda eine große Rolle. Davon wurden die Propagierung des Ariers sowie ein nordisches Höherwertigkeits- und Sendebewusstsein von den Nazis abgeleitet.

In der regen, niveaувollen Aussprache ging es besonders um die oben genannte Frage. Viele Deutsche leben in einem Land mit den zahlreichen heimatlichen Regionen, den verschiedenen Bundesländern und dem zentralen Rahmen. Nationalbewusstsein ist kein geschlossenes Gebilde auf lange Dauer, sondern ein Resultat geschichtlicher, oft widersprüchlicher Wandlungen. Völkisches Denken,



gipfelnd im 30. Januar 1933, in Holocaust und industriemäßiger Massenvernichtung von Slawen und anderen Menschen, ist in der Gegenwart schon von jeglichem Ansatz her zu bekämpfen.

Nationen werden bei aller Internationalisierung und Globalisierung der Gesellschaft noch lange Zeit fortbestehen. Deshalb bleiben Nationalgefühl und Nationalbewusstsein aktuell, bilden einen konstituierenden Bestandteil der gegenwärtigen und künftigen Gesellschaft. Vielen Menschen, namentlich jungen, genügt heute ein Gegenwartsbewusstsein für den mitunter gnadenlosen Kampf um einen Ausbildungsplatz, um einen Job, um einen Anteil am Spaß.

Nationalbewusstsein schließt Patriotismus, Stolz auf die deutsche Nation ein – trotz finsterner Kapitel, trotz eines 30. Januar 1933 und seiner verheerenden Folgen. Heute zählt unser Land zu den entwickeltsten Ländern der Welt, dank dem Fleiß seiner Menschen, und zwar sowohl der Deutschen wie der Millionen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Gerade auch letztere werden jetzt und künftig in unserem Land gebraucht. Deshalb ging: Die Einhaltung zivilgesellschaftlicher Normen – das ist das Wichtigste für das geordnete Zusammenleben in der Gesellschaft.

Ein an die „Mitteldeutsche Zeitung“ gesandter Beitrag über diese Veranstaltung wurde von deren Redaktion ignoriert.

Zum Internationalen Frauentag führte der Frauenarbeitskreis Zeitz am 8.3.2003 auf dem Zeitzer Rossmarkt eine öffentlichkeitswirksame Aktion „Frauen am Har(t)z“ durch, über die nachfolgend die „Mitteldeutsche Zeitung“ berichtete sowie „Wochenspiegel“ und „Super-Sonntag“ auf den Titelseiten.

Die AG Lisa Zeitz veranstaltete am 12.3.2003 in Zeitz ein Forum mit Dr. Angelika Klein (MdL) zum Thema „Die unendliche Geschichte von der Kommerzialisierung öffentlicher Güter“.

Im April 2003 konnte der Frauenarbeitskreis auf sein zehnjähriges Bestehen zurückblicken und führte eine Veranstaltung mit 60 Frauen durch. Dazu wurde im KURIER berichtet:

*Karin Denk führte in ihrer Zusammenfassung auf, was alles in den zehn Jahren passierte... Die zweibändige Chronik gibt ausführlich Auskunft in Bild und Texten, was alles an Veranstaltungen stattfand: Foren zu unterschiedlichsten Themen, besonders aber immer wieder zum öffentlichen Personennahverkehr, Reisen zur Frauenmesse „top“ in Düsseldorf, eine Fahrt durch den Burgenlandkreis, nach der Eisenstadt Ferropolis mit Unterwegsstationen, aber auch zu Weinverkostungen, zum Ritteressen auf die Rudelsburg (Leider gab es keine Rit-*

*ter zu essen, nur einen Knappen zum Vernaschen), und immer war die Beteiligung gesichert. Alle Frauen tragen die Kosten selbst, denn über Geld reden wir nicht, wir haben keins. Der Arbeitskreis ist ein loser Zusammenschluss von Frauen aus Institutionen, Vereinen und vorwiegend Einzelfrauen.*

*Es waren auch Gäste anwesend, so die Gleichstellungsbeauftragte vom Altenburger Land... Die Naumburger Gleichstellungsbeauftragte hat mit ihrem Frauenstammtisch etwas Ähnliches und würde sich über ein enges Zusammenwirken freuen. Der Oberbürgermeister fand lobende Worte und meinte, ohne die „Frontfrau“ sei über die Jahre hinweg nicht ein solcher Erfolg beschieden gewesen und wünschte weiterhin viel Erfolg.*

Am 12.4.2003 veranstalteten der Bildungsverein Elbe-Saale und die Rosa-Luxemburg-Stiftung im Foyer des Theaters der Lutherstadt Eisleben eine gut besuchte und inhaltlich hochwertige Konferenz zur 50. Wiederkehr der Ereignisse vom 17. Juni 1953 durch. Moderiert wurde sie von der PDS-Landtagsabgeordneten Dr. Angelika Klein, die selbst zum Thema „Aufbruch und Resignation“ referierte. Im Zentrum der Konferenz standen die stürmischen Ereignisse im damaligen Bezirk Halle am 17. Juni 1953 und unmittelbar danach. Schwerpunkt bildeten dabei außer Halle Bitterfeld-Wolfen und Merseburg. Über das Geschehen in Magdeburg sprach Prof. Dr. Hilger.

Prof. Dr. Karl-Heinz Gräfe beleuchtete mit seinen Ausführungen „Zu den Hoffnungen und Enttäuschungen nach Stalins Tod“ auf der Grundlage neuer Recherchen das internationale Umfeld der politischen Dramatik 1952/53, insbesondere das Problem „Neuer Kurs“- Dr. Hans-Peter Löhn – auch Autor des Buches „Spitzbart, Bauch und Brille sind nicht des Volkes Wille“, unter der die Tausenden Demonstranten am 17. Juni 1953 nach Halle zogen – behandelte ausführlich auf der Basis von Archivmaterial und teilweise von Zeitzeugen die Aufstandsbe-  
wegung in Mitteldeutschland, deren Zentrum die Saalestadt darstellte.

Dr. Jochen Czerny, Mitglied der Historischen Kommission beim Parteivorstand der PDS, legte dar, wie die USA, die Adenauerregierung, die sowjetische Besatzungsmacht und die SED-Führung im Juni/Juli 1953 agierten, wie sich das SED-Politbüro damit auseinandersetzte und dort schließlich galt „Keine Fehlerdiskussion“. Die Akteure des 17. Juni 1953 wurden generell kriminalisiert und isoliert.

Es folgte eine sehr lebhaft, inhaltsreiche Diskussion. In diese brachten sich auch Erich Duchek – er sprach über den 17. und 18. Juni 1953 in Zeitz, wo sich die Streiks in ziemlich engen Grenzen hielten – und Winfried Steffen ein – mit dem persönlichen Erleben der Junitage 1953 in Wolfen und der Sicht unserer Geschichtskommission auf den 50. Jahrestages des brisanten Geschehens.

Die 50. Wiederkehr dieser Ereignisse sollte genutzt werden, sie in angemessener Weise in die Nationalgeschichte des deutschen Volkes einzuordnen und nicht durch Einseitigkeiten zu verfälschen.

Die Geschichtskommission des Kreisverbandes erarbeitete zu dieser Thematik ein Positionspapier für die Basisorganisationen und empfahl dessen dortige Diskussion.

Am 6.5.2003 übernahm Lothar Gentsch die Nachfolge von Dr. Artur Spengler als Vorsitzender der PDS-Kreistagsfraktion. Dr. Spengler gab diese Funktion aus gesundheitlichen Gründen ab.

Anfang Mai 2003 verstarb nach schwerer Krankheit Renate Eckert. Mit ihr verlor die PDS eine engagierte Mitarbeiterin, die sich sowohl im Kreisverband, aber auch durch jahrelange Arbeit im Landes- und Bundesparteirat Achtung und Anerkennung erworben hatte. 1998/99 war sie Vorsitzende des Kreisverbandes und zuletzt Mitglied von dessen Vorstand sowie Finanzverantwortliche. Seit der Kommunalwahl 1999 gehörte sie dem Kreistag als Abgeordnete an.

In der Maiausgabe des KURIER berichtete Dr. sc. Spengler in seiner Eigenschaft als Mitglied der AG Agrarpolitik/ländlicher Raum über erfolgreichen Widerstand gegen Versuche der Benachteiligung ostdeutscher Agrargroßbetriebe.

Eine besondere Rolle spielte dabei die PDS. Sie hat sich außerordentlich qualifiziert engagiert. Dazu gehörte auch unsere 3. Agrarpolitische Konferenz vom Juli 2002. Diese Proteste hatten Erfolg. Jetzt hat der EU-Kommissar seine Vorschläge für die Maßnahmen und für die zweite Halbzeit des Laufens der Agenda 2000 wesentlich geändert. Noch ist nicht alles zufriedenstellend, aber das Schlimmste für die ostdeutsche Agrarwirtschaft konnte verhindert werden.

Wir werden die Weiterentwicklung der gemeinsamen Agrarpolitik nach dem Jahr 2006 natürlich ganz entschieden weiter verfolgen und versuchen, unsere Vorstellungen im Interesse der Bäuerinnen und Bauern aus ganz Deutschland, aber nicht zuletzt der ostdeutschen, zur Geltung zu bringen.

Mit einem Brief wandte sich am 5.3.2003 der Kreisvorstand an die Parteivorsitzende:

*Liebe Genossin Zimmer,  
der Kreisvorstand der PDS Burgenlandkreis verfolgt mit Besorgnis und tiefer Bestürzung die Vorgänge im Parteivorstand.*

*Auch in unserem Kreisvorstand und in den Basisorganisationen waren die Ergebnisse des Geraer Parteitages nicht unumstritten. Vor allem deshalb, weil es zwischen Cottbus und Gera nicht gelungen war, die eigentlich bekannten Probleme zu beherrschen und eine eindeutige politische Grundausrichtung der PDS zu etablieren. So musste es zwangsläufig zu den zweifelhaften Ergebnissen von Gera kommen.*

*Wir haben aber dessen ungeachtet immer klargestellt, dass für uns die Beschlüsse des Parteitages verbindlich sind und haben in diesem Sinne unsere politische Arbeit weitergeführt. Darin haben wir auch die Chance gesehen, trotz der Wahlniederlagen in Sachsen-Anhalt und bei den Bundestagswahlen politisch wirksame Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger zu machen.*

*Diese Bemühungen hat der Parteivorstand mit seinen „Flügelkämpfen“, öffentlichen Darstellungen, unqualifizierten persönlichen Angriffen und Schuldzuweisungen nach und nach zerstört. Seid Ihr Euch eigentlich im Klaren darüber, welchen Schaden Ihr angerichtet habt, wie sehr Ihr unsere Arbeit vor Ort erschwert habt?*

*An den Infoständen und bei öffentlichen Veranstaltungen mussten wir feststellen, dass auch die Bürgerinnen und Bürger, unsere Wähler, zutiefst verunsichert und enttäuscht sind. Deshalb hat mich der Kreisvorstand beauftragt, Dir und dem Parteivorstand unser Befremden und Unverständnis über Euer Verhalten auszusprechen. Wir fordern Euch auf, sofort alle persönlichen Differenzen und Unstimmigkeiten zurückzustellen und unverzüglich, auf der Grundlage bisher geleisteter Arbeit, zu sachlicher Politik im Interesse aller Mitglieder und der Bürgerinnen und Bürger zurückzukehren.*

*Mit solidarischen Grüßen*

*Horst Denk, Vorsitzender des Kreisvorstandes*

Im Gefolge heftiger Debatten um den politischen Kurs des Bundesvorstandes und des Landesvorstandes konnte mithilfe der Mehrheit der BO-Vorsitzenden ein Sonderparteitag verhindert werden. Statt dessen wurden auf einer weiteren Tagung des 7. Landesparteitages die Parteiämter und der Landesvorstand neu gewählt: Rosemarie Hein als Landesvorsitzende, Gudrun Tiedtke, Achim Bittrich und Mathias Höhn als stellvertretende Landesvorsitzende, Michael Entrich als Landesgeschäftsführer u. a.

Auf einer Außerordentlichen Tagung des 8. Parteitages am 28./29.6.2003 wurden die schwierige innerparteiliche Situation behandelt und der Parteivorstand mit Dr. Lothar Bisky als Parteivorsitzendem neu gewählt. Mit großer Mehrheit wurde der Leitantrag „Gerechtigkeit ist das Brot des Volkes!“ angenommen. Eine Kommunal- und Sozialtour durch ostdeutsche Kommunen wurde beschlos-

sen. Diese führte auch in den Burgenlandkreis mit einem Besuch des Parteivorsitzenden und der Bundestagsabgeordneten Petra Pau in der Mibrag.

Weitere Beschlüsse betrafen die Vorbereitung der Europawahl 2004, die Fertigstellung des neuen Parteiprogramms und die Weiterführung der Parteireform.

Anlässlich des 80. Jahrestages des Bergarbeitermarsches von Theißen nach Zeitz am 13. August 1923 fanden – analog zum 70. Jahrestag – am 13.8.2003 mehrere Veranstaltungen statt: Ehrungen am Gedenkstein in Theißen sowie am Gedenkstein auf dem Michaelisfriedhof in Zeitz und ein Podiumsgespräch im Friedenssaal des Rathauses Zeitz.

Nach dem Einführungsvortrag, gehalten von Winfried Steffen, sprach in diesem Podiumsgespräch die Leiterin des Bereiches Öffentlichkeitsarbeit, Frau Dr. Dießner. Sie machte eingangs deutlich, dass der riesige Marsch von 10.000 Bergarbeitern am 13. August 1923 ein regelrechter Hungermarsch war. In großer Not mussten sie um das tägliche Überleben für sich und ihre Familien kämpfen. Auch heute lasten ernste soziale Probleme auf vielen Menschen angesichts von Massenarbeitslosigkeit. Doch mit den Bedrohungen von 1923 ist die gegenwärtige Lage nicht vergleichbar. Der Bergarbeitermarsch vor 80 Jahren stellt einen erinnerungswürdigen Höhepunkt der dreihundertjährigen Bergbaugeschichte in Mitteldeutschland dar.

Im Gefolge der Wende bedurfte es 1990 einer Neuordnung des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus. Da sich keine deutschen Investoren für die von der Treuhandanstalt ausgeschriebene Privatisierung fanden, wurde sie mit englisch-amerikanischen Unternehmern vorgenommen.

Mittlerweile befindet sich der hiesige Braunkohlenbergbau in Gestalt der Mibrag mit dem Hauptverwaltungssitz in Theißen ausschließlich in amerikanischem Eigentum. Frau Dr. Dießner hob hervor, dass die nunmehr zehnjährige Privatisierung als eine Erstinvestition gelaufen ist. – ein Fall von Seltenheitswert in diesem Prozess bei der Umwandlung des früheren DDR-Staatseigentums. Sie bezeichnete die Profiterzielung als legitim und betonte die deutsche Verantwortung in der Mibrag, die in der Zeitzer Region den größten Betrieb mit den meisten Arbeitsplätzen ausmacht.

Die Mibrag stellt den größten Ausbildungsbetrieb dar und stellt alle geeigneten Auszubildenden nach der Ausbildung im Betrieb ein. Die Mibrag betreibt einen erfolgreichen Sanierungsbergbau – in Sachsen-Anhalt auf der Basis eines allgemeinen Konsens mit den Parteien und Medien. Ernsthafte Schwierigkeiten bestehen nur mit dem sächsischen Heuersdorf, wo ein Teil der Bewohner sich nicht umsiedeln lassen will.

Der Vorsitzende des Betriebsrates der Mibrag, Mario Gierl, verwies in seinen Ausführungen auf die Gültigkeit geordneter Tarifverträge, die für die Beschäftigten der Mibrag sehr günstige Arbeits- und Einkommensbedingungen vorsehen. Dazu gehören auch Vereinbarungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und Regelungen zur Teilarbeitszeit. Als einziges Braunkohlenunternehmen in Deutschland hat die Mibrag eine Gewinnbeteiligung für ihre Beschäftigten eingeführt.

Zu den angeführten Vorträgen entwickelte sich eine lebhafte inhaltsreiche Diskussion. Der PDS-Kreisvorsitzende, Horst Denk, hielt kurze Schlussbemerkungen.

Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, der Mibrag mbH, des Vereins MUT, des Dachvereins Mitteldeutsche Straße der Braunkohle sowie des Museums Zeitz erarbeitete die Geschichtskommission beim Kreisverband ein Lesematerial „Auf den Spuren der Bergarbeiter im Zeitz-Weißenfelser Revier damals und heute. Ein Beitrag zur Regionalgeschichte des Landes Sachsen-Anhalt“.

Auf dem Naumburger Markt fand anlässlich des Weltfriedenstages eine inhaltsreiche Friedenskundgebung statt, in deren Mittelpunkt das Mitgefühl für die Leidtragenden des Konflikts im Irak und in Palästina stand; das „Naumburger Tageblatt“ berichtete davon.

Auf der 2. Tagung des 8. Bundesparteitages wurde das neue Parteiprogramm beschlossen. Auch unser Kreisverband hatte aktiv an diesem Programm mitgearbeitet, insbesondere durch eine AG Programmdiskussion und viele Aussprachen in den Basisorganisationen.

Frank Thiel berichtete als Delegierter von diesem Ereignis in der Novemberausgabe des KURIER u. a.: *Der Programmwurf, der hier zur Debatte stand, enthält Leitideen und Maßstäbe für zeitgemäße Reformen, die dem neoliberalen Inhalt der an uns gegenwärtig exekutierten Reformen ganz und gar widersprechen. Gabi Zimmer fasste als Vorsitzende der Programmkommission die aktuellen Debatten an den wesentlichsten Diskussionspunkten zusammen und lieferte somit eine gute Voraussetzung für die nachfolgende Generaldebatte, in der fast alle Wortmeldungen berücksichtigt werden konnten.*

*Ich empfand es als wohltuend, dass die unterschiedlichen Meinungen zu wichtigen Fragen mit jeweils zehnminütigen Einleitungsvorträgen zu den vier Hauptkomplexen (Demokratischer Sozialismus – zeitgemäß und zukunftsorientiert, Eigentumsfrage und unternehmerisches Handeln, Konsequente Friedenspolitik*



*und Gewaltverbot, Veränderung mit der Selbstveränderung der PDS) vorgetragen und die Diskussion konkret dazu geführt wurde.*

*Die Schärfe in der Auseinandersetzung war durchaus zu spüren, aber von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen war sie nicht verletzend, sondern regte zum Nachdenken und Überprüfen eigener Positionen an. Dennoch blieb die Spannung bis zum Schluss, ob die Zweidrittel-Mehrheit der Delegierten für die Beschlussfassung ausreichte. Meine Stimme hat das überarbeitete Programm erhalten und dafür hatten sich viele unserer Genossen aus der Kreisorganisation ausgesprochen.*

*Jetzt stehen wir in der Pflicht, die Leitlinien des Programms in der alltäglichen Arbeit umzusetzen. Wichtig ist dabei, bei den kommenden Europa- und Kommunalwahlen den Nachweis anzutreten, dass die PDS verlorenes Vertrauen zurückgewinnen kann... Als PDS haben wir auch eine Zukunft, wenn es uns gelingt, immer mehr Menschen von unseren Positionen und Alternativen um die Zukunft der Gesellschaft zu überzeugen.*

Am 22.11.2003 wurde auf der 2. Tagung der 6. Kreisdelegiertenkonferenz Rechenschaft über die Arbeit des Kreisverbandes in den letzten beiden Jahren abgelegt. Im Rechenschaftsbericht, den der Vorsitzende, Horst Denk, vortrug, wurden die politische Lage, die Probleme der PDS und die Aktivitäten des Kreisverbandes im Berichtszeitraum dargestellt. Mit der Kommunalwahl im Jahr 2004 wurde der Schwerpunkt für die Folgezeit gesetzt. Dazu galt es, ein Kommunalwahlprogramm zu erarbeiten, Kandidaten zu gewinnen und mit Infoständen, Plakatierung, Flugblattaktionen und persönlichen Gesprächen den Wahlkampf zu führen.

Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Lothar Gentsch, berichtete über die Arbeit unserer Fraktion. Er berichtete, dass die Fraktion 22 Beschlussvorlagen eingereicht hat. Ihre konstruktive Arbeit und ihr Sachverstand finden Anerkennung. Der Haushalt 2004 wurde von der PDS abgelehnt, da fast alle freiwilligen Leistungen wegen der knappen Mittel wegfallen. Die Schulentwicklungsplanung wurde ebenfalls abgelehnt. Die steigenden Ausgaben für die Grundsicherung werden den Haushalt des Kreise in der Zukunft noch stärker belasten.

In Diskussionsbeiträgen kamen die vielfältigen Aktivitäten des Kreisverbandes zum Ausdruck.

Nach der Entlastung des Kreisvorstandes wurde Genosse Horst Denk, der in unserem Kreisverband in den letzten 13 Jahren eine führende Rolle gespielt hat und fast die gesamte Zeit Vorsitzender des Kreisvorstandes war, geehrt. Er war zu allen Zeiten ein geradliniger und starker Kämpfer für unsere Sache und hat

die PDS auch über unseren Kreis hinaus mit geprägt. Er scheidet mit dieser Wahl aus dem Kreisvorstand aus, wird aber in der Gruppe Partiereform des Landesverbandes, beim KURIER und an anderen Stellen weiter mitarbeiten. Wir wünschen ihm weiterhin viel Kraft, Gesundheit und Lebensfreude. Diesen Wünschen schloss sich der Landesverband an, der mit Gudrun Tiedtke und Achim Bittrich gleich zwei Vertreter geschickt hatte.

Im Schlusswort fasste der neue Kreisvorsitzende des Kreisvorstandes, Horst Brandner, die Diskussion und die kommenden Aufgaben zusammen. Die Unterschriftensammlung zum Volksbegehren bezeichnete er als Gelegenheit, mit vielen Bürgern ins Gespräch zu kommen.

Als neuer Kreisvorsitzender wurde also Horst Brandner (Profen) gewählt. Edith Zemlin (Rehmsdorf) wurde als Finanzverantwortliche wieder gewählt. Mitglieder des Kreisvorstandes wurden Michael Blöth (Kayna), Margot Diers (Nebra), Norbert Laumert (Naumburg), Erika Hornbogen (Burgscheidungen), Dr. Wolfgang Süß (Naumburg) und Dr. Frank Thiel (Nißma).

In den Landesparteirat gewählt wurden Kora Brandner und Erika Fischer (Vertreterin), in die Kreisschiedskommission Lothar Gentsch, Heinz Fricke und Joachim Pauli, in die Finanzrevisionskommission Joachim Bachnick, Adelheid Fleischauer und Dieter Grosch und als Delegierte der VertreterInnenversammlung Margot Diers und Dr. Frank Thiel.

In einem Brief an die Mitglieder der PDS im Landesverband Sachsen-Anhalt nannte die Landesvorsitzende Rosemarie Hein die Unterstützung des Volksbegehrens für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt als Schwerpunkt der außerparlamentarischen Arbeit bis Ende Januar 2004. Sie bat die Mitglieder, sich persönlich an der Sammlung von Unterschriften zu beteiligen.

Regelmäßig fanden Frauentreffen im Lisa-Cafe statt. So machte beispielsweise am 18.11.2003 Angelika Gräßer die interessierten Frauen mit dem Leben und Wirken gebürtiger früherer Zeitzerinnen bekannt wie Anna Magdalena Bach, der Frau des Thomaskantors Johann Sebastian Bach, Christiane Schumann, der Mutter des Komponisten Robert Schumann, Dr. med. Elisabeth Stoye, einer praktizierenden Ärztin und Mitbegründerin des DFD in Zeitz, sowie Emilie Besser, der ersten Vorsteherin des 1844 gegründeten Frauenvereins, der sich vor allem mit der Betreuung hilfsbedürftiger Menschen befasste.

Am 2.12.2003 beschloss der Kreisvorstand die Konzeption zur personellen und finanziellen Vorbereitung der Kommunal- und Europawahlen am 13.6.2004. In den Mittelpunkt wurde gerückt, ca. 130 Mitglieder, Sympathisantinnen und Sympathisanten für die Kandidatur auf der offenen Liste des Kreisverbandes für

den Kreistag, die Stadt- und Gemeindeparlamente zu gewinnen. Hinsichtlich der Europawahl galt es, zum Wiedereinzug der PDS in das Europa-Parlament beizutragen.

Die ersten Monate des Jahres 2004 standen im Zeichen der Vorbereitung der oben genannten Wahlen sowie der Formierung der Europäischen Linkspartei.

In der angeführten Konzeption wurde auf folgende Ziele orientiert:

*Wir wollen mit mindestens 10 Abgeordneten in den Kreistag einziehen.*

*Wir wollen in allen neun Städten mit Abgeordneten in das Stadtparlament einziehen.*

*Wir wollen in mindestens 25 Gemeinden mit Abgeordneten in die Gemeinderäte einziehen.*

Am 27.1.2004 nahm der Kreisvorstand den Bericht des Kreiswahlbüros zum Stand der Wahlvorbereitung entgegen und beschloss die weiteren Maßnahmen.

In seiner Beratung am 10.2.2004 konnte das Kreiswahlbüro 18 Bereitschaftserklärungen für die Wahl zum Kreistag Burgenlandkreis, aus sieben von zehn Städten im Kreis 37 Bereitschaftserklärungen und aus weiteren zwölf Gemeinden 27 Bewerbungen konstatieren.

Im Monat März 2004 fanden in den Basisorganisationen des Kreisverbandes Mitgliederversammlungen zur Wahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Stadt- und Gemeinderäte zur Kommunalwahl am 13. Juni 2004 statt.

74 Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der PDS stellten sich vor und erklärten ihre Bereitschaft, sich auf den offenen Listen der PDS um ein Mandat zu bewerben. Damit wurde die Zielstellung der Kreisdelegiertenkonferenz vom August 2002 erreicht.

Höhepunkt im Wahlkampf war die KreisvertreterInnenkonferenz am 27. März in Naumburg. 21 Mitglieder und Sympathisanten bewarben sich in den vier Wahlbereichen um einen Listenplatz (14 Männer, 7 Frauen).

Nach dem Wahlergebnis ergaben sich folgende Listenplätze:

| Wahlbereich I       | Wahlbereich II     | Wahlbereich II | Wahlbereich IV  |
|---------------------|--------------------|----------------|-----------------|
| 1. L. Gentsch       | 1. Dr. Frank Thiel | 1. R. Ködel    | 1. O. Schumann  |
| 2. E. Fischer       | 2. R. Theil        | 2. K. Bier     | 2. S. Friedrich |
| 3. H. Heller        | 3. H. Brandner     | 3. J. Thyen    | 3. R. Becker    |
| 4. Dr. R. Reinhardt | 4. K. Deibicht     |                | 4. E. Hornbogen |
| 5. Th. Illgen       | 5. M. Blöth        |                |                 |
| 6. K. Brunn         | 6. Ch. Hilbert     |                |                 |
| 7. Th. Kuhlbrodt    | 7. Dr. D. Köpke    |                |                 |

Im Wahlprogramm der PDS des Burgenlandkreises zur Kommunalwahl 2004 hieß es u.a.:

***Miteinander für eine andere Politik***

*Die PDS steht in Opposition zur herrschenden Politik des sozialen Kahlschlags. Mit den Debatten um die „Reformen“ der Bundesregierung der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Rentenpolitik ist das Vertrauen in eine bürgernahe, an den Interessen der hier lebenden Menschen orientierten Politik weiter geschwunden. Die Situation der öffentlichen Haushalte wird immer prekärer. Soziale Gerechtigkeit ist zum Schlagwort geworden, mit dem der Sozialabbau als Reform verkauft werden soll.*

***Die PDS meint: Es geht auch anders!***

*Mit den Kommunal- und Europawahlen 2004 in Sachsen-Anhalt wollen wir auch im Burgenlandkreis Alternativen anbieten und alle Bürgerinnen und Bürger zum Mittun anregen.*

***Es geht um Eure Zukunft! Überlasst sie nicht anderen.***

*Deshalb ist es wichtig, am 13. Juni 2004 nicht nur die PDS mit einer starken Fraktion in den Kreistag und in die Gemeinderäte zu wählen, sondern auch Ihre Stimme der PDS-Bundesliste für das Europäische Parlament zu geben.*

***Die Zukunft gehört der Jugend. Darum gehören für uns Lebensfragen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen und ihren Familien zu den wichtigsten Fragen.***

*Deshalb treten wir ein für ein ausgewogenes und qualitativvolles Bildungsangebot im ganzen Burgenlandkreis. Das betrifft Kindertagesstätten, die Grund- und Sekundarschulen ebenso wie die Gymnasien und die Berufsausbildung. Wir lehnen das starre System der Schulentwicklungsplanung ab. Jugendfreizeitangebote müssen gesichert und da, wo nötig, soll auch eine qualifizierte soziale Betreuung und Beratung ausgebaut werden.*

***Demokratische Kommunalpolitik als Einheit von demokratischer Selbstverwaltung auf der Grundlage echter Bürgerkommunen und am Bedarf orientierter Finanzausstattung.***

*Die Kommune ist für die meisten Menschen die entscheidende Bezugsgröße... Die PDS will kommunale Selbstverwaltung wieder möglich machen.*

*Das heißt für uns:*

*Zügige und unbürokratische Umsetzung der Gemeinde- und Landkreisgebietsreformen im Zusammenhang mit einer konsequenten Funktional- und Verwaltungsreform, welche die neuen Strukturen in die Lage versetzen, alle übertragenen Aufgaben und Entscheidungsrechte verantwortungsvoll wahrnehmen zu können.*

*Realisierung einer längst fälligen Gemeindefinanzreform unter Berücksichtigung der dazu von der PDS unterbreiteten Vorschläge.*

*Entbürokratisierung der Finanzzuweisungen und Gestattung rechtlich gesicherter Einnahmen in den Kreisen und Gemeinden.*

### ***Neue Arbeitsplätze für die Regionen.***

***In einer modernen Gesellschaft ist Mobilität zu einer wichtigen Voraussetzung für Lebensqualität geworden.***

*Nicht nur aus ökologischen Gründen setzen wir uns für einen an den Bedürfnissen der Menschen im Burgenlandkreis orientierten öffentlichen Personennahverkehr ein. Das muss besonders im Zusammenhang mit der Fortführung der Gebietsreform beachtet werden, um ein Zusammenleben der Menschen in den neuen kommunalen Gebilden zu ermöglichen.*

### ***Agrarpolitik mit den Menschen für die Menschen.***

*Die PDS vertritt eine Agrarpolitik, durch die preiswerte, qualitativ hochwertige Nahrungsmittel zur Versorgung der Bürgerinnen und Bürger auf den Markt kommen. Die Erzeugung solcher Lebensmittel muss ressourcenschonend und umweltfreundlich sein.*

*Die Erzeugerpreise und die Ausgleichszahlungen für die Landwirte müssen so gestellt sein, dass die Bauern und alle in der Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft Tätigen für sich ein angemessenes Einkommen erwirtschaften können. Wir fordern, den ländlichen Räumen neue ökonomische, kulturelle und soziale Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und dadurch auch selbst wertschöpfend tätig sein zu können.*

Es zeichnet sich ein Prozess ab mit einem dominierenden Kerneuropa (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und es wird eine Zwei-Klassen-EU entstehen aus den bisherigen 15 und den 10 neuen Mitgliedern. Ein größerer EU-Haushalt ist erforderlich. Die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe sollten die Gelegenheit nutzen, mit denen in den neuen Beitrittsländern Kooperationen anzustreben.

Hans-Jörg Krause, Agrarpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, sprach von Hoffnung auf späte Gerechtigkeit angesichts des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg vom 22. Januar 2004 für die 1992 enteigneten rechtmäßigen Erben von Bodenreformland.

Über zu erwartende schwerwiegende Auswirkungen der ab 2005 einzuführenden neuen Regelungen des EU-Ministerrates zur Landwirtschaft sprachen Dr. Wolfgang Jahn, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europa-Abgeordneten Christel Fiebiger (PDS), und Dr. Jürgen Heinrich von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wichtige Elemente der Agrarreform bilden der gedeckelte Haus



59. / 60. Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages und Mitglied des Parteivorstandes gemeinsam mit Dr. Frank Thiel (MdL) und Ria Theil (MdL) und Bürgermeisterin der Gemeinde Droyßig bei einer Wahlveranstaltung in der Schlossgaststätte Droyßig







61. / 62. Der Kreisvorstand der PDS ist erneut mit einem Informationsstand auf der Elsterschau im Industriepark (ehemals Hydrierwerk Zeitz)) vertreten





63. / 64. Am 16. Juli 2002 fand die 3. -inzwischen traditionelle- Agrarpolitische Konferenz des Kreisverbandes der PDS mit namhaften Rednern und Besuchern in Kleinjena statt





65. Kreistagsfraktion und Kreisvorstand bemühen sich vehement um die Erhaltung des Zeitzer Theaters. Aber auch der Einsatz von Ria Theil (MdL) kann die Schließung nicht verhindern.  
Am 31.12.2002 findet die letzte Veranstaltung vor vollem Haus statt



66. Viele Mitglieder des Kreisverbandes nehmen am 15. Februar 2003 an der großen Friedensdemonstration in Berlin teil



67. Anlässlich des 80. Jahrestages der Ermordung demonstrierender Bergarbeiter in Theißen und Zeitz organisierten die Geschichtskommission und der Vorstand des Kreisverbandes der PDS Kranzniederlegungen an den Gedenksteinen.

Als Redner traten der Bürgermeister von Theißen und der Kreisvorsitzende auf. Am Abend fand im Friedenssaal des Rathauses in Zeitz ein Podiumsgespräch zu den damaligen Ereignissen statt, an dem auch Vertreter des Kohlebergbaus MIBRAG teilnahmen



Am 26.2.2004 veranstalteten der PDS-Kreisverband des Burgenlandkreises und die PDS-Kreistagsfraktion mit Unterstützung der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt sowie die Arbeitsgemeinschaft Agrarpolitik/Ländlicher Raum des Parteivorstandes der PDS in Kleinjena das 4. Agrarpolitische Forum. In dessen Mittelpunkt standen, eröffnet von Dr. Artur Spengler, Mitglied der genannten Arbeitsgemeinschaft, der weitere Weg der Landwirtschaft im Rahmen der ab 1. Mai 2004 um zehn weitere Mitgliedsländer größeren Europäischen Union und die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes in Sachen Bodenreform vom 22. Januar 2004.

Der Agrarpolitiker Dr. Hans Watzek sprach über den weiteren Weg der größer werdenden Europäischen Union, gewollt sowohl von den jetzigen 15 Mitgliedsländern sowie von den 10 neu dazu kommenden aus Mittel- und Osteuropa (MOE) sowie Zypern und Malta.

Es zeichnet sich ein Prozess ab mit einem dominierenden Kerneuropa (Deutschland, Frankreich, Großbritannien) und es wird eine Zwei-Klassen-EU entstehen aus den bisherigen 15 und den 10 neuen Mitgliedern. Ein größerer EU-Haushalt ist erforderlich. Die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe sollten die Gelegenheit nutzen, mit denen in den neuen Beitrittsländern Kooperationen anzustreben.

Hans-Jörg Krause, Agrarpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, sprach von Hoffnung auf späte Gerechtigkeit angesichts des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg vom 22. Januar 2004 für die 1992 enteigneten rechtmäßigen Erben von Bodenreformland.

Über zu erwartende schwerwiegende Auswirkungen der ab 2005 einzuführenden neuen Regelungen des EU-Ministerrates zur Landwirtschaft sprachen Dr. Wolfgang Jahn, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Europa-Abgeordneten Christel Fiebiger (PDS), und Dr. Jürgen Heinrich von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Wichtige Elemente der Agrarreform bilden der gedeckelte Haushalt und die Kürzung der Ausgleichszahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern drohen den deutschen Bauern schwerwiegende Wettbewerbsnachteile.

In der Diskussion wurde darauf verwiesen, dass eine weitere Liberalisierung der Märkte über die WTO die Masseneinfuhr billiger Nahrungsgüter aus Billiglohnländern zu Lasten dortiger sklavenartiger Ausbeutung die hiesige landwirtschaftliche Produktion wegkonkurriert. Eine weitere Senkung der Zuckerquote – in Brasilien wird Zucker mit einem Drittel des hiesigen Kostenaufwandes produziert – würde die Bauern unserer Region existenziell ruinieren.

Denkt man den agrarpolitischen Kurs der EU für Deutschland weiter, besteht die Gefahr, dass die deutschen Bauern nicht mehr aktiv produktiv sein werden, sondern möglicherweise nur noch als Pfleger und Verwalter der Kulturlandschaft. Eine derartige Aussicht wäre begleitet von verheerenden Folgen für den ländlichen Raum: Verlust von Arbeitsplätzen en masse, eine Agrarbrache. In Sachsen-Anhalt würde letztere die eingetretene Industriebrache ergänzen.

In allen Ausgaben des KURIER wurde über die in der Zeit vom 24. April bis 24. Oktober auf dem Gelände des Schlosses Moritzburg in Zeitz durchgeführte 1. Landesgartenschau von Sachsen-Anhalt berichtet. Ihre niveauvolle Gestaltung und die zahlreichen Veranstaltungen zogen viele Besucher an und bewirkten einen großen Erfolg. Im zeitlichen Vorfeld wurde im „klartext“, dem Magazin der PDS Sachsen-Anhalt, unter der Überschrift „Der ersten Landesgartenschau Sachsen-Anhalts entgegen“ ein von Iris Korwie abgefasster Beitrag optisch wirksam auf der Rückseite der März-Ausgabe veröffentlicht.

Die PDS-Landtagsfraktion bereiste im Rahmen einer Frühjahrskommunaltour auch den Süden Sachsen-Anhalts. Auf Anregung der Kreistagsfraktion beschäftigte sich eine Fraktionssitzung mit folgenden Themen:

1. Feuerwehren und die finanzielle Situation der Kommunen;
2. Überschuldung der Gemeinden – wie gehen wir damit um? An dieser Sitzung am 7.4.2004 in Naumburg (Schwalbenhof) nahmen die Landtagsabgeordneten Ria Theil, Wulf Gallert und Eva von Angern, die Mitglieder aller Stadtfractionen des Kreises und die Leiter der Ämter Finanzen und Brandschutz des Burgenlandkreises teil.

Im Ergebnis dieser Sitzung wurde eine Resolution in den Kreistag eingebracht, diese über den Landrat an alle Landtagsabgeordneten und an die Landesregierung weiterzuleiten mit der Bitte um Novellierung des Brandschutzgesetzes.

In der im Juni endenden Legislaturperiode brachte die PDS-Fraktion erfolgreiche Vorlagen zu folgenden Themen in den Kreistag ein:

- Bekennen des Landkreises zur Lokalen Agenda 21
- Ärztliche bzw. psychologische Beratung der Rettungskräfte der Feuerwehr nach schweren Einsätzen
- Verabschiedung einer Resolution gegen Rechts
- Standpunkte zur Gebührenerhöhung bei Müll durch den ZAW
- Antrag auf Verfassungsbeschwerde wegen Verletzung des Rechtes auf Selbstverwaltung

Besonders aktiv war die Fraktion bei der Unterstützung des Theatervereins zum Erhalt des Theaters Zeitz. Viele Gespräche wurden dazu geführt. Letztendlich konnten wir das Schließen nicht verhindern, die Schließung war einfach gewollt, besonders von den Fraktionen der CDU und SPD.

Der Schulen(ab)wicklungsplan war immer wieder Gegenstand von Beratungen und Gesprächen mit Betroffenen. Schulen wurden besichtigt, um Standortvorteile zu erkennen. Der Schülerrückgang machte Schließungen notwendig, wenn es auch nicht in unserem Sinne ist. Aber das finanzielle Problem lässt keine andere Möglichkeit. Zugestimmt haben wir nicht bei der Beschlussfassung.

Ein immerwährender Kampf war auch der Haushalt des Kreises. Zustimmung, enthalten, dagegen? Das Abstimmungsverhalten war unterschiedlich in den Jahren, aber 2003 und 2004 wurde dagegen gestimmt, weil einfach keine Spielräume vorhanden waren, nur noch Streichungen erfolgen konnten und dem konnten wir nicht mehr zustimmen, weil es alle Bereiche betraf, nicht mehr nur die so genannten freiwilligen Aufgaben, auch die Pflichtaufgaben waren immer weniger finanziell unterlegt.



Eine gute Zusammenarbeit bestand auch mit der Fraktion des Landkreises Weißenfels-Hohenmölsen. Manche Vorlage wurde abgesprochen und in beiden Kreistagen eingebracht.

Der Kreisvorstand gab im April 2004 ein Sonderheft des KURIER heraus. Es enthielt das Europa-Wahlprogramm, den Wahlauf Ruf des Kreisvorstandes und die Vorstellung der Kandidaten zur Kreistagswahl und zur Wahl in die Gemeinderäte. Im Ergebnis der am 13. Juni 2004 stattgefundenen Wahlen konnte ein guter Erfolg erzielt werden.

Die PDS ist weiter gestärkt im Europäischen Parlament vertreten und kann ihre erfolgreiche Politik fortsetzen. Die PDS in Sachsen-Anhalt hat ihren Anteil zu diesem Erfolg beigetragen.

Der Kreisverband Burgenlandkreis gehört dabei zu den vielen Kreisen, die gestärkt aus diesen Wahlen hervorgegangen sind. Unser Ziel, zweitstärkste Kraft im Kreis zu werden, haben wir geschafft. Den Grundstein hatte der Kreisvorstand mit der bereits 2002 beschlossenen Konzeption „Die Kommunalwahlen 2004 rechtzeitig vorbereiten“ gelegt. Nahezu alle dort vorgegebenen Zielstellungen wurden erreicht, ja teilweise sogar überschritten.

Wir wollten mit 10 bis 12 Sitzen in den neuen Kreistag einziehen, erreicht wurden 11 Sitze. Wir wollten in die Stadtparlamente aller zehn Städte des Kreises einziehen, in sieben Städten ist uns das gelungen. Das ist trotzdem eine Zunahme gegenüber 1999. Bisher waren wir in sechs Städten mit 23 Abgeordneten vertreten, jetzt sind es in sieben Städten 30 Abgeordnete.

Wir stellten weitere 47 Bewerberinnen und Bewerber für die Wahlen in 15 Gemeinde- und Ortschaftsräten. In allen angetretenen Gemeinden sind wir jetzt mit 27 Abgeordneten vertreten. Dabei erhielten wir in einigen Gemeinden mehr Stimmen als wir Kandidaten stellen konnten. Auch in einigen Gemeinden wurden wir die zweitstärkste Partei.

Leider hatten sich aber auch unsere Befürchtungen bestätigt. Zu viel Menschen haben geglaubt, ihren Frust und ihren Protest gegen die aktuelle Politik der rot-grünen Regierung dadurch zum Ausdruck zu bringen, wenn sie nicht zur Wahl gehen.

Der schon seit der letzten Wahl deutlich gewordene Trend hat sich dramatisch fortgesetzt. In zahlreichen Gemeinden haben sich Wählergruppen, Wahlvereine usw. mehrheitlich gegen die Parteien durchgesetzt.

Der Leichtfertigkeit und Skrupellosigkeit einer solchen „Freien Wählergemeinschaft Burgenland“ (FW) war es zu „verdanken“, dass nun im Kreis eine Wahlwiederholung für den Kreistag erfolgen musste.

Zur Wiederholung der Kreistagswahl äußerte sich Dr. Frank Thiel als gewählter Abgeordneter in der August-Ausgabe des KURIER:

*Ich habe mich auf der Konstituierung des Kreistages am 12.7.2004 eindeutig für eine Wahlwiederholung ausgesprochen. Es ist doch nicht hinnehmbar, wenn Wahlunterlagen – wie bei den Freien Wählern – gefälscht wurden, nur damit genügend Kandidaten für eine Wahl zur Verfügung stehen. Bei 19 von 23 Bewerbern dieser Wählervereinigung ist das vorsätzlich gemacht worden.*

*Auf diese Bewerber entfielen allein 1.810 Stimmen und die so genannten „Freien Wähler“ erhielten somit einen Sitz im Kreistag, den sie ohne diese Stimmen nicht erhalten hätte. Damit sind auch meiner Meinung nach mandats erhebliche Auswirkungen eingetreten, die die Sitzverteilung im Kreistag beeinflusst. Die Empfehlung des Innenministeriums besagt, dass sowohl eine „Mandats- als auch eine Sitzrelevanz des bei Zulassungsentscheidung nicht erkennbaren Wahlfehlers“ vorliegt, was zur Ungültigkeit der Wahl führen müsse.*

*Wird die Wahl nicht wiederholt, so könnte das ein Zeichen sein, dass andere sich ebenfalls unlauterer Mittel bedienen, um zu Sitzen in kommunalen Parlamenten zu kommen.*

*Hier sollten wir keinen Fußbreit an Gesetzeslücken zulassen, um die souveräne Arbeit einer demokratisch legitimierten Vertretung zu gewährleisten. Unsere politische Verantwortung wird darin bestehen, gemeinsam mit den anderen demokratischen Parteien im Burgenlandkreis zu werben, dass durch eine hohe Wahlbeteiligung der neue Kreistag diese Souveränität hat.*

*Einerseits sind die Lücken im Wahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zu schließen (dafür werden wir eine parlamentarische Initiative im Landtag starten), damit solche Vorgänge sich nicht wiederholen. Andererseits sind Staatsanwalt und Gerichte in der Pflicht, mit allem Nachdruck den Wahlfälschungen nachzugehen und die Schuldigen zu bestrafen bzw. sie an den Kosten für die Wahlwiederholung zu beteiligen.*

Der Kreisvorstand würdigte das Andenken an den Genossen Roland Wohlfeld, Kreisvorsitzender von September 1996 bis November 1997, der am 27. Juni 2004 im Alter von 59 Jahren nach langjähriger Krankheit verstarb.

Die Herbstmonate des Jahres 2004 wurden wesentlich vom Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit und das Hartz IV-Gesetz geprägt. Das widerspiegelte sich deutlich im KURIER.

Die Protestwelle gegen Hartz IV erreichte auch Zeitz. Zwei mutige Bürger meldeten für den 23.8. eine Demonstration von 200 bis 300 Menschen an. Es kamen

2.500, auch Polizei, die sich um rechte Störer sorgte, und viele, deren Herz links schlägt. Die Organisatoren waren von der Menge überwältigt. Einig waren sich die Menschen, dass die Zeit reif ist, endlich gegen den Sozialabbau aufzustehen.

Es war schon beeindruckend, als sich die Menschen zum Protestzug formierten und in Gang setzten. Nach der Demo verlas eine Bürgerin einen von ihr verfassten Brief an Gerhard Schröder; darin wurden die negativen Folgen dieser Politik geschildert. Es wurden Flyers verteilt mit der Aufschrift“ Hartz IV – das ist Armut per Gesetz – Weg damit!“

Von nun an fanden regelmäßig Montagsdemonstrationen in Zeitz statt.

Am 24. September 2004 konstituierte sich im Vorraum des Friedenssaales des Rathauses Zeitz der „Offene Runde Tisch Zeitz“ (ORTZ). Dabei wurden zwei Erwartungen verbunden:

1. Unter Einbeziehung aller den Interessen des einfachen Volkes zugewandten Kräfte – ob Einzelpersonen, Vereine, Verbände oder Parteien – soll ein zukunftsfähigeres politisches Konzept erarbeitet und als Alternative zur gegenwärtigen, die Gesellschaft ruinierende Politik ins Gespräch gebracht werden.
2. Durch die Bündelung aller vernünftigen gesellschaftlichen Kräfte im ORTZ soll dieser in der Lage sein, bei fortdauernder Ignoranz der verantwortlichen Politiker eine erhebliche Anzahl von Menschen, die weit über die Anzahl der Montagsdemonstranten hinausgeht, in kürzester Zeit für Aktionen auf der Straße zu mobilisieren.

36 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unterschiedlichen Alters und politischer Einstellungen aus der Region Zeitz fuhren am 2.10.2004 mit nach Berlin, um gegen das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV) zu demonstrieren.

Darüber berichtete Maria Schreiber in der November-Ausgabe des KURIER u. a.: *In Berlin angekommen, wies uns Täve Schur den Weg und wir stellten fest, dass die angereisten Teilnehmer sich gut auf diesen Aktionstag eingestellt hatten: PDS-Fahnen, Transparente, Plakate kündeten vom festen Willen, sich gegen Hartz IV zu wehren.*

*Wenn auch nicht so viele Demonstranten wie zur Antikriegsaktion erschienen waren, die offiziell angegebene Zahl von 45.000 war garantiert untertrieben. Beeindruckend war mit wieviel Ideenreichtum die Plakate und Transparente gefertigt waren. Und überall rote Fahnen, Ver.di war stark vertreten, auch die IG Metall und sehr, sehr viele Migrantenbündnisse.*

*Und alle beschworen, jetzt zusammen zu stehen, sich weder durch Parteien noch durch das Parlament und die Regierung auseinander dividieren zu lassen. Auch die Redner mahnten zu einheitlichem Handeln, unabhängig von Weltanschauung, Bildungsweg und sozialer Stellung. Das war die wichtigste Botschaft des Tages.*

Beträchtliche Unstimmigkeiten belasteten die nach den Wahlen vom 13. Juni erforderlich gewordene Neukonstituierung des Gemeinderates Naumburg, als Katja Bier zur neuen Vorsitzenden der PDS-Fraktion gewählt wurde. Es fanden mehrere Aussprachen mit Roland Ködel statt. Im Mittelpunkt stand die Auseinandersetzung um seinen Führungsstil als bisheriger Fraktionsvorsitzender. Schließlich erklärte er seinen Austritt aus der Fraktion und übte sein Mandat künftig fraktionslos aus.

Zur Auswertung der 1. Tagung des 8. Bundesparteitages führte der Vorstand der Basisorganisation der Stadt Zeitz am 20. November 2004 eine erweiterte Mitgliederversammlung durch. Der Veranstaltungsraum der Volkssolidarität Zeitz war bis auf den letzten Platz besetzt. Das war ebenso wie die lebhaft diskutierte Diskussion ein Hinweis darauf, dass diesem Parteitag von vielen Mitgliedern eine große Bedeutung zugemessen wurde.

Den Bericht erstattete der Kreisvorsitzende, Genosse Brandner, der als einer der zwei Delegierten des Kreisverbandes am Parteitag teilgenommen hatte. Er stellte in den Vordergrund seines Berichtes den Leitantrag, der nach umfangreicher Diskussion und zahlreichen Anträgen vom Parteitag angenommen worden war. Der Leitantrag beinhaltete eine weitreichende Einschätzung der derzeitigen politischen Situation in Deutschland, die sowohl in Politik und Wirtschaft, in Kultur und Gesellschaft als auch in Theorie und Praxis den sozialstaatlichen Kompromiss der Nachkriegsgesellschaft zur Disposition stellt.

Horst Brandner betonte, dass dieser Leitantrag sich besonders dadurch auszeichnet, dass er nicht nur eine generelle Kritik an dieser neoliberalen Entwicklung übt, sondern den unsozialen Reformen nachprüfbar Alternativen gegenüberstellt. Der Leitantrag formulierte unsere Ansprüche an die Einheit eines strategischen Dreiecks von Protest, Gestaltung und Vision.

Als Zielstellung wurde der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag hervorgehoben. Das erfordere, für die relevanten Probleme außerhalb und innerhalb der PDS konkrete Konzepte zu entwickeln und diese den Menschen verständlich und überzeugend zu vermitteln.

Die PDS beteiligte sich aktiv an dem am 25.11.2004 durchgeführten Internationalen Aktionstag „Nein zu Gewalt gegen Frauen“, der um 11 Uhr mit einer Fah-

nenaktion auf dem Naumburger Markt von der Gleichstellungsbeauftragten, Frau Schikor, eröffnet wurde unter dem Motto „Frei leben – ohne Gewalt!“.

Um 14 Uhr begrüßte der Landrat, Herr Reiche, im Foyer der Kreisverwaltung die Leiterin des Frauenhauses im Burgenlandkreis, Frau Weise, und eröffnete die Wanderausstellung der Frauen- und Kinderschutzwohnung des Burgenlandkreises.

Das neue Gewaltschutzgesetz schützt die Opfer von häuslicher Gewalt, unabhängig davon, ob es sich um Gewalt in einer Partnerschaft oder um Gewalt gegen andere Familienangehörige handelt.

Im Burgenlandkreis haben sich Vertreterinnen und Vertreter von freien Trägern, Verwaltung und Justiz vernetzt mit dem Ziel, Opfern ein niedrigschwelliges Angebot an Hilfe zu geben und durch ein einheitliches Handeln konsequent gegen häusliche Gewalt vorzugehen.

Die Schüler der Musikschule „Heinrich von Veldeke“ Naumburg gaben dem Ganzen die musikalische Umrahmung.

Montags fanden regelmäßig vom ORTZ organisierte Demonstrationen statt, über die auch ständig in der „Mitteldeutschen Zeitung“ informiert wurde. Einen Höhepunkt bildete die Demo am 18.12.2004 unter dem Motto „Gegen die menschenfeindliche Politik der Regierung! Für ein besseres, gerechtes und soziales Deutschland“, auf der Dieter Dehm, Mitglied des Parteivorstandes, auftrat.

Der Beginn des Jahres 2005 war deutlich gekennzeichnet durch den Volksentscheid in Sachsen-Anhalt über den Gesetzentwurf für ein Kinderbetreuungs-gesetz, das von einem „Bündnis für ein kinder- und jugendfreundliches Sachsen-Anhalt“ initiiert wurde. Im Aufruf zum Volksentscheid, den die PDS unterstützte, hieß es u. a.:

*Im Kern geht es dabei um den uneingeschränkten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder, die Entwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Bildungseinrichtungen mit einem klaren Bildungsauftrag und gleichen Bildungschancen für alle Kinder, die Stärkung der Kinder durch Erwerb wichtiger Kompetenzen im sozialen Zusammenleben, die Unterstützung der Familien bei der Bildung und Erziehung der Kinder im Elterhaus, gute pädagogische Standards in den Einrichtungen und den Einsatz ausschließlich von pädagogisch qualifizierten Fachkräften.*

### ***Das Geld für Kinderbetreuung ist vorhanden!***

*Wir fordern, an folgenden Stellen für die Kinderbetreuung im Landeshaushalt einzusparen:*

- Verzicht auf das Parkdeck für den Landtag und die Staatskanzlei **4 Mio. Euro***
- Mietkosten von Landesinstitutionen **5 Mio. Euro** von 120 Mio. Euro*
- Neuanschaffung von Computertechnik für die Landesverwaltung **15 Mio. Euro***

*von 60 Mio. Euro*

- *Unterlassung von Steuerverschwendungen (2003 waren das 30 Mio. Euro)*
- *Konsequenter Einsatz der CDU/FDP-Landesregierung zur Erreichung der Wiedereinführung der Vermögenssteuer 500-600 Mio. Euro*
- *Verzicht auf eine gegen den Volksentscheid gerichtete Propagandaaktion 0,5 Mio. Euro.*

*...Das Gesetz ist erst angenommen, wenn mindestens ein Viertel der Wahlberechtigten dafür stimmen. 500.000 JA-Stimmen werden für einen Erfolg gebraucht.*

Leider konnte das Ziel des Volksentscheides nicht erreicht werden – trotz des Engagements zahlreicher aktiver Helfer. In Zeitz nahmen nur 17,66 Prozent der Bürgerinnen und Bürger an diesem ersten Volksentscheid in Sachsen-Anhalt teil.

10,02 Prozent der Bürgerinnen und Bürger sprachen sich für den unterbreiteten Gesetzentwurf aus. Dieses Resultat war in hohem Maße der massiven und undemokratischen Kampagnen durch die CDU/FDP-Landesregierung wie auch den Kreistag des Burgenlandkreises geschuldet.

Ein in Auswertung des Volksentscheides vom 23.1.2005 im KURIER veröffentlichter, von Michael Blöth abgefasster, Beitrag erregte zu Recht die Kritik von Leserinnen und Lesern, vor allem auch des Landesvorstandes. Diese Ausführungen waren in ihren Bewertungen extrem überzogen und ließen Sachlichkeit und jegliche Ausgewogenheit vermissen. Sie waren durch Blöths Einzelentscheidung ohne Kenntnis der Redaktion in die Februar-Ausgabe des KURIER gelangt.

Dr. Angelika Klein (MdL) reagierte darauf mit einem Beitrag im KURIER, in dem sie klarstellte, dass trotz der großen sozialen Verwerfungen ein „neuer Faschismus“, wie von Blöth angemerkt, nicht auf der Tagesordnung steht und die bürgerlichen Parteien trotz mancher Versuchungen, die Stimmen der Rechtsextremisten zu binden, keine faschistischen oder faschistisch unterwanderten Parteien sind.

Unter der Überschrift „Generationswechsel in Naumburg“ wurde in der gleichen Ausgabe des KURIER ein Beitrag der verdienstvollen Genossin Dr. Anneliese Dame publiziert, in dem es u. a. hieß: *Mit der Wahl von Uwe Vogel zum neuen Vorsitzenden hat sich in der Leitung der BO Naumburg-Ost der Generationswechsel vollzogen. Die Mitglieder der BO wählten Uwe Vogel, 27 Jahre alt und seit vier Jahren Mitglied unserer Partei, zu ihrem neuen Vorsitzenden.*

*Mit lobenswerter Disziplin waren über 50 Prozent der Mitglieder der BO Naumburg-Ost anwesend, sodass wir beschlussfähig waren. Ich erklärte meinen Rückzug aus der Funktion der Vorsitzenden, da mich das Alter (74) drückt. Uwe stellte sich als Kandidat vor und bekundete seine Absicht zur Übernahme der BO-*



*Leitung. Er gab zu bedenken, dass seine Berufstätigkeit zeitliche Einschränkungen mit sich brächte. So müsste für die Beratung der BO-Vorsitzenden des Geschäftsbereiches Naumburg ein anderer Termin gefunden werden. Dafür hatten alle Verständnis.*

*Die BO Naumburg-Ost hat 41 Mitglieder. 23 Mitglieder haben an der Abstimmung teilgenommen und den Kandidaten mit 100 Prozent der Stimmen gewählt. In freier Abstimmung wurde ich zur Stellvertreterin gewählt. Die Kassierung der Kassierungsgruppe 27 und Stadtmitte sicherte ich weiterhin zu.*

*Iris Korwie, die namens der Redaktion des KURIER ständig über die Landesgartenschau des Vorjahres berichtet hatte, hielt dazu in der Februar-Ausgabe eine Rückschau. Darin führte sie u. a. aus:*

*Eine gute Vorbereitung, Mut zum Risiko, sach- und fachgerechtes Arbeiten, Herz und Verstand aller Beteiligten haben die Gartenschau zu einem großartigen Erlebnis werden lassen und zu einem Impuls für die gesamte südliche Region Sachsen-Anhalts.*

*Die Partnerstadt Detmold hat uns mit ihrem Geschenk, dem Detmolder Garten vor dem Torhaus, eine bleibende Freude bereitet. Der japanische Garten, ein Beitrag unserer Partnerstadt Tosu, hat viele Besucher zur LAGA gelockt. Die Philosophie dieses Gartens, der zu Ruhe und Besinnlichkeit anregen soll, ist im Trubel der Gartenschau etwa verdrängt worden. Da kommt man in der Zeit danach sicher besser auf seine Kosten.*

*Unsere Partnerstadt hat außer dem Garten noch einen anderen, sehr schönen Beitrag zur LAGA geleistet. Mit der japanischen Woche wurde uns die Kultur dieses fernen Landes näher gebracht. Die Kunst des Blumensteckens Ikebana wurde vorgeführt und von Meistern dieser Kunst erklärt. Eine Geschichte aus der japanischen Mythologie wurde getanzt, eine Teezeremonie, aus der Gäste aus dem Publikum einbezogen wurden, fand statt.*

*Ein Meister der Kalligraphie stellte mit seinen Schriftzeichen die Jahreszeiten ganz lebendig dar und verschenkte seine Werke an das Publikum. Auch wie man einen Kimono anlegt und eine Geisha schminkt wurde gezeigt. Ich war erstaunt, wie viele Regeln man in Japan beachten muss. Die japanische Woche war eine großartige und dankenswerte Geste unserer Partnerstadt Tosu.*

*Auch in sehr schöner Erinnerung sind mir die Landesmusikschultage, das Landeschorfest, die Blumen- und Blütenpracht in den Hallen und auf dem Gelände, die Kakteen- und Orchideenschauen, die lehrreichen Vorträge im Albrechtschen Palais, der Bienengarten, die Beete mit den nachwachsenden Rohstoffen und, und, und. Viele Besucher und auch mich hat der Holzbildhauer Lindner aus*

*Hollsteitz begeistert. Er war ein Glück für die Gartenschau mit seinen liebe- und phantasievollen Skulpturen.*

*Es kamen viele Gäste aus Nah und Fern. Ich freue mich auf die Zeit danach, durch dieses schöne Gelände zu spazieren und hoffe, dass es gut erhalten wird.*

Die Mitglieder des Kreisvorstandes dankten allen Mitgliedern und Sympathisanten des Kreisverbandes Burgenlandkreis für die außerordentlich hohe Spendenbereitschaft insbesondere zur Tilgung, der - des durch uns zu verantwortenden groben Fehlers - entstandenen Verbindlichkeiten gegenüber dem Landesverband (hohe Kosten bei der Anfertigung von Wahlmaterial).

Das Programm des Ostermarsches 2005 umfasste eine Demonstration im Zeitzer Forst (Breitenbach) am 25.3. nachmittags, ein Abendprogramm in Zeitz mit Information zur EU-Verfassung und Osterfeuer sowie einen Besuch des ehemaligen KZ-Außenlagers von Buchenwald in Rehmsdorf am 26.3. als gemeinsame Veranstaltung mit dem Bund der Antifaschisten Leipzig. Thematisiert wurden diese Veranstaltungen durch den so genannten „weltweiten Kampf gegen den internationalen Terror“, den Raub an den Sozialsystemen und das Erstarren der Rechten.

In der Kreistagssitzung in Karsdorf am 11.4.2005 stimmte die PDS-Fraktion dem Entwurf eines Kommunalneugliederungsgesetzes zu. Mit einer Fläche des neuen Kreises (bisheriger Burgenlandkreis + Weißenfels und Hohenmölsen) von 1412 km<sup>2</sup> und 211.726 Einwohnern ist dies ein übersichtlicher Kreis im Süden Sachsen-Anhalts. Ein noch größeres Kreisgebilde mit Einschluss von Merseburg/Querfurt lehnte die Fraktionsmehrheit ab.

Im zeitlichen Umfeld des 60. Jahrestages des Kriegsendes in Europa und der Befreiung vom Hitlerfaschismus nahmen Wertungen dieser Ereignisse, zunehmende Aktivitäten von Neonazis und Debatten um ein NPD-Verbot im politischen Leben einen bedeutenden Raum ein.

Die Geschichtskommission beim Kreisverband des Burgenlandkreises gab anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus eine Denkschrift heraus, in der festgestellt und begründet wurde, dass *unstrittig ist, dass der 8. Mai 1945 den Tag des Endes des Zweiten Weltkrieges darstellt* und ferner *Schließlich stellte der 8. Mai 1945 auch den Tag der Befreiung dar, der Befreiung von der Hitlerdiktatur, die fast die ganze Welt in Brand gesteckt hatte und auch in Deutschland unübersehbare Trümmerhaufen und ein Meer von Blut und Tränen hinterlassen hatte.*

Diese Broschüre war Teil eines Konzeptes, das die Geschichtskommission dem Kreisvorstand zur Vorbereitung und Würdigung dieses historischen Ereignisses vorgelegt hatte.

Aus diesem Anlass fand am 25. Mai 2005 in Weißenfels eine stark besuchte Landesveranstaltung der PDS statt, auf der auch Wladimir Gall, einstiger Kulturoffizier der Sowjetarmee in Sachsen-Anhalt, eindrucksvoll auftrat.

Am 30. April 2005 fand in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität in Zeitz die 1. Tagung der 7. Kreisdelegiertenkonferenz des Kreisverbandes Burgenlandkreis statt. Auf der Tagesordnung stand nicht nur die Wahl der Delegierten zum Landesparteitag im Juni, sondern standen auch der Rechenschaftsbericht des Kreisvorsitzenden sowie der Finanzverantwortlichen, der Arbeitsbericht der Kreisfraktion Burgenlandkreis wie auch eine Berichterstattung von Birke Bull zur Entwicklungskonzeption für Sachsen-Anhalt aus Landessicht.

Als Delegierte gewählt wurden Margot Diers und Kora Brandner. Auf der gemischten Liste wurden Dr. Frank Thiel, Uwe Vogel und Andreas Baatz gewählt.

Im Rechenschaftsbericht des Kreisvorsitzenden Horst Brandner wurde umfassend der Leitantrag des Leunaer Parteitages ausgewertet. Kritisch festgestellt wurde, dass sich die Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes nur auf vier Schwerpunkte bezieht, und zwar den KURIER, die Arbeit der Geschichtskommission, die Wirkung der Arbeit von Mandatsträgern in der Öffentlichkeit und öffentliche Auftritte zu Gedenktagen. Die Arbeit am „Offenen Runden Tisch Zeitz“ (ORTZ) wird weiterhin unterstützt.

Am 19. Mai 2005 setzten sich sechs interessierte Genossen und Sympathisanten zusammen, um eine Lücke im Bereich Öffentlichkeitsarbeit des Kreisverbandes Burgenlandkreis zu schließen. Mit Zustimmung des Kreisvorstandes bildeten sie die Arbeitsgruppe Politische Bildung.

Folgende Themen (Arbeitstitel) sollten bearbeitet werden:

- Die PDS und die EU-Verfassung
- Die PDS in Regierungsverantwortung – Ja oder Nein?
- Was war uns die DDR wert?
- Die PDS- Religion und Fundamentalismus
- Die neue Situation der ehemaligen Sowjetunion
- Die PDS und die Visionen
- Die Parteireform der PDS

Es wurde vorgesehen, nach umfassenden Diskussionen Rededispositionen für entsprechende Bildungsveranstaltungen den Basisorganisationen anzubieten.

Unter der Überschrift „Geschichtsp parallelen. Gibt es eine Parallele zur Weimarer Republik?“ veröffentlichte die Geschichtskommission des Burgenlandkreises in der Juni-Ausgabe des KURIER einen Beitrag, in dem Vergleichbares und Unterschiede zwischen Weimarer Republik und heutiger Bundesrepublik deutlich herausgearbeitet und zur Sammlung aller demokratischen Kräfte orientiert wurde, um den sich ausbreitenden Rechtsextremismus zu stoppen.

Am 1. Juni 2005 waren wir in Naumburg zum ersten Mal im Rahmen der Kinderfete der Stadt Naumburg als Mitgestalter dabei. Die Spiel- und Informationslandschaft auf dem Marienplatz wurde gemeinsam von der Stadt Naumburg, dem DGB, zahlreichen Vereinen und Kindereinrichtungen, der PDS und Naumburger Unternehmen für 12 bis 16.30 Uhr vorbereitet.

Als PDS konnten wir dabei an langjährige Erfahrungen der Gestaltung von Kinderfesten am Naumburger Auenblick anknüpfen. Aktivität und Kreativität waren überall gefragt. Wir brachten unsere Malstraße mit. An vier Aufstellern mit acht Flächen im A 1-Format haben die Kinder, unterstützt von erfahrenen und „neuen“ Helfern, mit Farben und Pinseln ihre Vorstellungen mit großer Begeisterung auf den Rückseiten von Tapeten in Kunstwerke umgesetzt.

An Wäscheleinen zwischen den Bäumen flatterten sie dann lustig zum Trocknen im Wind. An einem zweiten Stand entstanden auf Zeichenblättern und Kopien bunte Vögel, Schmetterlinge und Blumen in phantasievoller Farbzusammenstellung.

An unserem Infostand haben wir Eltern die Broschüre der Fraktion der PDS im Landtag mit dem Titel *Schritte des Übergangs zu einer „Schule für alle Kinder“ in Sachsen-Anhalt* angeboten. Für die Kinder hielten wir eine Broschüre des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend über die Rechte der Kinder und bunte Flyer des Deutschen Kinderhilfswerkes mit Tipps zum sicheren und gekonnten Umgang mit dem Internet bereit.

Als Bundeskanzler Gerhard Schröder nach den vielen SPD-Niederlagen bei Landtagswahlen – zuletzt im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen – Kurs auf vorgezogene Bundestagswahlen nahm, entstand eine neue politische Lage.

Darauf stellte sich der außerordentliche Parteitag der PDS am 17. Juli 2005 ein. Er beschloss einen neuen Namen für die Partei und machte es damit möglich, dass PDS und WASG auf der Grundlage des Partei- und Wahlgesetzes gemein-

sam zur Bundestagswahl antreten konnten. Es bot sich die Chance, dem globalen Kapitalismus eine neue Linke entgegen zu stellen.

Am 1.7.2005 hatte zuvor die VertreterInnenkonferenz des Landesverbandes Sachsen-Anhalt stattgefunden, auf der die Landesliste zur Bundestagswahl aufgestellt und bestätigt wurde. Landesvorsitzender Matthias Höhn orientierte für den Bundestagswahlkampf auf fünf Schwerpunkte:

- Arbeit statt Almosen
- Bürgerversicherung statt Kopfpauschale
- Bildung und Chancengleichheit
- Integration statt Ausgrenzung
- Eine Steuerpolitik, die den Staat nicht arm macht.

Die Vorschläge des Landesvorstandes, die Landesliste von 10 auf 12 Personen bei 10 Wahlkreisen zu vergrößern, wurde angenommen. Der Landesvorstand schlug als Spitzenkandidatin Petra Sitte und für die folgenden, aussichtsreichen Plätze Jan Korte, Katrin Kunert und Roland Claus vor. Die ersten vier Plätze wurden in der genannten Reihenfolge belegt.

Den fünften Platz erhielt Elke Reinke, eine 47 Jahre alte Nachrichtentechnikerin von der WASG. Sie hat die Montagsdemos in Aschersleben sehr erfolgreich organisiert. Veit Kuhr, evangelischer Diakon in Halberstadt und Gründer von AHA (Alternative Halberstadt), erhielt Platz 6 nach mehreren Wahlgängen.

Roland Claus betonte in seiner Bewerbungsrede, dass wir am Sozialismus festhalten werden, aber auch, dass wir nicht das Recht haben, Hoffnungen zu wecken, die wir enttäuschen müssen, weil wir das Blaue vom Himmel versprechen. Er warb für den Versuch, Hartz IV nach vorn aufzulösen. Dabei sollen die Ein-Euro-Jobs in reguläre, versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt werden.

Die Ostkompetenz sei das einzige Thema, bei dem nicht die Gefahr einer feindlichen Übernahme bestehe, meinte Roland Claus. Die europäische Integration sei für ihn eine Selbstverständlichkeit, die es zu leben gilt. Wir werden uns auch weiterhin als verlässliche Partner im Kampf gegen den Rechtsextremismus erweisen.

Im Burgenlandkreis stand am 18. September auch die Wiederholung der Neuwahl des Kreistages an.

Am 18. Juli 2005 beschlossen die VertreterInnen auf ihrer Versammlung in Naumburg die entsprechenden Wahllisten. Am Versammlungstag lagen 34 Bewerbungen um einen Listenplatz auf der offenen Liste unserer Partei vor. 31 Be-

werberinnen und Bewerbern wurde das Vertrauen für die Kandidatur ausgesprochen. Die Wahlkommission kam zu folgendem Ergebnis der Listenplatzverteilung:

**Wahlbereich I**

1. Katja Deibicht
2. Dr. Frank Thiel
3. Nicole Gentsch
4. Lothar Gentsch
5. Doreen Gloede
6. Horst Brandner
7. Edeltraud Findeis
8. Horst Heller
9. Maria Rößler
10. Klaus Brunn
11. Thomas Karkein
12. Dr. Rasmus Reinhardt
13. Michael Blöth
14. Gunther Emmrich
15. Christian Selzer
16. Thomas Illgen
17. Dr. Detlef Köpke

**Wahlbereich II**

1. Sylvia Friedrich
2. Olaf Schumann
3. Katja Bier
4. Roland Becker
5. Erika Tanz
6. Gotthard Scholz
7. Antje Perl
8. Thyen Jan
9. Christina Zweigler
10. Hans-Dieter Stolle
11. Constanze Haase
12. Peter Kroha
13. Peter Fritzsche
14. Klaus Geißenhöner

Im Vorfeld des Wahlsonntags wurden umfangreiche Aktivitäten entwickelt, um die Bürgerinnen und Bürger für die Wahl der von der PDS aufgestellten Kandidaten für Bundestag und Kreistag zu gewinnen. Dementsprechend wurde auch der KURIER gestaltet. Übersichtliches Material zur Bildungspolitik, Steuerpolitik, Außenpolitik sowie zu Verteidigung und Innerer Sicherheit wurde den verschiedenen Ausgaben beigegeben, erarbeitet von der Geschichtskommission der Linkspartei.PDS im Burgenlandkreis. Auch das Wahlprogramm zur Kreistagswahl wurde auf die gleiche Weise verbreitet.

Einen Höhepunkt im Wahlkampf bildete ein Forum in den Räumen der Volkssolidarität in Zeitz, auf dem Roland Claus als Direktkandidat für den Bundestag auftrat.

Am 18. September 2005 konnte die Linkspartei.PDS sowohl bei der vorgezogenen Bundestagswahl wie auch bei der wiederholten Kreistagswahl ein gutes Ergebnis erzielen.

Allen Unkenrufen zum Trotz, die Politikverdrossenheit und massenhaft Nichtwähler an die Wand malten, lag die Beteiligung bei der Bundestagswahl bei fast 78 Prozent.



Unser Direktkandidat aus dem Wahlkreis 74 (Burgenlandkreis/Weißenfels), Roland Claus, erhielt 26,6 Prozent an Erststimmen und verhalf damit auch der Partei zu 26,6 Prozent der Zweitstimmen. Das war im Vergleich zur Wahl 2002 ein beachtlicher Stimmenzuwachs von 11,7 Prozent. Damit erhielt die Linkspartei.PDS absolut 882 Stimmen mehr als die CDU, die gegenüber 2002 eine Einbuße von 5,3 Prozent hinnehmen musste. Die SPD musste ebenfalls einen erheblichen Stimmenverlust von 11,1 Prozent hinnehmen, ist aber mit 29,6 Prozent stärkste politische Kraft im Wahlkreis.

Auf Landesebene erhielt die Linkspartei.PDS einen Stimmenzuwachs von über 12 Prozent und wurde so zum absoluten Wahlgewinner.

Die Ergebnisse der Kreistagswahl haben sicher noch nicht alle Vorbehalte beseitigt, sind aber doch auch ein Argument für die Zusammenarbeit der PDS mit der WASG und die Öffnung der Partei zu einer starken Linken auf allen Ebenen.

Die erreichten 54.840 Wählerstimmen (=24,13 Prozent) bedeuteten einen Zuwachs von 6,83 Prozent gegenüber der Wahl von 1999. Dieses Ergebnis war besonders wertvoll, wenn man die Stimmenverluste der CDU und SPD von 8,72 und 4,13 Prozent in Betracht zieht.

Für die Sitzverteilung bedeutete dieses Ergebnis, dass die Partei nunmehr mit 12 Sitzen zweitstärkste politische Kraft wurde. 1999 hatten wir 8 und 2004 sind es 11 Mandate gewesen.

Die 12 Sitze wurden aus dem Kreis der insgesamt 31 Kandidatinnen und Kandidaten wie folgt besetzt:

|                    |               |
|--------------------|---------------|
| Olaf Schumann      | 4.238 Stimmen |
| Katja Deibicht     | 3.706 Stimmen |
| Katja Bier         | 3.651 Stimmen |
| Silvia Friedrich   | 3.561 Stimmen |
| Lothar Gentsch     | 3.338 Stimmen |
| Dr. Frank Thiel    | 3.178 Stimmen |
| Horst Heller       | 2.720 Stimmen |
| Dr. Detlef Köpke   | 2.90 Stimmen  |
| Roland Becker      | 2.111 Stimmen |
| Thomas Karkei      | 2.086 Stimmen |
| Gotthard Scholz    | 1.921 Stimmen |
| Christina Zweigler | 1.845 Stimmen |

15 Sitze belegte die CDU, 11 die SPD, 5 die FDP und 3 die Grünen. Vervollständigt wurde der Kreistag durch je ein Mandat des Behindertenverbandes und dem

eines Einzelbewerbers. DSU und die Freien Wähler (FW) sind nicht mehr im Kreistag vertreten. – Kritisch war einzuschätzen, dass es nicht gelungen ist, den Einfluss der NPD zurückzudrängen. Sie erhielt wie 1999 zwei Sitze.

Als ein Mangel ist auch der nicht ausreichende Anteil der Frauen in der Fraktion anzusehen. Einige Kandidatinnen waren offenkundig in der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt. Hier muss mit viel Einfühlungsvermögen und zielstrebig die Verbindung mit diesen, besonders jungen Frauen, aufrecht erhalten bleiben.

Am 24. September 2005 begrüßte Dr. Wolfgang Süß als Versammlungsleiter die erschienenen Delegierten und Gäste zur VertreterInnenkonferenz der Landtagswahlkreise 42 (Nebra), 43 (Zeitz) und 44 (Naumburg) im Schwalbenhof Naumburg.

Bevor sich die Vertreterinnen und Vertreter mit dem Wahlverfahren beschäftigten, nahm der Kreisvorsitzende Horst Brandner eine Einschätzung der Bundestags- und Kreistagswahl vor. Seinen besonderen Dank sprach er dem Direktkandidaten unseres Bundestagswahlkreises 74, Roland Claus, aus.

Dann stellten sich die Kandidatin und die Kandidaten der Wahlkreise vor. Da es aus den Reihen der Anwesenden keine weiteren Bereitschaftserklärungen gab, blieben Dr. Frank Thiel für den Wahlkreis 42, Katja Deibicht für den Wahlkreis 43 und Horst Brandner für den Wahlkreis 44 ohne Gegenkandidaten.

Dr. Frank Thiel überbrachte im Rahmen seiner Vorstellung die Grüße und den Dank des Genossen Roland Claus. Er machte darauf aufmerksam, dass Sachsen-Anhalt – mit Ausnahme des Saarlandes – den höchsten Stimmenzuwachs zu verzeichnen hatte. Sein persönliches Streben sei es, in Fortsetzung seiner bisherigen Tätigkeit im Landtag an verantwortlicher Stelle und in seiner Tätigkeit im Kreistag alle die Aufgaben zu begleiten und zu leiten, die sich für die Linkspartei.PDS ergeben.

Katja Deibicht bedankte sich zunächst für die Unterstützung ihrer Wahl in den Kreistag. Das habe ihr Mut gemacht und sei für sie eine Bestätigung dafür, dass ihre Erfahrungen und ihr Engagement insbesondere für Hilfe und Unterstützung von jungen Frauen, allein Erziehenden und Familien, für Kinder und soziale Gerechtigkeit anerkannt wird.

Horst Brandner berief sich bei seiner Vorstellung vor allem auf seine nun fast zweijährige Tätigkeit als Kreisvorsitzender und die dabei gewonnenen Erfahrungen. Diese Erfahrungen sollten auch die Grundlage für eine Verbesserung und Ausweitung der Zusammenarbeit zwischen Vorständen und Fraktionen, unter Berücksichtigung der besonderen kommunalen und parteilichen Veränderungen, sein.

Alle drei Kandidaten erhielten nach Auszählung der Stimmen eine hundertprozentige Zustimmung.

Am 12. November 2005 diskutierte und beschloss der Landesparteitag das Wahlprogramm für die Landtagswahl. Der Entwurf dieses Programms wurde auch in unserem Kreisverband im Vorfeld diskutiert. Die Anregungen und Hinweise, die unseren Delegierten hier gegeben wurden, fanden Eingang in die Diskussionsbeiträge. Diesen fruchtbaren Umgang mit unserer eigenen Programmatik hatte es in anderer Weise bereits vor dem Beschluss unseres Parteiprogramms gegeben.

Auf dem Parteitag selbst wurden viele Probleme intensiv erörtert. Einigkeit bestand in der Notwendigkeit neuer Ansätze zur Bewältigung unseres Landes. Trotz der schwierigen Situation, die durch die Vernichtung vieler industrieller Strukturen in unserem Bundesland entstanden ist, steigen die Produktion und die Produktivität der sachsen-anhaltischen Industrie.

Die Beschäftigtenzahl bleibt jedoch konstant oder sinkt sogar geringfügig. Basis dieser guten Entwicklung ist die Erhaltung industrieller Kerne in den neunziger Jahren, auf die heutige Innovationen aufbauen. Der Parteitag war sich einig, dass nur mit innovativen Produkten und Technologien das Geld verdient werden kann, das unseren Lebensstandard einschließlich unserer Sozialsysteme langfristig sichert.

Am 13. November 2005 begann die VertreterInnenkonferenz mit der Aufstellung der Landesliste. Die Aufstellung eines Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten bereits auf dem Landesparteitag im Mai und der Vorschlag des Landesvorstandes für eine Kernmannschaft vereinfachten die Wahl der ersten acht Plätze. Ab Platz 9 gab es eine Vielzahl von Bewerbern. Auf Platz 11 kandidierte Frau Rente von der WASG wiederum allein. Bei Platz 12 wurde erwartet, dass hier der männliche Spitzenkandidat der WASG erfolgreich sein würde. Hier traten aber mehrere Freunde von der WASG an. Damit sahen die Genossen keinen Grund, ihre Kandidaten zugunsten der WASG zurückzuziehen. Im Ergebnis dessen gelangte kein Mann der WASG auf einen aussichtsreichen Platz, sondern eine zweite Frau auf Platz 21.

Am 19. und 20.11. wurden dann die Plätze bis 24 direkt und die Plätze 25 bis 46 nach dem Platzzifferverfahren gewählt. Aus dem Süden Sachsen-Anhalts gelangten Dr. Frank Thiel aus der Kernmannschaft und Heidelinde Penndorf, eine arbeitslose Krankenschwester aus Weißenfels, die intensiv Hartz-IV-Betroffene betreut, auf sichere Listenplätze.

Inzwischen hatte der Landtag von Sachsen-Anhalt Beschlüsse zur Kreisgebietsreform und zu den künftigen Kreisstädten gefasst. Nach der Zusammenlegung

der Landkreise Burgenlandkreis und Weißenfels wird Naumburg die Kreisstadt des neuen Landkreises sein.

Nach der Beschlussfassung „Pro Naumburg“ äußerte sich dazu der Landtagsabgeordnete Dr. Frank Thiel. Er führte u. a. aus:

*Mit den Beschlüssen zu den künftigen Kreissitzen durch den Landtag hat die Gesetzgebung zur kommunalen Neugliederung einen **kümmertlichen Abschluss** gefunden. Mit einer **Mischung von Inkonsequenz und Halbherzigkeit, gepaart mit Zögerlichkeit im Verfahren**, haben die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen unter Beweis gestellt, dass sie nicht willens und in der Lage sind, eine dringend erforderliche, weit in die Zukunft reichende und damit bestandsfähige Verwaltungs- und Gebietsreform durchzuführen.*

*Nun fühlen sich Kreisverwaltungen, denen der künftige Kreissitz zugesprochen wurde – so auch Naumburg – in ihrer Erwartung bestätigt, auf Dauer Bestand zu haben. Genau das aber bleibt fraglich. Der **dringend erforderliche Bürokratieabbau mit einer Funktionalreform**, die die Bürger mitnimmt bzw. aktiv beteiligt, wurde durch **Schwarz-Gelb verhindert** und nun auf längere Zeit hinausgezögert. Umgekehrt wäre der Prozess notwendig gewesen, **zuerst die Aufgabenübertragung auf die Gemeinden** zu klären, damit alle Belange, die der Bürger mit dem Staat oder der Verwaltung zu regeln hat, in seiner Gemeinde stattfinden können. Parallel dazu muss eine **Aufgabenübertragung an die Landkreise** erfolgen, die das Landesverwaltungsamt überflüssig macht und den Kreisverwaltungen tatsächliche regionale Gestaltungsmacht ermöglicht.*

*Dazu kommt, die **Bürger der Landkreise Weißenfels und Burgenlandkreis in diese Debatte** einzubeziehen. Aber weit gefehlt – die Bürgermeinungen waren nur gefragt, ein Für oder ein Wider zur jeweiligen Kreisstadt abzubilden. Was in den Kreisverwaltungen künftig anders gemacht werden soll, dafür wurde kein öffentliches Interesse geweckt.*

*Darauf haben wir als Linkspartei.PDS immer wieder hingewiesen. Für die **mehrheitliche Stimmhaltung meiner Fraktion** habe ich Verständnis, da sowohl die Kreisgrenzen als auch die vorgeschlagenen Kreissitze nicht unseren Anforderungen entsprachen und eine Situation herbeigeführt wird, wo durch unser Nein Kreise ohne Kreissitz dastehen, da die Regierungskoalition nicht in der Lage war, ihre eigene Regierung zu unterstützen. Mein Ja für Weißenfels sollte den Weg freihalten für einen Regionalkreis und sich verfestigende Verwaltungsstrukturen nicht zulassen.*



68. / 69. Am 26. Februar 2004 wurde die 4. Agrarpolitische Konferenz des Kreisverbandes durchgeführt. Am Rednerpult der Vorsitzende der Kreistagsfraktion Dr. Artur Spengler, im Präsidium u.a. der EU-Politiker Dr. Hans Watzek

## Haben Agrargenossenschaften in Europa eine Zukunft?

*sein*

U bestehen z. Z. 132.000 Genossenschaften mit  
Binnen Mitgliedern und 2,3 Millionen Beschäftigten

**Leben:** Konsum, Wohnen,  
Wirtschaft, Dienstleistungen,  
Kultur, Soziales

genwärtig wird ein Statut der europäischen  
genossenschaften erarbeitet.



*Landwirtschaft*

In Mittel- und Osteuropa gibt es unterschiedliche  
Strukturen bei der Bewirtschaftung der Agrar-  
Nutzfläche:

|             |           |
|-------------|-----------|
| Tschechien: | über 30%  |
| Ungarn:     | über 20 % |
| Slowakei:   | über 50 % |
| Polen:      | nur 3 %   |





70. / 71. Am 1. Mai 2004 ist die PDS wie immer mit einem Informationsstand bei den DGB-Kundgebungen dabei—hier in Zeitz

Gesprächsrunde mit Mitgliedern und Sympathisanten anschließend in der Geschäftsstelle





72.-74. Unter Teilnahme von Landrat Harry Reiche erfolgte auf dem sowjetischen Ehrenfriedhof in Zeitz anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus am 8. Mai 2005 die Totenehrung. Neben dem Landrat Horst Brandner, Kreisvorsitzender der PDS







75. Zeitgleich wird auch der verstorbenen Kommunisten und Sozialdemokraten an der Ehrengrabstätte gedacht, die ihr Leben im Kampf gegen den Faschismus einsetzten



76.—79. Roland Claus stellt sich als Kandidat für den Bundestag vor.  
Am 31. August 2005 stellt er sich in der Schlossgaststätte den Fragen der Wähler und diskutierte am  
1. September auf einem Kinderfest der Linkspartei.PDS mit den Bürgern







80. Am Informationsstand der Kreistags- und Stadtfraktion der Linkspartei.PDS im Stadtzentrum von Zeitz vor der Neuwahl des Kreistages



81. Die Redaktion des „Saale-Unstrut-Elster-KURIER“ bei der Vorbereitung der nächsten Ausgabe







82. / 83. Am „Tag des Holocaust“ finden alljährlich am Gedenkstein des Außenlagers Buchenwald in Rehmsdorf Ehrungen auf Kreisebene statt





84. –86. Karin Denk und Irene Bachnik beraten über Themen für das nächste Lisa-Cafe.  
Dazu muß man das Ohr auch an der „Masse“ haben





*Oft wurde in letzter Zeit der **Erweiterungsbau** der Kreisverwaltung in **Naumburg** bemüht, um zu erklären, dass, wenn der Kreissitz nicht nach Naumburg käme, dies einer Steuerverschwendung gleichkäme. Für die jetzige neue, größere Kreisverwaltung ist das Gebäude sicherlich notwendig, um Personal zu konzentrieren, aber der Platz am Standort reicht bei weitem nicht aus, und auch die Gebäude in Weißenfels bedürfen der weiteren Sanierung. Es ist aber der Mut der Verantwortlichen in Naumburg zu bewundern, für mehr als 20 Jahre darauf zu bauen, dass dieses Gebäude als Sitz der Kreisverwaltung Bestand hat...*

Die am 17. Dezember 2005 durchgeführte Kreisdelegiertenkonferenz hatte die Aufgabe, den Kreisvorstand nach Ablauf der Wahlperiode sowie andere Gremien des Kreisverbandes und unseren Kandidaten für den Landesparteirat neu zu wählen.

In seinem Bericht ging der Vorsitzende des Kreisverbandes, Horst Brandner, auf die Arbeit des Kreisverbandes in den vergangenen zwei Jahren ein und umriss die vor uns liegenden Aufgaben. Schwerpunkte unserer politischen Arbeit waren die Mitwirkung am Volksentscheid für ein kinderfreundliches Sachsen-Anhalt und die Unterstützung des Kampfes gegen den Sozialabbau der rot-grünen Bundesregierung – insbesondere mittels des Hartz-IV-Programms und der Agenda 2010.

Wenn auch der Volksentscheid letztlich nicht zum Erfolg führte, so hatte die PDS als stärkste Kraft im landesweiten Bündnis doch großen Anteil an diesem Beispiel der direkten Demokratie in Sachsen-Anhalt. Mit der Agenda 2010 der rot-grünen Bundesregierung sollten die Beschäftigung erhöht werden, mehr Wirtschaftswachstum entstehen und die Sozialsysteme zukunftssicher werden. Nichts davon ist eingetreten!

Die PDS hat mit ihrer Agenda „Sozial“, mit konkreten Vorschlägen für eine andere Beschäftigungspolitik, eine Steuerreform und eine solidarische Bürgerversicherung Wege aufgezeigt, wie es sozial gerechter und mit besseren Chancen für alle in diesem Land gehen kann und muss. In diesem Sinne wurden die Bürgerinitiativen „Offener Runder Tisch“ in Zeitz und „Bürgerbündnis Burgenlandkreis“ in Naumburg unterstützt.

Diese Positionen wurden auch von den Mitgliedern und Sympathisanten unseres Kreisverbandes in den Wahlkämpfen zur Kreistags- und Bundestagswahl öffentlich vertreten und den Bürgerinnen und Bürgern nahe gebracht, sodass die PDS gute Wahlergebnisse erreichen konnte. Durch das Zusammengehen der PDS mit der WASG wurde vor allem in den alten Bundesländern eine höhere Akzeptanz für linke gesellschaftliche Positionen erreicht.

Der damit begonnene Prozess der Vereinigung beider Parteien zu einer starken linken sozialen Kraft in der ganzen Bundesrepublik stellte in den zurückliegenden Monaten einen besonderen Schwerpunkt dar und bleibt es bis zur Vollendung der Vereinigung.

In den kommenden Monaten seien weitere Anstrengungen zur Erhöhung der Wirksamkeit der politischen Arbeit im Kampf gegen den weitergehenden sozialen Abbau der schwarz-roten Bundesregierung und zur Erhöhung der Wirksamkeit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit, im Kampf gegen rechte Ideologie und zur Erhaltung des Friedens im Interesse der Menschen unseres Landes und unserer Region notwendig.

Die Vorbereitung der Vereinigung mit der WASG, die Zusammenführung der Kreisverbände Burgenlandkreis und Weißenfels unserer Partei sowie die im März 2006 stattfindende Wahl zum Landtag würden hohe Aktivitäten aller Mitglieder unserer Partei erfordern.

Das Mitglied unseres Kreisvorstandes und Finanzverantwortliche, Edith Zemlin, berichtete über die angespannte finanzielle Situation des Kreisverbandes. Durch Senkung der Ausgaben und Erhöhung des Beitragsaufkommens auf der Grundlage des Statuts der Partei müssen der finanzielle Spielraum für eine wirksame politische Arbeit und die bessere Erfüllung der Verpflichtung gegenüber dem Landesverband gesichert werden.

In der Aussprache zu den Berichten umriss der Vorsitzende der Kreistagsfraktion, Lothar Gentsch, die Ergebnisse der Arbeit der Fraktion und ihre Aufgaben insbesondere bei der Vereinigung der Landkreise Burgenlandkreis und Weißenfels sowie der kritischen Begleitung der Aufstellung des Haushaltsplanes 2006. Dr. Frank Thiel erläuterte die Ziele in Vorbereitung der Landtagswahlen auf der Grundlage des zukunftsorientierten Landeswahlprogramms unserer Partei, stärkste politische Kraft im Landtag zu werden.

Der Bundestagsabgeordnete Roland Claus informierte über die Arbeit der Fraktion der Linkspartei auf der Grundlage des 100-Tage-Programms der Fraktion. Genosse Horst Brandner bat in einer persönlichen Erklärung, wie bereits zuvor im Kreisvorstand, um Verständnis für seine Entscheidung, aus persönlichen schwerwiegenden Gründen nicht wieder für den Kreisvorstand zu kandidieren. Namens des Kreisvorstandes gab Dr. Wolfgang Süß dazu eine Erklärung ab und schlug der Kreisdelegiertenkonferenz vor, keinen neuen Kreisvorsitzenden zu wählen, sondern aus der Mitte des Kreisvorstandes einen dreiköpfigen Sprecherrat zu wählen.

Die Delegierten stimmten diesem Vorschlag einstimmig zu und bestätigten eine entsprechende Änderung der Wahlordnung. In der anschließenden Wahl wurden direkt gewählt: Walter Briesemeister, Katja Deibicht, Karin Denk, Margot Diers, Silvia Friedrich, Klaus Geißenhöner, Norbert Laumert, Dr. Wolfgang Süß und Edith Zemlin. – Aus ihrer Mitte bestimmten die Kreisvorstandsmitglieder Walter Briesemeister, Karin Denk und Dr. Wolfgang Süß zu Mitgliedern des Sprecherrates.

Gewählt wurden außerdem die Mitglieder der Finanzrevisionskommission, die Kreisschiedskommission, ein Mitglied und ein Stellvertreter für den Landesparteirat sowie zwei Delegierte für den Landesparteitag.

Mit dem Jahresbeginn 2006 erschien der KURIER in einem neuen Gewand und mit dem Bemühen um eine weitere inhaltliche Qualitätserhöhung.

Die Aktivitäten der Linkspartei.PDS waren in den ersten Monaten des Jahres 2006 hauptsächlich auf die anstehenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und über das Jahr insgesamt auf den Parteibildungsprozess der Linken sowie angesichts der künftigen Neueinteilung der Kreise auf die Zusammenführung der Kreisverbände des Burgenlandkreises und des Kreises Weißenfels gerichtet.

In seiner Beratung am 21. 1. 2006 zog der Kreisvorstand Konsequenzen aus der Ende März zu erfolgenden Schließung der bisherigen Geschäftsstelle in Zeitz. Es wurde beschlossen, beim Landesverband anzufragen, ob die Anschaffung eines geeigneten Computers sowie eines Mobiltelefons möglich sei, um weiterhin die Arbeitsfähigkeit zu gewährleisten. In Vorarbeit der Fusion mit dem

Kreisverband Weißenfels wurde festgelegt, die Mitgliederlisten zu aktualisieren, eine Aussprache mit Nichtzahlern zu führen sowie einen Antrag auf Schuldenerlass beim Landesvorstand zu stellen.

Für die Landtagswahl am 26. 3. 2006 bewarben sich im Wahlkreis 42 acht, im Wahlkreis 43 sieben und im Wahlkreis 44 acht bestätigte Bewerberinnen und Bewerber auf der offenen Liste der Linkspartei.PDS. Am 21. 3. fand auf dem Naumburger Markt die Abschlusskundgebung statt.

Die vorliegende Geschäfts- und Arbeitsordnung wurde aktualisiert.

Am 30. Januar 2006 beschloss der Sprecherrat des Kreisvorstandes die **Position des Kreisvorstandes der Linkspartei.PDS des Burgenlandkreises zur Zusammenarbeit mit der WASG:**

*Wir sind als Kreisverband des Burgenlandkreises an einer Zusammenarbeit mit der WASG weiterhin interessiert, weil uns die zügige Entwicklung einer starken demokratischen Linkspartei in unserem Land wichtig ist. Das setzt aber voraus, dass von beiden Seiten mit der gleichen Absicht gehandelt wird. Das zwischen den Bundesvorständen vereinbarte Kooperationsabkommen III ist dabei für uns Entscheidungs- und Handlungsgrundlage. Dieses Abkommen ist ein Minimalkonsens zur Gründung einer gemeinsamen Partei. Im Punkt 7 des Abkommens heißt es: Die Vorstände von Linkspartei und WASG in den Ländern und Kreisen werden gebeten, auf der Grundlage dieser Vereinbarungen Festlegungen für ihre Verantwortungsbereiche zu treffen. Das wollen wir tun. Dazu braucht es aber einen Partner, der das Gleiche will.*

*Die Aufkündigung des Abkommens oder Aktivitäten in diesem Sinne auf dem jüngsten Landesparteitag der WASG Sachsen-Anhalt entziehen einer Zusammenarbeit die Grundlage. Deshalb ersuchen wir die Freunde der WASG, einen Weg aufzuzeigen, wie denn aus ihrer Sicht die weitere Arbeit aussehen soll. Ein Zurück hinter das Kooperationsabkommen III ist für uns nicht akzeptabel, weil damit das Ziel der Gründung einer gemeinsamen Partei unterlaufen wird oder jedenfalls das Erreichen des Zieles unsicher wird...*

Auf Initiative der PDS wird seit dem Jahre 2000 im Burgenlandkreis der 27. Januar alljährlich als Gedenktag für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und des Völkermordes offiziell begangen – in den folgenden Jahren verbunden mit dem Auftreten des Landrates und anderer Persönlichkeiten.

Auf Einladung des Naumburger Friedenskreises fand am 27. Januar 2006 um 10 Uhr an der Naumburger Gedenkstätte am Stadtpark die Gedenkfeier zur Ehrung der millionenfachen Opfer der faschistischen deutschen Gewaltherrschaft

zwischen 1933 und 1945 statt. Die Genossen der Linkspartei.PDS aus Naumburg hatten die Feier aktiv mitgestaltet.

Nach der Begrüßung rezitierte Martina Grunert das Gedicht von Bertolt Brecht „Lied einer deutschen Mutter“. Es folgte die Rede von Dr. Wolfgang Süß. Er verband in eindringlichen Worten die Erinnerung an die Katastrophe des Nationalsozialismus mit der Mahnung, dem derzeitigen Erstarken rechtsextremer Kräfte in Deutschland entgegen zu wirken. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung brachte Tamara Misch den Vorschlag, für den 1943 im KZ Auschwitz ermordeten Naumburger Antifaschisten Dr. Kurt Samter einen so genannten Stolperstein vor dem letzten Wohnhaus einzulassen.

Pfarrer Gerd Hopstock würdigte das tragische Schicksal des jungen protestantischen Pfarrers Mielke aus dem Dorf Schmon bei Ziegelroda, der bereits im Mai 1933 heimtückisch ermordet wurde, weil er sich der nationalsozialistischen Ausrichtung seiner Jugendgruppe verweigerte. Die Schüler der Naumburger Humboldt-Schule Maria Böhme, Elisabeth Weimann und Benjamin Uhlmann haben mit dem gesprochenen Song „Freiheit“ sehr zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen.

Danach verlasen die Schüler die Namen der Naumburger Antifaschisten, die zwischen 1933 und 1945 aus politischen Gründen im KZ, Gefängnis und Strafbataillon 999 ums Leben kamen und die Namen der jüdischen Mitbürger, die in dieser Zeit Naumburg verlassen mussten. Mit stillem Gedenken schloss die Veranstaltung.

Am 11. und 13. Februar 2006 fanden in den Basisorganisationen Zeitzer Land und Elsteraue gut besuchte Versammlungen statt. Die Genossinnen und Genossen vollzogen bei Anwesenheit weiterer Bürger und von Sympathisanten den Auftakt für die so genannte heiße Phase des Landtagswahlkampfes.

In Zeitz stand zunächst eine Diskussion zum Thema „Die Linkspartei.PDS in Regierungsverantwortung – ja oder nein?“ auf der Tagesordnung. Dieses Thema hatte bereits längere Zeit zu kontroversen Diskussionen geführt.

Auf der Grundlage eines von der AG Politische Bildung erarbeiteten Materials wurden eine Reihe von Unklarheiten und Vorurteile beseitigt. Übereinstimmung gab es dahingehend, dass es eine Regierungsverantwortung nur über parlamentarische Wege geben kann und letztlich dem Endziel einer sozialistischen Partei, nicht nur einem Machtwechsel, sondern einem grundsätzlichen Systemwechsel dienen muss. Alle Zwischenschritte werden umstritten sein.

Der Leiter des Kreiswahlbüros, Wolfgang Korwie, und der als Gast anwesende Regionalgeschäftsführer Sachsen-Anhalt Süd, Siegfried Schulze, gaben dann



einen Überblick über den Stand der Wahlvorbereitung, besonders im Wahlkreis 43 (Zeitz).

Ein selten gewordener Höhepunkt war in dieser Versammlung die Aufnahme einer jungen Frau als Mitglied in die Linkspartei.PDS. Petra Hörning hat sich bereits als Sympathisantin in die politische Arbeit der Partei eingebracht. Jetzt erhielt sie das Mitgliedsbuch der Partei, in der sie ihre Aufgabe sieht, aktiv etwas für die Menschen in ihrer Umgebung zu tun, deren Sorgen sie als Mutter von drei Kindern nur zu gut kennt.

Einen besonderen Teil der Diskussion nahm der Kampf gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit ein.

Am 28. 3. 2006 kam in Naumburg der Kreisvorstand zur Auswertung der am 26. März stattgefundenen Landtagswahl zusammen. Der Leiter des Kreiswahlbüros, Wolfgang Korwie, gab eine erste Einschätzung und würdigte den engagierten und leidenschaftlich geführten Wahlkampf aller drei Direktkandidaten, Dr. Frank Thiel im Wahlkreis 42, Katja Deibicht im Wahlkreis 43 und Katja Bier im Wahlkreis 44 sowie aller Helferinnen und Helfer. Alle drei Kandidaten verbuchten zwischen 22,0 und 26,5 Prozent der Wählerstimmen und lagen damit vor ihren Konkurrenten von der SPD.

Mit einem Durchschnitt von 23,4 Prozent der Zweitstimmen hat der Kreisverband einen wesentlichen Anteil am guten Abschneiden auch des Landesverbandes, der mit 24,1 Prozent sein bestes Wahlergebnis bei Landtagswahlen erreichte und sich erneut als zweitstärkste Partei etablierte.

Kritisch reagierte der Kreisvorstand auf das Verhalten der SPD, die mit einer schwarz-roten Koalition liebäugelte.

Mit Erschrecken wurde die katastrophale Wahlbeteiligung zur Kenntnis genommen. Das ist ein unübersehbares Zeichen dafür, dass die Politik und die Politiker nicht mehr mit den Bürgern des Landes verbunden sind. Es muss für uns Anlass sein, noch mehr als bisher für die Menschen Politik zu machen sowie glaubwürdige und konkrete Möglichkeiten zur Verbesserung der Lebenslage der Menschen, für Junge und Ältere, durchzusetzen.

Als ein erfreuliches Zeichen wurde gedeutet, dass die DVU – trotz eines millionenschweren Aufwandes – nicht in den Landtag gelangt ist. Der Kreisvorstand machte auch kein Hehl aus seiner Besorgnis, dass besonders im Norden des Kreises ein erschreckend großer Zulauf zur DVU zu verzeichnen war. Hier gilt es noch konzentrierter und geduldiger den Menschen in diesen Zentren die Gefahren von Rechtsradikalismus und faschistischem Gedankengut zu erklären.

Am 12. April 2006 eröffnete der Bundestagsabgeordnete unseres Wahlkreises, Roland Claus, im Schlosskeller in Weißenfels seine kostenlose, erfolgreiche Veranstaltungsreihe „In Clausur“. Erster Gesprächspartner war Peter Sodann. Eine weitere Gesprächsrunde folgte am 8. Juni mit Peter Ducke im Naumburg-Haus und eine dritte mit Gojko Mitic im Friedenssaal des Zeitzer Rathauses am 6. Dezember.

Im Mai 2006 gab der Kreisvorstand ein von der Geschichtskommission erarbeitetes Bildungsheft unter dem Titel „Deutschland braucht eine starke Linkspartei“ für die Basisorganisationen und weitere Interessenten heraus. Einleitend wurde in diesem Heft u. a. ausgeführt:

*Die weitgehende Entsozialdemokratisierung der SPD stellt die Linkspartei.PDS vor das grundlegende Erfordernis, das am linken Flügel der politischen Parteienlandschaft entstandene Vakuum auszufüllen, um zu verhindern, dass die Große Koalition dem Wesen der Sache nach ungehindert einen neoliberalen Kurs zu Lasten der Mehrheit der Deutschen, zugunsten des Finanzkapitals durchsetzt, vielmehr stattdessen soziale Gerechtigkeit einzufordern.*

*Deshalb steht gebieterisch auf der Tagesordnung, den Zusammenschluss von Linkspartei.PDS und WASG zügig voranzutreiben und deren Zusammenwachsen zu einer einheitlichen handlungsfähigen Linkspartei zu vollziehen.*

Horst Denk und Winfried Steffen erarbeiteten im Auftrag des Kreisvorstandes eine Handreichung für die Basisorganisationen unter der Überschrift „Echte Neugründung – Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei in Deutschland“, die in der August-Ausgabe der Zeitschrift „Disput“ veröffentlicht wurde. Im Mittelpunkt stand, wie ostdeutsches und westdeutsches, PDS- und WASG-Denken in den Bildungs- und Formierungsprozess der neuen Linkspartei konstitutiv und konstruktiv eingebracht werden sollten.

Petra Hörning und Dr. Frank Thiel nahmen als Delegierte am 10. Bundesparteitag der Linkspartei.PDS am 29. und 30. April 2006 in Halle teil.

Über ihre Eindrücke äußerte sich Petra Hörning in der Juni-Ausgabe des KURIER u. a. wie folgt:

*Die Debatten und die Anträge zu wichtigen Themen wie z. B. Mindestlohn, Zusammenführen der Linke, PDS und WASG, der Privatisierung, besser Enteignung von staatlichem Eigentum, wichtigen Instrumenten der staatlichen Daseinsfürsorge oder auch über die Positionen zu den Menschenrechten und Kuba dominierten den Parteitag...*

*Die begeisternden, teils emotionalen, kämpferischen, aber auch witzigen Reden der Genossen Gysi und Lafontaine waren, wie zu erwarten, der Höhepunkt des 10. Parteitages in Halle, der, nebenbei erwähnt, in der Händel-Halle stattfand,*

*mit einem beeindruckenden Orgelspiel eingeleitet wurde und mit der Internationale ausklang. Mit dem gemeinsamen Singen symbolisierten alle anwesenden Genossen noch einmal eindrucksvoll den neuen Schwung, den der 10. Parteitag in die politische Arbeit an der Basis tragen soll und muss.*

Im Mai 2006 nahm die Redaktion des KURIER im Auftrag des Kreisvorstandes ersten Kontakt auf mit der Genossin Heidelinde Penndorf (MdL), verantwortlich in Weißenfels für die dortige Redaktion, um nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit der „Kleinen Zeitungen“ zu suchen.

Auch im Jahre 2006 beteiligte sich die Linkspartei.PDS aktiv am zentralen Kinderfest zum Internationalen Kindertag auf dem Marienplatz in Naumburg.

Einen permanenten Schwerpunkt des politischen Wirkens der Partei stellten die zunehmenden rechtsextremistischen Vorstöße auch im Burgenlandkreis dar. Begünstigt wurden diese durch den Beschluss des Zeitzer Stadtrates zu einem Text für eine Gedenktafel oder einen Gedenkstein am ehemaligen Zeitzer Gefängnis, der da lauten soll: *„An dieser Stelle befand sich das Zeitzer Gefängnis, von dem aus zahlreiche Bürger aus politischen Gründen in Konzentrations- und Arbeitslager verschleppt wurden. Wir gedenken der Opfer von nationalsozialistischer und stalinistischer Gewalt. Stadt Zeitz.“*

Hier wird Völkermord, welcher von den so genannten Nationalsozialisten von 1933 bis 1945 besonders an der jüdischen Bevölkerung, aber auch an friedliebenden links denkenden Menschen verübt wurde, in einen Topf mit der Justiz der sowjetischen Militärgerichte geworfen, welche dazu diente, die Kriegsverbrecher aufzuspüren und einer gerechten Strafe zuzuführen. Dabei ist nicht zu bestreiten, dass es hierbei auch zu Fehlentscheidungen gekommen ist.

Maßgebliche Grundlage für die Entscheidung, eine Tafel zur Erinnerung an die dort inhaftierten Bürger zu Zeiten der nationalsozialistischen und stalinistischen Herrschaft anzubringen, war der *Bericht über die Opfer der Diktaturen vor und nach 1945 in Zeitz* von O. und H. Schmidt (Stand vom 17. 1. 2005).

Die Geschichtskommission der Linkspartei.PDS Burgenlandkreis unterbreitete dazu einen klaren Standpunkt. Darin wurde u. a. festgestellt:

*Wir verwahren uns konsequent gegen die Gleichsetzung beider Systeme, wie dies im Bericht zum Ausdruck kommt. Dies ist gesellschaftspolitisch betrachtet nicht objektiv und fußt auf der These „vom Rechtsstaat BRD und dem Unrechtsstaat DDR“. Der Führungsanspruch des SED-Staates und seine Praktiken sind allein noch kein Beweis von nicht vorhandener Demokratie.*

*Der Bericht bezieht sich auf die politischen Opfer aus der Zeit 1933-1945 und nach 1945, an die erinnert werden soll. Was ist mit den vielen politisch Inhaftierten, die bereits in der Kaiserzeit und während der Weimarer Republik einsaßen, oft wegen geringfügiger Äußerungen, wie z. B. aus der „Roten Chronik der Kreise Zeitz, Weißenfels und Naumburg“ – herausgegeben 1931 von der SPD - ersichtlich ist? Erinnert sei 1923 an die Teilnehmer des Bergarbeiterstreiks, an Verhaftete beim Kapp-Putsch u. a.*

*Hinsichtlich der genannten Inhaftierten nach Ende des Zweiten Weltkrieges im Zeitzer Gefängnis beruhen die Aussagen wohl auf Schilderungen von Angehörigen und der Meinung, dass die betreffenden Personen unschuldig inhaftiert waren. Dies kann, muss aber nicht für jeden gelten. Das prominenteste Beispiel ist Artur Jubelt. Während Jubelt im Bericht (von Schmidt) als unschuldig Inhaftierter dargestellt wird, besagen die Lebenserinnerungen des Zeitzzeugen Otto Wollfert das Gegenteil...*

*In einer Festschrift seiner Firma – er war allein haftender Geschäftsführer der Druckerei Jubelt in Zeitz bis 1943, bis die Herausgabe der „Zeitzer Neuesten Nachrichten“ eingestellt wurde – verwies man stolz darauf, dass der Betriebsführer Jubelt „persönlich und zum Teil unter aktiver Beteiligung den Marsch auf die Feldherrenhalle in München miterlebt hat“. Er selbst hatte auch darüber in dieser Zeitung berichtet. Seine Verhaftung am 5. 9. 1945 und die Überführung in das Speziallager 2 in Buchenwald, wo er verstarb, dürften auf sein Mitwirken als alter Kämpfer der faschistischen Bewegung zurückzuführen sein.*

Ausführlich berichtete Karin Denk in der September-Ausgabe des KURIER über eine „Konferenz gegen rechtsextremistische Gefahrenpotentiale und politische Handlungsoptionen in den Kommunen“, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen in Erfurt veranstaltete.

Im Februar 1946 hatten sich eine Reihe von Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus aus verschiedenen Ländern getroffen und den zweiten Sonntag im September zum internationalen Gedenktag erklärt. Später übernahm der internationale Dachverband der Widerstandsorganisationen FIR diesen Beschluss.

In einer Rede zu diesem Gedenktag führte Dr. Frank Thiel u. a. aus:  
*Erinnern für die Zukunft verlangt, gegen Geschichtsrevisionismus aufzutreten. Wir wollen in einer Zeit, in der rechtsextreme Aktivitäten zunehmen und neofaschistische Gedanken eine Zustimmung im Alltag erfahren, ein deutliches Zeichen setzen. Wir wollen Menschen ermutigen, einzugreifen und sich aktiv gegen nazistische und fremdenfeindliche Einstellungen und Gewalt wenden.*

*Wir finden diese Zeichen der Topographie des Terrors hier in Zeitz, in Rehmsdorf, in Meuselwitz, überall im Burgenlandkreis. Jüngst haben Schüler der Landesschule Schulpforta die Erinnerungen an Häftlinge in Billroda, im westlichen Burgenlandkreis, wachgerufen – ein ermutigendes Zeichen, das die junge Generation damit gegeben hat.*

*Halten wir die Erinnerung an Millionen nazistischer Verbrechen und an jene, die uns und die Welt vom Faschismus befreit haben, als Mahnung und Auftrag wach. Rassismus und Neofaschismus abzuwehren ist eine Aufgabe von uns allen. Gemeinsam wollen wir ein Zeichen für eine solidarische Gesellschaft setzen, in der alle Menschen gleiche Rechte besitzen und die Grenzen für Menschen in Not öffnet.*

Ganz entschieden stimmte die Linkspartei.PDS dem „Nein“ unserer Bundestagsfraktion zum robusten Kriegseinsatz der Bundeswehr vor der libanesischen Küste zu.

Ulrike Baitinger aus Eckartsberga schrieb dazu an den KURIER:

*Soldaten sind im Kriegsgebiet schon viel zu viel. Schickt das Technische Hilfswerk und das Rote Kreuz und lasst alle Banken und Großunternehmer, die im Nahen Osten erfolgreiche Geschäfte machen, das Geld für die Finanzierung bereitstellen! Das wären lohnende Bemühungen für Regierung, EU und UNO.*

Im Naumburger Jugendzentrum „Otto“ öffnete am 1. September 2006, dem Weltfriedenstag, die Ausstellung „Naumburg 1933-1945“ in Anwesenheit zahlreicher Gäste. Sie steht unter der Trägerschaft des Landesvorstandes des Interessenverbandes ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener. Die Mitglieder des Initiativkreises Dr. Detlef Belau, Tamara Misch und Inge Hingsen initiierten diese Ausstellung. Sie gehören dem Gewaltpräventionsprojekt Burgenlandkreis und dem Friedenskreis Naumburg an. Die graphische Gestaltung übernahm Steffen Schumer. Dieses Projekt ist als Wanderausstellung konzipiert. Bis zum 23. 9. war sie im Jugendzentrum „Otto“ zu sehen. Danach wurde sie vom Landrat an ein Gymnasium übergeben.

Im Rahmen der Erarbeitung der Ausstellung erstellte Dr. Detlef Belau einen Film über den Pfarrer Albert Mielke, der sich der Nazifizierung der Kirchen in Naumburg widersetzte.

Die Ausstellung „Naumburg 1933-1945“ ist chronologisch aufgebaut und zeigt auf dreißig Tafeln die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung in Naumburg während dieses Zeitabschnittes.

*Katja Bahlmann äußerte ihre Ausstellungseindrücke u. a. so: Aufrüttelnd, entsetzend, ergreifend, so habe ich den Besuch der Ausstellung „Naumburg 1933-1945“ empfunden...Meine Achtung gilt vor allem den vielen Augenzeugen, welche nach so langer Zeit den Mut hatten, über Erlebnisse zu berichten. Die Erinnerung an so etwas Schreckliches ist nicht einfach und noch darüber zu sprechen erst recht nicht...Vielen Dank an die Initiatoren für den Mut und die Kraft für eine solche Arbeit.*

Parallel zur Oktober-Ausgabe gab der KURIER einen Sonderdruck mit Materialien zur Parteineubildung und einer Zeitleiste für die Parteineubildungsphase bis 2007 heraus.

Am 4. Oktober 2006 fand zum Thema „Warum brauchen wir eine starke neue Linke?“ in Naumburg ein Forum statt, zu dem Gastgeber Roland Claus als Gesprächspartner das Gründungsmitglied und Mitglied des Vorstandes der WASG, Klaus Ernst, - wie Claus Bundestagsabgeordneter – eingeladen hatte.

In seiner Sitzung am 24. Oktober 2006 in Nebra befasste sich der Kreisvorstand mit dem Bericht vom Landesparteitag am 23./24. 9., dem Stand der Bildung des neuen Kreisverbandes Burgenland aus den derzeitigen Kreisverbänden Burgenlandkreis und Weißenfels, dem Bericht über die Finanzen – für 2006 konnte eine positive Bilanz gezogen werden – und mit dem Verbreiten von Erfahrungen in den Basisorganisationen zur politischen Bildung.

Kommunal Finanzen und Kreisgebietsreform stellten Hauptthemen der Landtagsfraktion der Linkspartei.PDS bei der Kommunaltour im Oktober im Burgenlandkreis dar. Zum Thema Einheitsgemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft wurde gefordert, den Meinungsbildungsbeschluss von unten zu forcieren. In der strittigen Frage der Wahlkreisbereiche sei eine Kompromissvariante sinnvoll. – Letztendlich wurde der neue Landkreis in acht Wahlbereiche unterteilt.

Am 1. 11. 2006 musste sich der Kreistag mit einem provokatorischen Vorstoß der NPD auseinandersetzen. Es wurde von ihren Abgeordneten beantragt, *„künftighin in sämtlichen öffentlichen Dokumenten auf das „Denglische“, diese dümmliche Verhunzung unserer schönen Muttersprache Deutsch mit anglo-amerikanischen Worten und Wortfetzen, zu verzichten und dem „Verein Deutsche Sprache“ (VDS) beizutreten“*.

Der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei.PDS, Lothar Gentsch, machte dazu deutlich: Es ist offenkundig: Die NPD nutzt jede Gelegenheit, nationalistische Propaganda vom Stapel zu lassen, an nationalistische Begriffe aus überstandener Zeit anzuknüpfen, zu provozieren, die Demokratie lächerlich zu machen. Im Falle des Verstoßes vom 1. November sollte der „Verein Deutsche Sprache“



für die Zwecke der NPD missbraucht werden, ein Verein, der keinerlei nationalistische Zwecke verfolgt.

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz am 4. November 2006 im Lindenhof in Hohenmölsen erfolgte die Vereinigung der bisherigen Kreisverbände Burgenlandkreis und Weißenfels zum neuen Kreisverband Burgenland.

Hier wurde der Bericht des Kreisvorstandes Burgenlandkreis für den Zeitraum seit Dezember 2005 vorgetragen.

In 14 Basisorganisationen sind 314 Mitglieder organisiert. In den kommunalen Vertretungen arbeiten 68 Mandatsträger. Monatlich fanden Vorstandssitzungen statt, ebenfalls monatlich die Beratungen mit den BO-Vorsitzenden und interessierten Mitgliedern und Sympathisanten in den drei Bereichen Zeitz, Nebra und Naumburg.

Die bestehende Arbeits- und Geschäftsordnung wurde überarbeitet und aktualisiert. Im Burgenlandkreis arbeiteten als Arbeitsgemeinschaften und Kommissionen die Schiedskommission, die Finanzrevisionskommission, die Geschichtskommission, die AG Politische Bildung, die AG Lisa, die Redaktion KURIER und das Kreiswahlbüro. Diese Arbeit wurde bis zum Jahresende 2006 fortgesetzt. Die Redaktion des KURIER ist Mitglied in der BundesAG „Rote ReporterInnen“.

Frauen der AG Lisa arbeiten auf Landes- und Bundesebene dieser AG mit. In Zeitz gibt es das Lisa-Cafe' mit monatlichen Treffs. Dieses Angebot nehmen besonders Frauen, die nicht zur Partei gehören, sehr gern an. Es werden unterschiedliche Themen behandelt. Mit dem Frauenarbeitskreis Zeitz und der AG Lisa gibt es eine stabile Zusammenarbeit.

Die Arbeit des Friedenskreises der Stadt Naumburg wird von Parteimitgliedern aktiv durch die Teilnahme an den Beratungen und Mitorganisation von Aktionen insbesondere zum Weltfriedenstag, Protesten gegen den Irak-Krieg und die aggressive Außenpolitik der USA und der NATO sowie an Gedenktagen unterstützt. Am Internationalen Kindertag wurde dazu beigetragen, gemeinsam mit der Stadt Naumburg, Vereinen, dem DGB und Unternehmen für die Kinder erlebnisreiche Stunden zu gestalten. Mit einem Info-Stand und einer immer gut besuchten Malstraße leisteten die Mitglieder unserer Partei dabei einen eigenständigen, anerkannten und aktiven Beitrag.

Die Geschichtskommission arbeitet die Geschichte der Arbeiterklasse, und die Geschichte der SED bzw. der PDS in der Region Zeitz auf, führte Zeitzeugenbefragungen durch und stellte Bildsammlungen zusammen. Eine Chronik der Parteigeschichte nach 1994 im Burgenlandkreis wurde gestaltet und dann nach Auflösung der Geschäftsstelle an das Stadtarchiv Zeitz übergeben, dort konser-

viert und ist für Interessierte zugänglich. Insgesamt 17 Bildungshefte wurden erarbeitet, die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Bildungsverein Elbe-Saale übernommen wurden. Auch öffentliche Veranstaltungen wurden durch diese Kommission organisiert.

Die AG Politische Bildung verfasste Beiträge für Zeitschriften, u. a. auch für den KURIER, bot Themen für Mitgliederversammlungen an, erarbeitete für die Basisorganisationen eine Handreichung zu den „Programmatischen Eckpunkten“ und stellte auch die neuen Eckpunkte vor.

Im Rahmen des Beschlusses zur Bildung des Kreisverbandes Burgenland beschlossen die Delegierten der Kreisdelegiertenkonferenz die Kreisstadt Naumburg als Sitz des Kreisverbandes und als Geschäftssitz Hohenmölsen, Friedensstraße 15.

Gemeinsam wurden die Mitglieder des neuen Kreisvorstandes gewählt: Gunter Schneider als Vorsitzender, Roland Claus und Heidelinde Penndorf als stellvertretende Vorsitzende, Heidrun Becker, Edith Zemlin, Horst Brandner, Katja Bahlmann geb. Deibicht, Antje Perl, Hans-Dieter Stolle, Werner Brzoska, Dr. Frank Thiel, Heike Hünninger und Horst Karczmarczyk als Mitglieder (jeweils mit bestimmten Verantwortungsbereichen) und als sonstige Verantwortliche Adelheid Fleischhauer, Lars Becker und Heidi Knorr.

Die Delegierten verabschiedeten mit dem Blick auf die bevorstehenden Wahlen zum neuen Kreistag kommunalpolitische Grundsätze und Schwerpunkte.

Am 4. 12. 2006 weilte die Bundestagsabgeordnete Petra Pau, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, zu einem Kurzbesuch in Droyßig und stellte sich zahlreichen Fragen bei einem Forum in der dortigen Schlossgaststätte.

Mit der letzten Ausgabe, der Dezember-Ausgabe 2006, verabschiedete sich die Redaktion des KURIER, der reichlich 15 Jahre lang herausgegeben wurde, von den Leserinnen und Lesern mit dem Dank für die Treue zu dieser kleinen Zeitung und der Hoffnung auf eine neue im neuen Kreis Burgenland.